

Vormärz

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnement - Preis pränumerando: Vierteljahr 3,30 RM, monatlich 1,10 RM, wöchentlich 26 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit Illustration. Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1,10 RM pro Monat. Eingetragene in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Frankreich und Österreich - Ungarn 2 RM, für das übrige Ausland 3 RM pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Die Insertions-Gebühr
 Bezahlt für die sechsgehaltene Spaltenbreite oder deren Raum 60 Pf. für politische und gesellschaftliche Beiträge und Berichtigungs-Anzeigen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das festgedruckte Wort 20 Pf. (zweifach 2 festgedruckte Worte), jedes weitere Wort 10 Pf. Einrückung und Schlusszeilenanzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zahlen für zwei Worte. Nachate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Erscheint täglich außer Montags.

Telegraphen-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Marienplatz, Nr. 1983.

Mittwoch, den 24. April 1912.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Marienplatz, Nr. 1984.

Cui bono?

Wem nützt die neue Wehrvorlage? Herr v. Bethmann-Hollweg und seine Trabanten sind mit der Antwort auf diese Frage sehr schnell bei der Hand: dem deutschen Volke, denn seine Sicherheit und damit sein Wohlergehen werden durch diese Rüstungen gewährleistet. Und der ganze Chorus unserer geachteten Patrioten und Militaristen singt die gleiche Melodie. Bei genauerem Zusehen zeigt sich aber, daß der Teil des deutschen Volkes, dem die Wehrvorlage Nutzen bringt, aus zwar sehr einflussreichen, aber der Zahl nach sehr kleinen Bevölkerungsschichten besteht. Die große Masse der misera plebs contribuens hat nur die Lasten der Rüstungen zu tragen; sie spürt auch am meisten, daß die angeblich gewöhnlichste Sicherheit nur eine Phrase ist, daß die Wehrvorlage nur eine Vermehrung der vorhandenen Unsicherheit und Spannung der internationalen Politik zur Folge hat, was nicht ohne Rückschlag auf das Wirtschaftsleben der Nationen bleibt.

In seinem von uns des öfteren erwähnten Buche vom nächsten Kriege schreibt General v. Bernhardt:

„Die Geldsummen, die der Staat für die Wehrbarmachung des Volkes aufwendet, sind in allererster Linie eine wahrhaft soziale Ausgabe, die sozialen kulturfördernden Zwecken dient und die Nation geistig und sittlich hebt, die letzten und höchsten Kulturzwecke also viel unmittelbarer fördert als Ertragenschaften der Technik, der Industrie, des Handels und Verkehrs...“

Daß die Wehrbarmachung des deutschen Volkes verbunden ist mit einer Zoll- und Steuerpolitik, die die Lebenshaltung der breiten Massen niederdrückt und Unterernährung, Volkskrankheiten, Säuglingssterblichkeit und wie die sozialen Plagen alle heizen, folgen, braucht ein ehemaliger Kavalleriegeneral nicht zu wissen. (Zunächst tritt Herr v. Bernhardt, was gerechtfertigterweise erwähnt sei, für eine weitgehende Einführung der Erbschaftsteuer ein.) Aber die Anschauungen, die in den obenstehenden Sätzen vertreten werden, kehren immer und immer in der bürgerlichen Presse in den verschiedensten Variationen wieder, so daß es notwendig ist, an dem Beispiel der neuen Wehrvorlage nachzuweisen, in welche Taschen die „wahrhaft soziale Ausgabe“ des Staates fließt.

Es leuchtet ohne weiteres ein, daß durch die vermehrte Anschaffung von Geschützen, Maschinengewehren, Handfeuer- und blanten Waffen, von Artillerie- und Geergerät, von Uniformen und Ausrüstungsgegenständen ein Teil der deutschen Industrie zu erhöhten Lieferungen und zu vermehrten Profiten kommt. Aber die Kugeln sind doch nur die Unternehmer und Aktionäre der direkt oder indirekt in Betracht kommenden Industrien. Aktienurse, Dividenden und Reingewinne solcher mit Staatsaufträgen bedachten Betriebe pflegen in der Sonne fiskalischer Gunst sehr üppig zu wachsen. Das Lohnniveau der hier beschäftigten Arbeiter unterscheidet sich aber, von wenigen Ausnahmen abgesehen, nicht von dem der gleichen Industrien, die nicht für die Heeresverwaltung arbeiten. In den Staatswerkstätten liegen die Dinge für die Arbeiter vielleicht noch ungünstiger. Nehmen wir an, daß ein Zehntel der deutschen Arbeiterschaft für den Heeresbedarf tätig ist, so hat dieses Zehntel doch genau wie die übrigen neun Zehntel die durch die Rüstungen hervorgerufene Verteuerung der Lebenshaltung auf sich zu nehmen. Jergend welche wirtschaftlichen Vorteile springen also für die Arbeiterschaft, abgesehen vielleicht von einer kleinen Anzahl besonders qualifizierter Arbeiter, aus den Rüstungsausgaben des Staates nicht heraus.

Natürlich sind es die Aktionäre und Besitzer der Großbetriebe, z. B. die Firma Krupp und ähnliche, die von diesen „wahrhaft sozialen Ausgaben“ des Staates das Fett abschöpfen. Daher auch die fanatische und verlogene Rüstungsbegehr der Zeitungen, die von diesen Großindustriellen ausgehalten werden. Viele Artikel dieser Presse, die von patriotischer Besorgnis ströhen und von Eifer um das Wohl und die Sicherheit des Vaterlandes überfließen, sind nichts weiter als verpackte Reklamaplakate für die Betriebe, die sich mit Staatsaufträgen mästen. Diese Prozentpatrioten kümmern es wenig, daß der Staat die Arbeiter, die staatlichen und privaten Angestellten, die Handwerker und die Kleinindustrie mit Zöllen und indirekten Steuern belasten muß, um die Mittel zur Bezahlung seiner Großlieferanten zu erhalten.

Aber nicht allein eine kleine Zahl von Großindustriellen und Aktionären sucht aus der Wehrvorlage erhöhten Vorteil, auch die Agrarier, vor allem die Ostelbier kommen nicht zu kurz. Zunächst schon durch die statische Zahl von Dienstpferden, die die Wehrvorlage für den 1. Oktober fordert. 6829 Pferde werden durch die Reorganisationen mehr eingestellt, so daß das deutsche Heer vom 1. Oktober 1912 einen Bestand von 126 480 Dienstpferden zählen wird. Dabei haben wir im „Vormärz“ schon darauf hingewiesen, daß diese Zahl sich für den Etat 1913/14 noch um 1 bis 2 Tausend erhöhen wird, da die sechs neu geforderten Kavallerieschwadronen sowie die Bepanzerungen für die Maschinengewehrkompanien im laufenden Etat noch nicht enthalten sind, wie überhaupt an Verschleierung und Vertuschung in der Wehrvorlage das Menschenmögliche geleistet wird. Daß die Erhöhung des Pferdebestandes den Remontezüchtern in Ostpreußen, Pommern usw. Ausichten auf vermehrten Absatz und Gewinn gewährt, ist selbstverständlich. Die Pferdezüchter sind natür-

lich nur in den seltensten Fällen Kleinbauern, sondern meist Großgrundbesitzer, Groß- und Mittelbauern, kurz agrarische Schichten, die ohnehin schon die Nutznießer unserer Zoll- und Liebesgabenpolitik sind. Die Erhöhung des Pferdebestandes der Armee zieht natürlich auch einen erhöhten Bedarf an Frouage nach sich. Die Lieferung von Körnerfutter, Heu und Stroh muß daher in größerem Umfang erfolgen, wobei ein großer Teil unserer Agrarier nicht zu kurz kommen wird. Natürlich wird diesen Kreisen durch die Erhöhung des Mannschaftsbestandes auch bei der Truppenversplegung indirekt vermehrter Profit zufallen.

Es ist daher kein Wunder, daß die agrarische Presse und die agrarischen Parlamentarier stets für Rüstungen und Rüstungsvermehrung zu haben sind, daß sie sich als die eifrigsten Befürworter der neuen Wehrvorlage geben. Dabei ist zu beachten, daß die Offiziere und Generale, die ihre Forderung für die Heeresvermehrung usw. in Bewegung setzen, meist Fleisch von agrarischem Fleisch, zum Teil sogar selbst Grundbesitzer sind.

Damit kommen wir auf das Offizierkorps im allgemeinen. Es muß mit allem Nachdruck darauf hingewiesen werden, daß gerade diese Wehrvorlage eine ganz gewaltige Vermehrung der Offizierstellen vorsieht, ganz besonders in den höheren Chargen. Die neugeforderten Stellen sind allein für 1912 folgende:

- 25 Generale
- 11 Regimentskommandeure
- 262 Stabsoffiziere
- 422 Hauptleute
- 552 Leutnants
- 75 Sanitätsoffiziere
- 35 Veterinäre
- 41 Zahlmeister

Dazu kommen ferner an höheren Beamten (ohne Bayern): Intendantur: 18, Geistliche: 3, Militärjustiz: 9, Proviantamt: 1, Garnisonverwaltung: 1, Militärbaubehörde: 11. In diesen Zweigen der Militärverwaltung wird natürlich die Schar der mittleren und unteren Beamten auch erheblich vermehrt.

Auch die Marine soll eine erhebliche Vermehrung ihres Offizierkorps erfahren und zwar um

- 48 Seeoffiziere (darunter 10 Stabsoffiziere),
- 13 Marineingenieure,
- 8 Marinezahlmeister.

All diese Vermehrung der Offizier- und höheren Beamtenstellen kommen zugute einer kleinen, engbegrenzten und zehnmal gestiebten Gesellschaftsschicht, aber nicht allen Klassen des deutschen Volkes. Die Wehrvorlage baut mehr als jede andere das Heer zu einer großartigen Versorgungsanstalt für die Söhne des Junkertums und der rassenreinen Bourgeoisie aus. Selten aber hat eine Wehrvorlage den Abnancementschmerzen des Offizierkorps stärker Rechnung getragen als gerade die gegenwärtige. Die Beförderungsmaschine wird vom 1. Oktober ab mit Vollbampf arbeiten. Man sehe sich nur die unverhältnismäßig große Zahl der Stellen vom Hauptmann aufwärts an. Dazu kommen dann im nächsten Jahre noch etwa 25 Kavallerieoffiziere und 14 Landwehrintspekteure (mit Generalrang) usw. Das alles gibt Lust in den höheren Offiziersregionen. Ist es da verwunderlich, wenn die Junker und die Bourgeois, deren Söhne und Verwandte den „vornehmsten Rost“ tragen dürfen, die Wehrvorlage mit Begeisterung aufnehmen, wenn die bürgerlichen Parlamentarier, von denen ja auch sehr viele verwandtschaftliche Beziehungen zum Offizierkorps haben, auch bei der Wehrvorlage in erster Linie die Interessen ihrer Klasse wahrnehmen. Sie können doch nicht dafür, daß diese Interessen sich (nach ihrer Meinung) auch mit „der Würde und der Sicherheit des ganzen Vaterlandes“ decken.

Ein genauerer Blick auf die neugeforderten Offizierstellen fördert aber noch manche andere Erscheinung zutage. So finden sich unter den Generalstellen (ohne Bayern) acht, bis 1915 werden es 22 sein — für Landwehrintspekteure, das heißt für Herren, für die es im Frieden blutwenig zu tun gibt. Von den Stabsoffizieren erhalten in Preußen nur 30 ein Truppenkommando, 171 werden den Stäben zugeteilt; von den Hauptleuten erhalten nur 129 eine Kompanie resp. eine Batterie, 166 kommen zu Stäben und dergleichen. Das heißt mit anderen Worten, eine sehr große Anzahl der Offiziere bekommen im Frieden gutbezahlte Einruhen, Stellen, für die es im Frieden eigentlich keine Beschäftigung gibt oder die ihre Inhaber nur zu allerlei militärischen Kleinramen, zur Kontrolle von Kammerbeständen und dergleichen verpflichten. Die gewaltige Vermehrung der Offiziere ohne Kommando soll angeblich eine Sicherheit für den schnellen Uebergang aus der Friedens- in die Kriegsfornation geben. Sie bedeutet aber in Wirklichkeit eine ungeheure Belastung der Steuerzahler.

Militärisch begründet wird die Schaffung dieser militärischen Pfändnerstellen mit dem Hinweis auf das französische Kaderegesez, das gleichfalls eine starke Vermehrung der Offizierstellen bei den Stäben usw. vorsieht. Wir haben schon mehrmals in diesen Artikeln auf die schwachen Kader der französischen Armee hingewiesen und haben dargetan, daß Frankreich bei einer Mobilmachung weit mehr als Deutschland zur Komplettierung seiner Truppen erster Linie auf Reservisten und Reservformationen angewiesen sei. Vom

militaristischen Standpunkt aus ist also die Vermehrung der aktiven französischen Offizierstellen zu rechtfertigen. Bei uns in Deutschland läuft aber die ganze Offiziersvermehrung am letzten Ende auf die Verbesserung der Abnancementsverhältnisse hinaus.

Cui bono? Wem kommt die Wehrvorlage zugute? Den breiten Volksmassen sicher nicht, am allerwenigsten der Arbeiterchaft. Dieser kann es auch gleich sein, ob Herr von Bethmann-Hollweg mit Hilfe der Wehrvorlage die durch den 12. Januar ramponierte Gunst seines Herrn und Meisters wieder repariert. Die Sozialdemokratie und die organisierte Arbeiterschaft bleibt bei der Parole: Diesem System keinen Mann und keinen Groschen!

Zweierlei Gerassel.

Der gestrige Tag, an dem die Sozialdemokratie nicht zu Worte kam, war von zweierlei Gerassel erfüllt, denn um Gerassel handelt es sich haben wie drüben. Die Junker beider Spielarten, heute vertreten durch den Edlen Herrn zu Puttkitz und den Freiherrn v. Gamp, rasselten mit dem großen Sabul des Militarismus und brannten ein patriotisches Phrasenfeuerwerk ab; die Liberalen beider Spielarten, durch Herrn Wassermann und Herrn Müller-Reiningen repräsentiert, rasselten mit dem Holzschwert der gesinnungstüchtigen Opposition und blendeten mit dem Scheinwerfer der Kritik. Aber in ihrer grundsätzlichen Stellung zum Militarismus unterscheiden sich die vier bürgerlichen Parteien, die heute sich vernehmen ließen, nur nach Nuancen. Gemilligen wollen die Nationalliberalen, bewilligen auch die Freisinnigen und auf das klare entschiedene Nein, das allein die Lösung einer wahrhaft fortschrittlichen Politik sein kann, wartete man gestern vergebens. Daß neue Panzerschiffe gebaut, neue Kanonen gegossen, neue Bataillone gedrückt werden sollen, darüber herrscht kein Zwiespalt; nur wer sie bezahlen soll, über dieser untergeordneten finanztechnischen Seite der Sache ist der Erisapfel unter die bürgerlichen Parteien gerollt.

Der Gans Edle Herr zu Puttkitz, der als getreuer Jünger Heidebrands für die Konservativen sprach, hat nichts von der rotbäckigen Frische der hinterpommerschen Junker an sich, wie sie in Sudermännchen Dramen herrenmenschlich aufzutreten pflegen, weder in seinem Wesen noch in seinen Worten. Das aber macht die hinterpommerschen Ansichten über Krieg und Frieden, über Militarismus und Sozialdemokratie nicht genießbarer, die er in ledernstem Tone vortrug, nur dann lebhafter werdend, wenn er gegen die stärkste Partei des Reiches einen schnoddrigen Ausfall machte. Im übrigen war seine Rede ein Sammeljarum von Wiederholungen, ein Echo von Echos: alle Welt ist friedliebend, aber Rüstungen sind notwendig, die Grundfrage des Reichsführers sind zu billigen, nur das Dramatikerstückergeze er scheint nicht unbedenklich — all das hat man schon gestern gehört und vorher schon oft und wird es noch hören.

Herr Wassermann veräutete es nicht, sich mit patriotischer Geste in die Brust seines nationalliberalen Gehirns zu werfen. Selbstverständlich bewilligt seine Partei dem Militarismus, was der Militarismus haben will. Aber — und auf der Basis dieses Aber entwickelte nun Herr Wassermann seine Anschauungen über die Deckungsfrage und ging dabei dem Kanzler mit gutem Geschick zu Leibe. Warum nicht die Erbschaftsteuer, für die sich Herr Bethmann-Hollweg doch seinerzeit als Staatssekretär Willovs selbst eingesetzt? Warum immer die Ermahnung an die Linke, auf ihren finanzpolitischen Grundfragen nicht zu bestehen? Und „Wir behalten uns vor, in der Deckungsfrage eventuell mit Initiativanträgen vorzugehen“. Nur daß ein Eventuell an sich und erst recht ein nationalliberales Eventuell dieser Artfindigung für Regierung, Junker und Pfaffen wahrhaftig alles Tragische nimmt.

Herr Müller-Reiningen ging wesentlich schärfer ins Zeug. Auf der Paule fortschrittlicher Opposition donnerte er herum, daß es nur so eine Art hatte und die Pfeile seiner Witze verfinsterten zu Zeiten die Sonne der Regierungsgunst, die sich Herr Müller und die Seinen während des Willovsbods doch so gern auf den Buckel haben schmeißen lassen. Jetzt aber ist man nicht Regierungssoldat, sondern Volkspartei, und da darf man sich's schon etwas kosten lassen. Und wie Herr Müller-Reiningen taktisch operierte, war gar nicht ungeschickt. Er wandte sich mit Schärfe gegen die Absicht, die Vorlagen schnell durchzusetzen, wie auch gegen die Absicht, die Kritik an der militärtechnischen Seite zu unterbinden, und namentlich in der Deckungsfrage schloß er manche gutgezielte Breitseite gegen Regierung und Rechte ab.

Nach kurzen Ausführungen der Staatssekretäre Lirpitz und Mühlhahn nahm zum Schluß der Freiherr v. Gamp das Wort, um für die Reichspartei in dieselbe Kerbe zu hauen, wie der Edle Herr zu Puttkitz. Dieser knorrige Ostpreuße ist ohne Zweifel ein ehelicher Kerl, wenn er der Sozialdemokratie auch wenig parlamentarisch die Ehrlichkeit abstirbt, aber auch er fand lediglich die abgegriffenen Klischees des Kurpatriotismus — seiner Ansicht nach sind weitesten Volkschichten (man höre: weitesten Volkschichten!) sogar die neuen Wehrvorlagen noch viel zu gering. Na, also!

Dem politischen Laten auf den Tribünen mußte der Tag heute wie ein lebhaftes Gesecht zwischen zwei Weltanschauungen vorkommen, und doch handelte es sich nur um Nuancenunterschiede. Dafür gab es ein Sinnbild: bei den heftigsten Angriffen des Herrn Müller-Reiningen lächelte der Kanzler und bei den blutigsten Wigen lachte er sogar fröhlich mit, und er hat recht: Hier darf er lächeln, darf er lachen! Morgen aber, wenn der Sozialdemokrat spricht, wird ihm schon das Dagen vorgehen. Und auch mit Recht!

Pyrrhusieg des Ordnungsbreies von Milwaukee.

New York, 5. April. (Fig. Ber.)

Die am 2. d. M. in Milwaukee abgehaltenen städtischen Wahlen nahmen den Ausgang, den man angesichts des Zusammengehens der bürgerlichen Parteien, der Demokraten und Republikaner, von vornherein erwarten mußte. Unsere Genossen unterlagen der Koalition der Gegner. Der Fusionskandidat Dr. Gerhard Bading, ein Republikaner, wurde mit 43 172 Stimmen gegen 30 200 Stimmen, welche auf den Genossen Seidel, den bisherigen Inhaber des Amtes, entfielen, zum Mayor (Oberbürgermeister) von Milwaukee gewählt. Gleichzeitig mit Bading treten am 9. April zwei Demokraten als Stadtdirektoren und als Comptroller (Chef des städtischen Finanzwesens) an die Spitze der Stadtverwaltung. Von den neugewählten Stadtverordneten gehören 7 der sozialdemokratischen Partei, 26 der Fusion an. Die siegreichen sozialdemokratischen Stadtverordnetenkandidaten gingen ausschließlich aus den Bezirkswohnen hervor, während die 7 von sämtlichen Wählern der Stadt erkorenen Stadtverordneten (Aldermen-at-large) von dem Ordnungsbund aufgestellt waren. Die gesamte amerikanische Presse beschäftigt sich in Leitartikeln mit dem Resultat. Abgesehen von vereinzelten Ausnahmen, wagen auch die bürgerlichen Blätter nicht zu bestreiten, daß die „Ordnungsparteien“ einen Pyrrhusieg errangen, der den Keim zu künftigen Niederlagen in sich birgt.

Vor zwei Jahren vereinigte der Genosse Seidel als Mayors-Kandidat 27 622 Stimmen auf sich, während 20 513 Wahlzettel auf seinen demokratischen Gegenkandidaten W. J. Schoemaker und 11 263 auf den republikanischen Bewerber John M. Bessel lauteten. Seit 1910 wuchs die Zahl der Wahlberechtigten um rund 2000; Seidel erzielte eine Zunahme von 25 28 Stimmen. Am letzten Dienstag beteiligten sich 73 372 Stimmberechtigte an der Wahlhandlung, 12 975 mehr als vor zwei Jahren.

Die Sucht, um jeden Preis wieder an den Futtertrog zu kommen, ließ die bürgerlichen Raubpolitiker nicht nur ein Bündnis schließen, sondern spornte sie auch zu einer unerhörten Wahlagitation an, welche „fast den letzten Wähler“ an die Urne brachte. Bei einer gleichen Wahlbeteiligung wie 1910 hätte Seidel nahezu die absolute Mehrheit der Stimmen erlangt, zu der ihm 1910 noch 4153 Stimmen fehlten.

In der Thron vor zwei Jahren übermittelten Korrespondenz über den Ausfall der Wahl in Milwaukee hieß es: „Aber daß Genosse Seidel . . . bis auf wenige tausend Stimmen der absoluten Mehrheit nahekam, überraschte selbst unsere Genossen.“ Wie bei fast allen amerikanischen Wahlen entscheidet auch bei den städtischen Wahlen in Milwaukee die relative Mehrheit; die absolute Majorität ist nicht erforderlich.

Schon während des Wahlkampfes 1910 war es klar, daß die bürgerlichen Wähler, der jahrzehntelangen korrupten Wirtschaft der demokratischen und republikanischen Parteipolitiker müde, teilweise für Seidel eintreten, teilweise sich der Abstimmung enthalten würden. So gingen denn auch die bürgerlichen Stimmen von 41 517 im Jahre 1908 auf 31 775 im Jahre 1910 zurück, während die sozialdemokratischen Stimmen, deren 1908 20 887 gezählt worden waren, zwei Jahre später, trotz der viel schwächeren Wahlbeteiligung, auf über 27 000 hinaufschwanden.

Da die Wahl 1910 unter anormalen Verhältnissen stattfand, muß man zur Würdigung der diesjährigen Wahl diejenige von 1908 zum Vergleich heranziehen. Da ergibt sich denn, daß das sozialdemokratische Votum in vier Jahren um fast 10 000, das der beiden bürgerlichen Parteien um noch nicht 2000 Stimmen zunahm, obwohl die auf die fieberhafte Agitation zurückzuführende Steigerung der Wahlbeteiligung fast ausschließlich der Fusion zugute kam.

Die Stimmen, welche am Dienstag in Milwaukee auf die Namen sozialistischer Kandidaten lauteten, wurden auch von Sozialdemokraten abgegeben. Milläner gab es da nicht. Die bürgerlichen Parteien hatten sich geeinigt; ihre Führer hatten die Beute im voraus geteilt. Eine scharfe Grenzlinie schied die Wähler in zwei Lager: in Sozialdemokraten und in Anhänger der bestehenden Gesellschaftsordnung.

Wie die bürgerliche Presse unterschiedslos zugibt, daß Milwaukee unter Seidel seit einem Menschenalter zum erstenmal eine ehrliche Verwaltung hatte, so wirkt sie auch fast ausnahmslos, sei es direkt, sei es verdeckt, die Frage auf: „Wie lange wird die Fusion der Demokraten und Republikaner in Milwaukee der unaufhaltsam zunehmenden Sozialdemokratie gewachsen sein?“

Die Verwirklichung ihrer Gegner bald zu verwirklichen, traten unsere Genossen in Milwaukee schon wieder zuversichtlich und energisch in die Agitation für die nächsten Wahlen ein.

Auch in anderen Städten zeigte sich übrigens der Zusammenschluß der Demokraten und Republikaner gegen unsere Partei. Dies konnte aber nur verhindern, daß unsere Kandidatenzahl entsprechend unserer Erstarkung wuchs, nicht aber die bedeutende Vermehrung unserer Stimmenzunahme. In Chicago wurden über 18 000 Stimmen erzielt. In Quincy, Illinois, wurde der erste Sozialist gewählt, ebenso in Georgia bei einer Stimmzunahme um die Hälfte und in Pearl gegen die verbündeten Gegner. In Michigan: in Battle Creek 1 Stadtrat (+ 50 Proz.), in Kalamazoo 2, beinahe auch der Mayor, in Dowagiac die Hälfte des Stadtrats; die Stimmzahl war um 347 größer als die beider Gegenparteien und viermal so groß wie die bei früheren Wahlen, bei der Wahl des Mayors und Rechners fehlten nur einige Stimmen. In Iowa stieg in Davenport die Zahl von 384 auf 1000, in Davenport, dem Sitz der Universität, wurden der Mayor und 2 von 5 Stadträten gewählt, in Ryan der Mayor und 3 Räte. In Fort Scott, Kansas, Sieg über die geeinten Gegner, 3 Aldermen von 5 gewählt, sozialistische Ratsmehrheit. Unter gleichen Umständen in Ottomana, Minnesota, 2 Aldermen, 1 Mitglied der Schulbehörde gewählt.

Eine Reihe Siege berichtet auch Wisconsin. In Groz 3 Aldermen, 1 Friedensrichter; in Green Bay 1 Alderman, einer mit 4 Stimmen unterlegen, Zunahme von 514 vor zwei Jahren auf 817; in Eau Claire Mehrheit von 288, Bürgermeister erwählt. Hier liberaler Gegner als „Unparteiischer“ geeinigt. In Waite, Montana, mit 2800 stärkste Stimmzahl, 1 Alderman gewonnen; jetzt 6 unter 36. In Aurora Springs ging die ganze Liste durch. Dasselbe geschah ohne Gegen im Bergarbeiterdorf Steammond, Kansas. Eine ganze Reihe weiterer Orte melden Gesamt- oder Teilerfolge oder mindestens erhebliche Stimmzunahme.

Der Krieg.

Die Bewegungen der italienischen Flotte.

Saloniki, 23. April. Sieben italienische Kriegsschiffe kreuzen fast beständig zwischen Enos und den Inseln Imbros, Tenedos und Lemnos. Vor Enos liegen sieben italienische Schiffe, die wahrnehmlich Instruktionen abwarten. Ein aus neun Schiffen bestehendes italienisches Geschwader liegt vor Rodos auf Lemnos, wo zwei Transportschiffe mit Kohlen und anderen Vorräten eintrafen. Von den Befestigungen des großen Kapes Karaburum wird gemeldet, daß in der Ferne vier italienische Schiffe gesehen wurden, die wieder verschwand.

Rom, 23. April. Die Agenzia Stefani meldet, die Marine-Division, unter dem Befehl des Admirals Brescitera, hat die Insel Astropolia besetzt und dort einen Stützpunkt zur Versorgung der Schiffe errichtet. Die Besetzung dieser Insel, die große und sichere Ankerplätze im Norden und Süden besitzt, wird ein wirksames Vorgehen zur Wegnahme von Kriegsgüterbande ermöglichen.

Die Wirkung der Dardanellen-Sperre.

Wien, 22. April. Die „Neue Freie Presse“ meldet aus Konstantinopel: Der Hafen von Konstantinopel bietet wegen der Schiffahrtssperre einen nie gesehenen Anblick. Bis heute ankern im Bosphorus über 100 Handelsdampfer aller Flaggen. Die meisten führen Getreide, einige Mehl, Petroleum oder Herakleskohlen. Sie finden Gelegenheitskäufer, wodurch die Teuerung einigermaßen gemildert wird. Die Stadtverwaltung warnt vor Spekulationen und das Kriegsgericht bestraft die spekulative Verteuerung der Lebensmittel. Der österreichische Jucker, der infolge der Seesperre von 1 1/2 auf 6 Pfaster stieg, kommt auf der Donau an; 7000 Faß Mehl werden mit der Anatolischen Bahn von Angora erwartet. Augenblicklich herrscht kein Getreidemangel, dagegen hört der Fremdenzuzug fast vollständig auf. Die ägyptische Schiedsiallinie plant, die Passagiere für Konstantinopel in Debagatsch zu landen. Doch trifft die Orientbahn selbst Anhalten, ihre Züge von Saloniki im Falle eines italienischen Angriffes auf Debagatsch auf dem Umweg über Podoja und Jerebschik hierher zu führen.

Aufhebung der Sperre in Sicht?

Bremen, 23. April. Wie dem Norddeutschen Lloyd von seiner Agentur in Konstantinopel bestätigt wird, ist mit der Einziehung der Minen begonnen worden. Die Freigabe der Dardanellen erfolgt voraussichtlich binnen drei Tagen.

Die internationale Lage.

London, 23. April. Unterhaus. Der liberale King fragte an, ob das Auswärtige Amt Informationen darüber habe, daß Oesterreich-Ungarn die Neutralität in dem Kriege zwischen Italien und der Türkei aufrecht erhalten wolle unter der Bedingung, daß Italien keinen Angriff auf die Besitzungen der Türkei in Europa mache. Parlaments-Unterstaatssekretär Acland erwiderte: Ich habe von einem derartigen Abkommen keine Kenntnis. In Beantwortung einer weiteren Frage des Abgeordneten King sagte Acland, die Mächte hätten die italienische Regierung gefragt, unter welchen Bedingungen sie geneigt wäre, die freundschaftliche Vermittlung der Mächte anzunehmen; ein gleicher Schritt wäre in Konstantinopel erfolgt. Bei der Beantwortung weiterer Fragen stellte Acland fest, daß man von Rom eine Antwort bekommen habe, aber von Konstantinopel hätte die englische Regierung noch nichts gehört.

Konstantinopel, 23. April. Gegen Mittag hat der Unterstaatssekretär des Äußeren den Vorschlag der Antwort der Pforte auf den Vermittlungsvorschlag überreicht.

Bedrohende Aktion der Italiener an der tripolitaniischen Ostgrenze.

Alexandrien (Ägypten), 23. April. (Meldung der Agenzia Stefani.) Große Erregung verursachen hier von der tripolitaniischen Grenze kommende Nachrichten, nach denen in Tobruk eine Konzentration italienischer Truppen stattfinden soll. Diese Truppen sind, wie die einen sagen, zur Besetzung von Bomba bestimmt, wie andere behaupten zu einer demnächst stattfindenden Aktion an der Ostgrenze, analog derjenigen Aktion, welche in der Nähe von Sed Said an der tunesischen Grenze vor sich geht.

Enver Bei tot?

Katze, 23. April. Die Agenzia Stefani meldet unter dem 22. d. M.: Enver Bei, der sich seit einigen Tagen in Mariut befand, wo er wegen Schwierigkeiten, die sich der Fortsetzung seiner Rückreise entgegenstellten, Halt gemacht hatte, ist um 4 Uhr früh gestorben. Sein Tod ist infolge Brand einer Wunde, die er kürzlich im Kampf mit den Italienern erhalten hat, eingetreten. Türkische Rundschreiben geben dagegen bekannt, daß der Sultan Enver Bei den Titel eines Pascha verliehen habe und ihn zur Wiederherstellung seiner Gesundheit vom türkischen Kampfplatz in der Cyrenaika zurückberufe. Enver Bei werde vorläufig bis zum Eintreffen Enub Sobri Beis, der schon von Konstantinopel nach Saloniki abgereist sei, von wo er sich nach der Cyrenaika begeben werde, um das Oberkommando zu übernehmen, durch Aziz Bei vertreten werden.

Die Revolution in China.

Allerlei zur Lage.

Brüssel, 23. April. Die Agentur des äußersten Ostens meldet aus Peking: Das Gerücht, daß General Linjuenhang, der Vizepräsident der Republik, ermordet worden sei, ist falsch. Es sind allerdings zwei Männer in sein Haus eingedrungen und haben Revolvergeschosse auf ihn abgegeben, ohne ihn jedoch zu treffen. Sie wurden verhaftet und enthauptet. Die Lage ist jedoch noch dezent unruhig, daß der General Linjuenhang seine Familie in die französische Konzeption nach Hankau geschickt hat.

Der Minister Langschuach schlägt den Gesandten der fremden Mächte vor, die aus dem Vorgefallenen hervorgehenden Entschädigungssumme erst in drei Jahren zu bezahlen. Die Gesandten haben noch nicht auf diesen Vorschlag geantwortet.

Juanschikat hat den Bauern die Zahlung der schuldigen Steuern für das letzte Jahr erlassen unter der Bedingung, daß die Steuerzahlung nunmehr regelmäßig erfolge.

Der Vertreter Juanschikais in der Mongolei ist nach Peking zurückgekehrt und hat die Nachricht überbracht, daß die Wogolen ihre Unabhängigkeit bewahren wollen. Eine große Anzahl von den in Peking residierenden mongolischen Lamas und Tibetener haben jedoch eine Verjämmerung arrangiert, in der eine Resolution zugunsten der Vereinigung der Mongolei und Tibet mit China gefaßt worden ist. Juanschikat hat die Teilnehmer der Versammlung zu dieser Haltung befragt.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 23. April 1912.

Abgeordnetenhaus.

Vor leeren Bänken beriet das Abgeordnetenhaus am Mittwoch in zweiter Lesung einige kleinere Etats und beendete sodann die Berprechung des Kapitels „Höhere Lehranstalten“. Ein hierzu von freisinniger Seite gestellter Antrag auf organische Verbindung der Lehrpläne der Volks- und höheren Schulen und Abschaffung der Vorkursen wurde gegen die Stimmen der Antragsteller und der Sozialdemokraten abgelehnt. Die Klassenunterschiede sollen nun einmal in Preußen bereinigt werden.

Aus der weiteren Debatte über das höhere Schulwesen ist eine recht interessante Episode zu erwähnen. Ein Redner des Zentrums, Abg. Dr. Schmitt-Düsseldorf, hatte sich des langen und breiten über ein Geschichtswort ausgelassen, das an höheren Lehranstalten verteilt wird, obwohl es einen zentrumsfeindlichen Charakter habe. Der Präsident ersuchte den Redner, auf dies Thema, das eigentlich in der Generaldebatte hätte erörtert werden müssen, nicht einzugehen, er gestattete dem Redner aber schließlich, wenn auch nur stillschweigend, seinen Faden weiter zu spinnen. Als aber Abgeordneter Dr. Maurer (nail.) erwidern wollte, suchte ihn Herr v. Erffa wiederholt daran zu verhindern. Abg. Maurer, der wohl glauben mochte, daß es im preussischen Abgeordnetenhaus so etwas wie Berechtigung gibt, wollte sich das nicht gefallen lassen, er wurde zweimal zur Sache gerufen und fast schlen es, als wollte er sich das Wort entziehen lassen oder gar dem Leutnant Seligenheit zum Einschreiten geben. Aber im letzten Augenblick besann er sich darauf, daß er als Mitglied der „Rechtskonservativen“ Parteien es nicht so weit kommen lassen dürfe, er brach deshalb ab und sagte sich gehörig den präsidialen Anordnungen. Seinen Freunden vom rechten Flügel war ein Stein vom Herzen gefallen, eine solche „Blamage“ hätten die Friedberg und Genossen nicht überlebt.

In später Stunde begann noch die Beratung des vom Herrenhaufe angenommenen Sparkassengesetzes, wonach 30 bis 30 Proz. des Vermögens der Sparkassen in mindersicheren Inhaberpapieren, mindestens drei Fünftel davon in Reichs- oder Staatsanleihen anzulegen sind. Die Berprechung dieses Gesetzeswurfs, durch den der Kurs der Konfols künstlich gesteigert werden soll, wird am Mittwoch fortgesetzt.

Wieviel Deutsche warten auf den nächsten Krieg?

Der Regierungsentwurf eines Gesetzes zur Ergänzung des Gesetzes über die Friedenspräsenzstärke des deutschen Heeres vom 27. März 1911 und des Befoldungsgesetzes verlangt in erster Linie eine Änderung des Paragraphen 1 dieses Gesetzes. Es soll da die Zahl 515 321 in 544 211 umgeändert werden. Dies heißt aber nur, daß die Ziffer der Gemeinen, Freireiten und Obergefreiten um so viel zu erhöhen ist. Der Gesamtbestand des deutschen Heeres, einschließlich der Unteroffiziere und Offiziere ist um über 100 000 Mann höher. Ebenso ist natürlich auch die weisliche Erhöhung der jetzigen Anforderungen viel größer, als ziffermäßig erkennbar erscheint. Es werden 17 neue Infanteriebataillone, 6 Kavallerie-estabrons, 41 Feldartilleriebatterien, 4 Pionierbataillone, 1 Verfehrtruppenbataillon und 2 Trainbataillone neu geschaffen, die eigentliche Truppenmehrung umfaßt dabei 28 810 Mann. Dazu kommen dann aber noch die Unteroffiziere und Offiziere bis in die hohen Chargen, die notwendig sind die neuen Formationen zu kommandieren!

Wieviele Menschen soll nun eigentlich nach diesem Entwurf das deutsche Heer umfassen? Wie hat sich sein Umfang seit 1872, also seit der Zeit nach dem deutsch-französischen Kriege geändert?

Der gesamte Mannschaftsbestand einschließlich der Offiziere und Militärbeamten betrug resp. wird nach Annahme des Gesetzes betragen:

Jahr	Mannschaftsbestand
1872	350 000 Mann
1875	401 659
1881	427 274
1887	468 400
1890	496 938
1893	537 068
1896	606 516
1900	614 866
1911	626 732
1912	653 914

Und diese mehr als 655 000 Menschen warten auf nicht anderes als auf den nächsten Krieg! Sie werden gedrückt und eingeküßt, zu töten und zu vernichten, Tausende von Ehen vornehmer Familien sehen ihren einzigen Vererbfors darin, Menschen auf den Menschen zu dressieren.

Die Entwicklung geht dabei in einer kulturgefährdenden Gesichtslosigkeit zu immer größeren Aufgeböten und sich mehr anwachsenden Ausgaben. Im Jahre 1873 hatte das Deutsche Reich bei rund 42 Millionen Menschen 360 000 Mann im aktiven Heere. Im Jahre 1912 soll, trotzdem das deutsche Volk bis jetzt nur auf 68 Millionen angewachsen, das aktive Heer schon 656 000 Mann betragen. Also damals 0,8 Prozent der Bevölkerung Deutschlands, heute schon 1 Prozent der Bevölkerung lebt ständig unter Waffen. Dabei muß beachtet werden, daß die eigentlich weislichen zwischen 20 und 40 Jahre alt sind. Unter den 65 Millionen deutscher Bevölkerung sind vielleicht — hoch gerechnet — 20 Millionen zu ihnen zu zählen. Mit anderen Worten, heute stehen drei unter Hundert in der Vollkraft ihres Lebens befindliche Männer jahrelang untätig, wirtschaftlich und kulturell tot, Gewehr bei Fuß und warten auf Krieg!

Schlauhe Taktik.

Die Friedberg-Rudmannsche Richtung innerhalb der national-liberalen Partei scheint eingeschlossen zu haben, daß voraussichtlich auf dem zum 12. Mal einberufenen national-liberalen Parteitag ihr Antrag, der das Aufgehen der jungliberalen Sonderorganisation in die allgemeine Parteiorganisation fordert, durchfallen wird, und die Rudmannsche Richtung schließlich einen glänzenden Sieg davonträgt. Um das zu verhüten, haben die Friedberger ihre Taktik geändert. Sie wirken jetzt darauf hin, daß ihr Antrag nicht auf dem Parteitag zur Beratung kommt, sondern mifamt den jungliberalen Gegenanträgen auf dem Wege des Kompromisses durch eine Verfassungskommission erledigt wird, so daß auf dem Parteitag jede Aussprache über die innere Organisation der Partei und die Gegenfrage zwischen den sogenannten „Jungen“ und „Alten“ wegfällt und nur ganz allgemein über die politische Lage geschwätzt wird. Die unter dem Einfluß der „Friedberger“ stehende parteiamtliche „National-liberale Korrespondenz“ bringt bereits an der Spitze der Nummer 90 vom 23. April folgende Aufforderung:

„Zum national-liberalen Vertretertag.“ Eine freie Kommission hat am Sonntag in Berlin darüber beraten, in welcher Weise die dem Berliner Vertretertag vorzuliegende Organisationsfrage eine allseitig bestedigende Lösung finden könne. Nachdem diese Beratung zu einem vorläufigen Ergebnis gelangt ist, bitten wir die Organisationsmitglieder im Lande, das im Verlaufe einer Woche zu gewärtigende endgültige Ergebnis abzuwarten. Die dem Vertretertag vorzuliegenden Anträge werden nach Ablauf dieser Frist sofort den einzelnen Organisationsgruppen zugehen.“ Die Ankündigung ist etwas dunkel, aber die nachsichende Notiz der ebenfalls im Friedbergischen Jahrbuch erscheinenden „Wogebg.“ liefert dazu einen guten Kommentar:

Am Sonntag hat in Berlin eine freie Kommission unter dem Vorsitz des Landtagsabgeordneten Dr. Friedberg getagt die es sich zur Aufgabe gemacht hatte, den Versuch einer Verständigung zwischen den Gegenseiten zu machen, die auf der letzten Zentralvorstandssitzung zutage getreten sind. Das Ergebnis dieser Verhandlung ist ein Kompromißvorschlag, der jetzt den einzelnen Gruppen zur Begutachtung und Entschädigung vorliegt. In einer Woche wird die Beschlusfassung der in Frage kommenden Organisationen erfolgen und im Falle der Annahme der Antrag gemeinsam von den Jungliberalen und den Gegnern eingebracht werden, so daß damit der eigentliche Anlaß zur Einberufung des Parteitages am 12. Mai in Wegfall käme. Der Parteitag hätte dann Gelegenheit — was uns auch wesentlich nützlich erscheint —, sich mit der politischen Lage zu beschäftigen. Die Frage ist nur, ob die Anhänger Boffermanns sich auf dieses faule Mandat einlassen werden.

Frankfurter Universität.

Wie telegraphisch aus Frankfurt a. M. gemeldet wird, haben die Stadtverordneten in ihrer gestrigen Sitzung nach dreistündiger Erörterung über die Universitätsfrage in namentlicher Abstimmung die Magistratsvorlage mit 48 gegen 26 Stimmen angenommen. Die dahingehende Galerie begrüßte das Ergebnis mit lautem Beifall. Der Vorsitzende, Geheimrat Justizrat Friedleben, bemerkte, daß die Stadtvertretung noch selten einen Beschluß von so weittragender Bedeutung gefaßt habe, wie heute. Er hoffe, daß der Beschluß der Stadt zum Segen gereichen werde.

Versprechen und Halten.

In einer von Gemeindevätern aus allen Teilen Bayerns zahlreich besuchten Versammlung in München, der auch Vertreter der Regierung und aller Parteien des Landtages beiwohnten, wurde nach eingehenden Referaten einstimmig eine Resolution angenommen, in der das Ernteausschreiben wird, daß die Staatsregierung trotz der früheren verbindlichen Zusagen nicht mehr gewillt ist, dem gegenwärtigen Landtag den versprochenen Gemeindevoranschlag vorzulegen. Die Gemeindeväter empfinden dies als eine schwere Zurücksetzung ihres Standes und richten an den Landtag die Bitte, der Staatsregierung gegenüber durch einstimmigen Beschluß die Bereitwilligkeit zur Behandlung des Gesuchentwurfs noch in dieser Session zu erklären. Die Staatsregierung wurde um baldige Vorlage des Entwurfs ersucht.

Zur Maiseier.

Das oldenburgische Staatsministerium verbot die öffentlichen Umzüge bei der Maiseier in Rühringen. Es ist das erste Mal, daß dort der Maiseierzug verboten wird. Hossentlich geben die Wähler im Rühringer Reichstagswahlkreis am 28. April auf diese gänzlich ungerechtfertigte Maßnahme die richtige Antwort! Neben den Behörden sind auch die Scharfmacher an der Arbeit, den Arbeitern ihren Feiertag zu nehmen. Der Arbeiterverband für das deutsche Holzgewerbe, die Freie Vereinigung der Holzindustriellen von Groß-Berlin, der Zentralvorstand der Bauischlermeister Berlins und Umgebung, sowie die Berliner Metallindustriellen u. a. Verbände haben beschlossen, jeden Arbeiter, der am 1. Mai feiert, zu entlassen und vor Montag, den 8. Mai, nicht wieder einzustellen.

Kadavergehorsam bis ins Lazarett!

Der Soldat Wilms vom Grenadierregiment Nr. 101 war im Dezember v. J. im Dresdener Garnisonlazarett untergebracht. Hier soll er dadurch gegen die Lazarettbestimmungen verstoßen haben, daß er eines Sonntags Geschwärmern von sich vom Fenster aus zwinkelte. W. durfte am fraglichen Tage keinen Besuch empfangen, hat aber trotzdem mit seinem Bruder aus dem Korridor ein paar Worte gewechselt. Vom Sanitätsunteroffizier dieserhalb zur Rede gestellt, hat er geäußert: „Ich kann doch vor meinem Bruder nicht aufhören!“ W. soll dann einige Befehle unbesorgt gelassen, eine unmissverständliche Haltung eingenommen, die Haden nicht fest zusammengenommen und mit den Händen herumgeschüttelt haben! Der leicht erregbare und an einer Nervenschwäche leidende Mann wurde wegen dieses Vorfalles zu der äußerst harten Strafe von 21 Tagen strengen Arrest! verurteilt, wegen Achtungsverletzung, Ungehorsams und Beharren im Ungehorsam — im Lazarett! Dagegen legte W. Berufung ein. Es nützte jedoch dem franken Mann nichts. Die Berufung wurde verworfen! Das Dresdener Kriegsgericht ist der Meinung, daß die vom Standgericht verhängte Strafe durchaus angemessen ist, denn es sei schon berücksichtigt worden, daß zur fraglichen Zeit eine „geringe Beeinträchtigung der Willensfreiheit“ vorgelegen hat!

Die Wirren in Marokko.

Paris, 23. April. Nach den Berichten der Blätter aus Fez kann es keinem Zweifel unterliegen, daß der Aufstand der marokkanischen Soldaten einem wohl vorbereiteten Plane entsprang. Alle Soldaten des Wachens überließen ihre Instruktionsoffiziere, machten mehrere nieder und zogen dann durch die Straßen, wobei sie ausriefen, der Augenblick sei gekommen, um die Europäer davon zu jagen. Die Bevölkerung jubelte ihnen überall mit großer Begeisterung zu. Zurhüchbare Szenen spielten sich beim Angriff der Marokkaner auf das Haus der französischen Telegraphisten ab. Die Angreifer erstiegen die Terrasse und durchdrangen sie, um in das Innere des Hauses zu gelangen. Da sie zurückgeschlagen wurden, schleuderten sie durch das Loch brennende Balken hinein und schütteten Petroleum darauf. Erst dann konnten sie eindringen und meißelten drei Telegraphisten nieder. Der vierte, welcher einen Selbstmordversuch unternommen hatte, wurde von den Marokkanern als tot liegen gelassen und entkam später. Er erlag jedoch, wie es heißt, der erlittenen Verwundung.

Der „Figaro“ gibt die Zahl der bei dem Aufstand in Fez umgekommenen französischen Offiziere, Soldaten und Staatsangehörigen insgesamt auf 118, die der Verwundeten auf 104 an.

Nach einer Meldung aus Teti vom 22. April hat der Dschehala-Stamm die scherrischen Truppen in Arbana angegriffen.

Mehrere Blätter treten nachdrücklich dafür ein, daß weitere Truppen nach Marokko entsandt werden, da die gegenwärtig dort befindlichen Streitkräfte durchaus unzulänglich seien und in dem ungeheuren Gebiet unmöglich überall die Kufstände unterdrücken und die Ordnung aufrecht erhalten könnten.

Erregung der spanischen Zone.

Madrid, 23. April. Wie aus Melilla den Blättern gemeldet wird, ist von den spanischen Lagern aus eine Gärung unter den Eingeborenen auf dem linken Ufer des Kertiffes beobachtet worden. Diese Gärung wird auf Aufwiegelungen der Rabalen zurückgeführt, die aus dem Innern des Landes kommen.

Die deutsch-französische Marokkokonferenz.

Bern, 23. April. Die Schweizerische Gesandtschaft in Paris hat dem Bundesrat mitgeteilt, daß in offiziellen Kreisen die Absicht bestehe, die deutsch-französische Konferenz, die in Ausführung des Marokkoertrages die genauen Grenzen der abzutretenden Gebiete am 30. April festsetzen soll, im Mai d. J. nach Bern einzuberufen. Die Konferenz soll aus vier deutschen und vier französischen Delegierten bestehen.

Truppenbewegungen nach Marokko.

Paris, 23. April. Nach einer Blättermeldung erhielt der Gouverneur von Französisch-Westafrika den Befehl, unverzüglich ein Bataillon Senegalesen und ein Bataillon Fremdenlegionäre nach Marokko zu senden. Ferner heißt es, daß Regnault die Aufstandsbewegung schon vor einiger Zeit befürchtet und die Entsendung von Verstärkungen verlangt habe, was jedoch rundweg verweigert worden sei.

Oesterreich.

Glänzender Erfolg der Sozialdemokraten bei den Wiener Gemeindevahlen.

Wien, 23. April. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Die Wiener Gemeindevahlen brachten der Sozialdemokratie einen großen Erfolg. Von den 21 zur Wahl stehenden Gemeindebezirken wurden sechs von den sozialdemokratischen Kandidaten, Schuhmeier, Reumann, Binarsky, Skaret, Domes und Wutschel, erobert. In acht Bezirken stehen die sozialdemokratischen Kandidaten außerdem noch in Stichwahl. Die Christlich-sozialen haben von den bisher von ihnen innegehabten 14 Mandaten nur 3 behaupten können. An 4 Stichwahlen sind die Liberalen, die bisher kein Mandat besaßen, beteiligt. Von den Kandidaten der tschechischen Separatisten sind 3 in die Stichwahl gedrängt. Vielochlawef, der Führer der Christlichsozialen, steht in einer Stichwahl, die für ihn sehr schlecht aussieht.

Schweiz.

Gute Resultate.

Bürich, 22. April. (Fig. Per.) Sonntag war für uns ein guter Tag. Im Kanton Neuchâtel ist unser Genosse Graber im zweiten Wahlgang mit 10100 gegen 9258 Stimmen, die auf seinen freisinnigen Gegenkandidaten fielen, in den Nationalrat gewählt worden. Die Konservativen hatten Stimmhaltung beschloffen. Gegenüber dem ersten Wahlgang hat unser Genosse 3176, der unterlegene Gegner 3000 Stimmen gewonnen. Mit Graber hält der siebente Sozialdemokrat seinen Einzug in den Nationalrat.

In Zürich brachten die Wahlen der Bezirksanwälte (Untersuchungsrichter) die Wiederwahl unserer Genossen Kaufmann, Heuser und Siegfried sowie die Neuwahl des Genossen Dr. Hüppi, so daß nun unsere Partei 4 von den 10 Bezirksanwälten in ihren Reihen zählt. Der Versuch unserer Genossen, den bürgerlichen Bezirksanwalt Heuser wegen unbefriedigender Amtsführung durch unseren Genossen Leuthard zu ersetzen, scheiterte an dem Verzweigungskampfe der verbündeten Bürgerlichen. Unser Genosse Leuthard erhielt 11973, Heuser 13138 Stimmen. Die Schuld daran trägt die Arbeiterschaft im sozialdemokratischen Auserfisch, die leicht 2000 Stimmen (Leuthard erhielt 5842 Stimmen) mehr hätte aufbringen und uns den Sieg sichern können.

Erfreulich ist auch die Annahme des Proporzgesetzes im Kanton Genéve, die mit einer Mehrheit von circa 700 Stimmen erfolgte. Nach dem neuen Gesetz müssen die Gemeinderatswahlen in allen Gemeinden mit mehr als 3000 Einwohnern nach dem Proporz vorgenommen werden. Also ein neuer Sieg des Proporzgedankens.

Rußland.

Der Massenmord in den sibirischen Goldminen.

Der Umfang des Arbeitermassakers in den sibirischen Goldminen hat sich, wie wir voraussehen, viel größer erwiesen, als die amtlichen Mitteilungen ursprünglich angaben. Insgesamt sind 270 Personen getötet und 350 verwundet worden! Der Dumaabgeordnete Beloussow erhielt von den Arbeitern im Streikgebiete folgendes Telegramm, das die Ursachen des Konfliktes und den Verlauf des Blutbades wahrheitsgemäß schildert:

„Wir warteten friedlich auf volle Entlohnung und wandten uns an die Rechtsanwälte in Irkutsk mit der Bitte, in Anbetracht der Verletzung unseres Arbeitsvertrages durch die Lenaer Gesellschaft gerichtliche Forderungen gegen sie einzureichen. Anfangs April wurde der Gendarmereimitmeister Trefschtschenkow und Soldaten nach den Goldbergwerken geschickt. Unsere Delegierten versuchten wegen unserer Forderungen mit dem Rittmeister, dem der Chef der Polizei Vollmacht erteilt hatte, in Verhandlungen zu treten. Der Rittmeister fuhr sie roh an, überschüttete die Delegierten mit den gemeinsten Schimpfwörtern und jagte sie hinaus. Am 16. April wurden unsere Delegierten, angeblich weil sie sich nicht beim Untersuchungsbüro zum Verhör eingefunden hatten, verhaftet und nach dem Gefängnis in Tobolsk transportiert. Dabei hatten 10 von ihnen nicht einmal die Aufforderung hierzu erhalten. Da wir die Verhaftung für ungesetzlich hielten, begaben wir uns am 17. April zu dem Bezirksingenieur Tulschinski und dem Rittmeister Trefschtschenkow in den Kadeswerken mit der Bitte, die Verhafteten frei zu geben. Während die Menge mit Tulschinski unterhandelte, erteilte das Kommando zum Schießen. 370 Personen sind getötet, 250 verwundet. Tulschinski ist wie durch ein Wunder unverletzt geblieben. Nach der ersten Salve legte sich die Menge auf die Erde. Tulschinski lag mitten in der Menge. Man schoß auf Kniehende und Liegende. Jeder feuerte fünfzehn Kugeln ab. Unter den Verwundeten befinden sich zwei Frauen. In der Menge ist ein Landpolizist getötet. Wir wiederholen, daß wir uns keine Gewalttaten erlauben. Bringt eine Interpellation ein, bemüht Euch, die sofortige Untersuchung der systematischen ungesetzlichen Handlungen der Direktion der Lenaer Gesellschaft durchzuführen, die zur gesetzlichen Arbeitsniederlegung der Arbeiter geführt haben, ferner auch die Untersuchung gegen die ungesetzliche Handlungsweise des Rittmeisters Trefschtschenkow zu erzielen, der gegenwärtig die Einführung des Kriegszustandes und um Truppenbewegungen aus Irkutsk beabsichtigt.“

Die Regierung versuchte in ihrer ersten Mitteilung über diese grauenhaften Ereignisse die Sache so darzustellen, als wären 3000 Arbeiter, mit Stangen und Steinen bewaffnet, gegen das Militärkommando vorgegangen. Im übrigen versuchte sie nach alter Manier, den „Aufruhr“ der Arbeiter auf politische Gründe und die „Agitation“ des Streikkomitees zurückzuführen, an dessen Spitze angeblich ein Verbannter stand. Die Unsinnglichkeit dieser Darstellung war ohne weiteres klar, denn wenn es sich in der Tat um 3000 bewaffnete Arbeiter gehandelt hätte, so hätte ein zehnmal kleineres Militärkommando mindestens tote und Verwundete davongetragen. Die Truppen haben aber nicht die geringsten Verluste davongetragen. Ferner beweist die Tatsache, daß der Bezirksingenieur sich mitten unter den Arbeitern befand, die völlige Ungehörigkeit der amtlichen Darstellung. Die Regierung gibt denn auch in ihrer zweiten Mitteilung zu, daß die „Unruhen“ dadurch hervorgerufen wurden, daß die Ver-

waltung die Hauptforderungen der Streikenden nicht bewilligte, sie ermitteln wollte, ihnen die Lieferung von Lebensmitteln, die sonst nicht zu beschaffen waren, verweigerte und das Streikkomitee verhaften ließ. Die ungeheure Zahl der Opfer sucht die Regierung dadurch zu entschuldigen, daß die Soldaten auf 110 Schritt Entfernung in die Menge zu feuern begannen. Dadurch gibt die Regierung selbst zu, daß die Schlächterei ohne jede Schuld der Arbeiter, auf Veranlassung der Behörden und der Direktion, vorgenommen wurde.

Die Dumainterpellation.

Petersburg, 22. April. In der Reichsduma wurden heute die von den Okzibristen, Kadetten und Sozialdemokraten eingebrachten Interpellationen über die Vorgänge in den Lenawaldgoldminen erörtert. Der Führer der Okzibristen Gutschikow betonte dabei, daß die Menge keine Gewalttätigkeiten begangen habe, die den Waffengebrauch von Seiten des Militärs gerechtfertigt hätten.

Petersburg, 23. April. Die Reichsduma nahm mit großer Mehrheit die Dringlichkeit der Interpellationen über die Ereignisse am Lenastrom an, die von den Kadetten, Sozialdemokraten und Okzibristen eingebracht worden sind. Der sibirische Abgeordnete Schilo brachte einen Vorschlag der Arbeitergruppe ein, nach welchem die Vorkommission durch eine Parlementscommission untersucht werden sollen. Der sozialdemokratische Abg. Tschilkow stellte im Namen einer Gruppe sibirischer Abgeordneter einen Antrag, in dem die Notwendigkeit einer Gesetzesvorlage zur Regelung der Dingung von Arbeitern für die Gold- und Platinwerke, ferner zur Regelung der Arbeitszeit und der Wohnungsverhältnisse sowie Einbeziehung der Arbeiter der Goldwäschereibezirke in Sibirien in die Unfall-, Krankheits- und Invaliditätsversicherung betont wird. Die Interpellation der Sozialdemokraten wurde mit 97 gegen 75 Stimmen abgelehnt, die Interpellationen der Kadetten und Okzibristen mit großer Majorität angenommen. Der Präsident der Duma erklärte, daß über den Vorschlag der Arbeitergruppe nicht abgestimmt werden könne, da er ungesetzlich sei.

Perien.

Wachsende Anarchie?

Täbris, 23. April. (Meldung der Petersburger Telegraphenagentur.) Aus Kalkhal (Bezirk von Ardebil) treffen alarmierende Nachrichten ein, daß die Anarchie im Wachsen begriffen sei. Es wird ein Uebergreifen der Anarchie auf den Karabag und den an Rußland grenzenden Landstrich befürchtet. Die Kaufleute sind benachrichtigt und die Abfuhr von Waren aus Ardebil eingestellt worden.

Argentinien.

Wahlstieg in Buenos-Aires.

In den jetzt beendeten argentinischen Parlamentswahlen wurden in der Hauptstadt 2 Sozialisten gewählt. Dem vorletzten Abgeordnetenhaus gehörte Genosse Palacio an. Bei den vorigen Wahlen gelang es den Radikalen der Regierung, die Bekanntheit vor der Verwendung von Lockspiegeln und den rohesten Bestrebungen gegen Bibliothek und Druckerei der Partei nicht zurückscheute, ihn zu verdrängen. Inzwischen gelang es, die Zeitung wieder herzustellen. Die Wahl zweier Abgeordneter (deren Namen noch nicht gemeldet sind) ist die Quittung über die Hooliganpolitik der herrschenden Clique, zugleich ein Sieg über die parlamentarismuseindliche Agitation der Anarchisten, die in der vielsach noch sehr rückständigen, meist aus Italien und Spanien kommenden Arbeiterklasse bisher noch viel Einfluß gehabt hat.

Soziales.

Glenb der Ziegeleiarbeiter.

Aus Herzfelde wird uns geschrieben: Die Ziegeleikampagne, die alljährlich mit Eintritt der wärmeren Jahreszeit in bedeutend verstärktem Maße einsetzt, hat auch in diesem Jahre die hiesigen Ziegeleibesitzer wieder veranlaßt, Hunderten von deutsch-russischen Arbeitern auf ihren Betrieben Beschäftigung zu bieten. Von den hiesigen Arbeitern ist auf den hiesigen Ziegeleien jedoch kaum die Hälfte beschäftigt, weil der überaus lange Lohn in keinem Verhältnis zu der schweren Arbeit steht und die Arbeitsverhältnisse für die Arbeiter außerordentlich ungünstig sind. Im Winter, wo vornehmlich nur hier ansässige Arbeiter beschäftigt sind, beträgt die Entlohnung pro Woche und Mann 10—12 Mark. Naturgemäß kann damit, unter Berücksichtigung der teureren Lebensbedingungen, keine Familie, die hier durchschnittlich aus 5 Köpfen besteht, auskommen. Um ihr Leben fristen zu können, müssen die Arbeiter nun bei den Schlichtern, Krämern usw. sich die Waren auf Kredit geben lassen. Sobald nun die wärmere Jahreszeit beginnt und die Tage länger werden, setzt die Ziegeleindustrie lebhafter ein. Um die Schulden, die im Winter bei den Krämern usw. gemacht worden sind, abzutragen, nehmen jetzt auch die Ehefrauen des Arbeiters und teilweise auch noch die Kinder auf den Ziegeleien Beschäftigung. Die Arbeitszeit ist in dieser Periode unnatürlich lang. In der Regel beträgt sie durchschnittlich, sage und schreibe: 15 und mehr Stunden pro Tag. Die Arbeiter, die im Afford arbeiten, vornehmlich die „Streicher“ gönnen sich, um einen möglichst „hohen“ Lohn zu erwirken, sogar kaum die Zeit zum Essen; vom Einhalten der auf dem Papier angegebenen Pausen ist gar keine Rede. Man wird einwenden können, daß das ja dann nur die Schuld der Arbeiter selbst sei; doch wer die Verhältnisse kennt, urteilt darüber anders.

Die deutsch-russischen Arbeiter sind natürlich den Unternehmern als billigere und willigere Arbeitskräfte viel lieber, weshalb auch von Jahr zu Jahr mehr davon auf den hiesigen Betrieben beschäftigt werden. Besonders die Ziegelei der Gehr. Mann hier selbst, die, nebenbei bemerkt, pro Jahr 40 Millionen Steine produziert und eine der größten Firmen der Provinz Brandenburg ist, beschäftigt fast ausschließlich fremde Arbeiter. Wenn oben gesagt wurde, daß lehiere von den Ziegeleibesitzern als billigere Arbeitskräfte vorgezogen werden, so ist das aber nicht so zu verstehen, als wenn sie noch niedriger als die hiesigen Arbeiter entlohnt werden würden. Nein, oft ist sogar das Gegenteil der Fall. Die Unternehmer wissen diesen Arbeitern auf andere, weniger auffällige Weise die Taschen zu leeren. Diese Arbeiter werden nämlich in Kasernen oder Kantinen, in denen sie in Massen dicht nebeneinander gepfercht hausen und die oft vor Schmutz förmlich stinken, untergebracht. Was sie zum Lebensunterhalt brauchen, wird ihnen geliefert. Hervorzuheben ist, daß in diesen Kantinen der Alkohol Konsum enorm ist. In jedem Sonnabend werden dann bei der Lohnzahlung die entsprechenden Abzüge vorgenommen. Da sich die Arbeiter ihren Lohn meistens nicht berechnen können, nehmen sie, was ihnen gegeben wird. Nur selten kommt es vor, daß sie gegen etwaige falsche Berechnung des Lohnes Einspruch erheben. — Das Los eines Ziegeleiarbeiters und seiner Familie ist wahrlich nicht zu beneiden. Diese Verhältnisse sind geeignet, in den Arbeitern die größte Erbitterung gegen die kapitalistische Wirtschaft hervorzurufen. Trotzdem hält es aber furchtbar schwer, die Ziegeleiarbeiter unserer Organisation zuzuführen, weil ihre Erbitterung vielfältig in völlige Gleichgültigkeit und Stumpfheit auswächst bzw. ausgemascht ist. Deshalb ist auch einmigen erklärlich, wenn die Arbeiter vielfach ihre Sorgen in Alkohol zu erlösen suchen. Um auch diese Arbeiter, deren Zahl keineswegs gering ist, und vornehmlich die jugendlichen Arbeiter, zu tüchtigen, zielbewussten Sozialdemokraten heranzubilden, ist noch ein großes Stück Arbeit zu leisten. Hossentlich sind die jetzt wieder in die Wege geleiteten diesbezüglichen Bestrebungen bald von Erfolg gekrönt. (Siehe auch S. Beilage.)

Gewerkschaftliches.

„Politische“ Gewerkschaften.

In einer Zahlstellenversammlung der Dresdener Mitgliedschaft des Deutschen Bauarbeiterverbandes wurde beschlossen, dem sozialdemokratischen Reichstagswahlfonds 1000 M. zu überweisen. Der Vorsitzende des Zweigvereins Dresden vom Deutschen Bauarbeiterverband wies darauf hin, daß eine Zahlstelle keine eigene Kasse hat und über die Kasse des Zweigvereins nicht verfügen darf, das könne nur die Generalversammlung. Diese sprach sich auch später gegen den Beschluß aus und die Auszahlung des Geldes unterblieb. Trotzdem erklärte man wegen dieses Vorfalls die Gewerkschaftszweigstelle für politisch. Die Polizei forderte Einreichung der Mitgliederliste usw. und als das verweigert wurde, verurteilte ein Dresdener Schöffengericht den Vorsitzenden zu 15 M. Geldstrafe. Das Gericht meinte, daß die Zahlung eines Betrags zur Wahl eine intensivere Einwirkung auf die Politik sei als die schönste Versammlungsrede. Diese Begründung ist mehr burlesk als überzeugend, zumal diese „intensive Einwirkung“ am Ende ja gar nicht stattgefunden hatte.

Der Verstrafe und auch der Anklage legten Berufung ein. Letzterer weil ihm das Urteil zu mild war. Jetzt hat das Landgericht beide Berufungen verworfen, das Urteil des Schöffengerichts bestätigt, und damit die Gewerkschaft für politisch erklärt. Der Beschluß wegen der 1000 M. Wahlgelder schien der zweiten Instanz aber selbst nicht ausreichend zu diesem Urteil zu sein. Bei Eintritt in die Verhandlung bemerkte der Vorsitzende, daß er diesen Beschluß ganz beiseite lassen und den Beweis, daß der Zweigverein politisch sei, weiter erheben werde. (!) Um diesen Beweis zu führen, verlas er zunächst eine Reihe Paragraphen der Satzungen. Dann konstatierte er, daß das Vereinsorgan, der „Grundstein“, sozialdemokratische Propaganda treibe. Unter der Sammelüberschrift: „Politische Ueberblick“ und auch an anderen Stellen bringe es rein sozialdemokratische Artikel. Es wurden eine große Reihe solcher Artikel und Notizen, wie auch Aufrufe zum Parteitag zu Jena und zur Reichstagswahl verlesen. Es nützte nichts, daß der Verteidiger auf das Unhaltbare einer solchen Argumentation hinwies. Denn alle Fachblätter, besonders auch die der Unternehmer, sind dann „politisch“, weil keine derartige Zeitung die politischen Vorgänge gänzlich unbeachtet lassen könne. Der Antrag des Verteidigers, zwei Pressesachverständige zu laden und zu hören, wurde abgelehnt. Das Gericht erachtete sich allein für kompetent zur Beurteilung der Frage. Das Urteil sagt ganz kurz: Der Dresdener Zweigverein ist ein selbständiger und auch ein politischer Verein. Seine Ziele lassen sich gar nicht anders betätigen als politisch. Aber auch die Zeitung „Der Grundstein“ zeigt ganz klar die politische und sozialdemokratische Tendenz des Vereins, es handelt sich deshalb, da sie das Vereinsorgan ist, um einen politischen Verein.

Was dem Gericht da alles „ganz klar“ ist, wird in weiteren Kreisen starkes Bestreben hervorrufen. Denn es paßt durchaus nicht zu den Erklärungen, die seinerzeit der sächsische Minister Graf Hohenthal über eine loyale Handhabung des Reichsvereinsgesetzes gegeben hat. Und von Liberalität, von der immer so geschwärmt wurde in bezug auf das Reichsvereinsgesetz, kann schon gar nicht mehr die Rede sein nach solchen Entscheidungen. — Das letzte Wort dürfte in dieser wichtigen Angelegenheit noch nicht gesprochen sein.

Berlin und Umgegend.

Lohnbewegung der Caféangestellten.

Eine öffentliche Versammlung der Berliner Caféangestellten beschäftigte sich mit der bisherigen Lohnbewegung. Der Lohnstarif für die Ausschüßler ist durchweg anerkannt. Ferner ist es der Organisation gelungen, in circa 50 Betrieben mit 350 Angestellten einen Monatslohn von 10 bis 20 M. und in den Kaffee- und Konditoreien einen solchen von 30 M. zu erzielen. Diese Erfolge haben den Scharfmachern im Cafébetriebe keine Ruhe gelassen und ist deshalb der vertratene „Schwimmende Sarg“, der vollständig zerfallen war, wieder ins Leben gerufen worden. Für 200 Silberlinge fanden sich 46 Betrüger, die in der Johannistage 14/15 unter dem Namen „Verband deutscher Caféangestellten“ den alten gelben Verein aufs neue „gründeten“. Der ausschließliche Zweck dieser zweifelhaften „Gründung“ besteht darin, den organisierten Gehilfen, wie im Café „Alter Kuhstall“, in den Rücken zu fallen.

Die Versammlung nahm mit Entrüstung von diesem Vorgehen der Gelben Kenntnis und verurteilte dasselbe durch die einstimmige Annahme nachstehender Resolution:

„Die heute in den „Germania-Hallen“ tagende, vor circa 800 Berliner Caféangestellten besuchte öffentliche Versammlung nimmt mit Genugtuung Kenntnis von den Erfolgen, welche die durch den Zweigverein der Caféangestellten unternommene Lohnbewegung bisher erzielte.“

Der im Vorjahre eingeführte Ausschüßler-Lohnstarif und die in letzter Zeit, statt der bisher üblichen Abgaben, in circa 25 Proz. der Betriebe Groß-Berlins eingeführte Lohnzahlung von 10 bis 20 M. monatlich, lassen erkennen, daß nur eine starke und geschlossene freigewerkschaftliche Organisation auch im Gastwirtsgebiete in der Lage ist, mit Erfolg die Verbesserung der Arbeitsbedingungen durchzuführen.

Die Versammlung protestiert daher auf das Entschiedenste gegen die von einer kleinen Scharfmachergruppe betriebene Zersplitterung der Gehilfenschaft.

Die von einzelnen Unternehmern und ihren gelben Soldlingen ausgeübten Lockungen mit dem gemeinsam betriebenen Arbeitsnachweis sind nicht in der Lage, die Anwesenheit in der eingangs dargelegten Auffassung zu betreiben, weil dadurch ohne Zweifel nur der Versuch gemacht wird, die vorwärts strebende Gehilfenschaft in ihrer Bewegung aufzuhalten und die Erreichung minimaler fester Löhne unmöglich zu machen. Wäre es anders, hätten diese Unternehmer allen Anlaß, den in einiger Zeit zu eröffnenden städtischen paritätischen Arbeitsnachweis mit allen Mitteln zu unterstützen.

Der zweifache Täuschung und Irreführung der Angestellten vorgenommene Namenswechsel des gelben Gehilfenvereins in der Johannistage (Schwimmender Sarg) gibt den Versammelten Anlaß, auch weiter eine rege Agitation für den Anschluß an die freigewerkschaftliche Organisation und deren Aufbau zu entfalten, um dadurch der alten gelben Korruption mit dem neuen Namen um so schneller ein wohlverdientes Ende bereiten zu können.“

Deutsches Reich.

Der Verband der Friseurgehilfen im Jahre 1911.

Die überaus mißgünstige Agitationsarbeit unter den Friseurgehilfen spiegelt auch die Geschäftslage in den vergangenen Jahren wider. Der Verband hatte 1649 Neu- und 150 Wiederaufnahmen zu verzeichnen. Da aber ein Teil der Gehilfen „zu alt“ wird, andere sich selbständig machen oder sich einer anderen Erwerbstätigkeit zuwenden müssen, so geht der Zuwachs an Mitgliedern dem Verbands durch diesen Abgang nahezu vollständig wieder verloren. Die Mitgliederzahl betrug durchschnittlich 2170, am Jahresabschluss 2219; 28 000 Gehilfen werden in Deutschland beschäftigt. Die Lohnbewegungen nahmen einen friedlichen Verlauf. Die Einnahmen des Verbandes betragen 56 175 M., die Ausgaben 49 070 M. 6785 M.

wurden für Unterhaltungen verausgabt. Eine Eingabe des Verbandes an den Reichstag, auf Abänderung des § 139f oder des § 41b S. O., um die örtliche Einführung des Achtstundenschlusses auf gesetzlicher Grundlage zu ermöglichen, wurde dem Reichsanwalt als Material überwiesen.

Da die Entwicklung der Organisation an die rückständigsten Berufsverhältnisse gebunden ist und Hindernissen begegnet, wie sie kaum einer anderen Berufsgruppe entgegenstehen, darf das Ergebnis des vorigen Jahres immerhin als befriedigend angesehen werden.

Die Differenzen in der Solinger Arbeiterbewegung.

Die schon so oft in unrühmlicher Weise von sich reden gemacht haben, sind neuerdings wieder mit aller Festigkeit losgebrochen, in einer Weise, daß man sagen muß: einen solchen Charakter haben sie noch nicht gehabt. Dieser Ausbruch ist natürlich nicht von gestern auf heute geschehen, denn die Differenzen waren ja immer da, wenn sie auch in den letzten Jahren der Doffentlichkeit weniger sichtbar wurden. Aber daß sie so jäh emporstiegen, das kam fast über Nacht.

Die Differenzen haben so lange geschwiegen, wie die Gewerkschaftsverhältnisse daniederlagen und die beiden Arbeiterverbände für die Solinger Stahlwarenindustrie — Metallarbeiterverband und Industriearbeiterverband — keine Aktionen unternahmen konnten. Als sich das aber änderte, die beiden Verbände in eine Agitation zur Gewinnung neuer Mitglieder und in Lohnbewegungen eintraten, da war das alte Leid wieder da: beide Verbände traten sich überall in scharfer Weise entgegen. Das hatte zur Folge, daß verschiedene groß angelegte und günstige Lohnbewegungen verloren gingen. So mußte z. B., um einen besonders schwerwiegenden Fall herauszugreifen, der Metallarbeiterverband die gewaltige Lohnbewegung in der Federmesserbranche, die ihm nicht weniger wie 180 000 M. kostete, da 1200 Mann in Streik standen, abbrechen, weil die im Industriearbeiterverband organisierten Arbeiter der Federmesserbranche weiter arbeiteten. Das besonders gab natürlich einen ungeheuren Sturm, bei dem die gesamten Zentralorganisationen gegen den lokalen Industriearbeiterverband standen. Am schlechtesten waren in dieser Situation überhaupt bei den ganzen Differenzen die Partei und unser Parteiorgan, die „Vergiftete Arbeiterstimme“ daran. Sie beide glaubten am besten zu handeln, wenn sie sich völlig neutral verhielten und den rechten Ausweg von der Einsicht der Gewerkschaftsmitglieder beider Seiten, von den Massen erwarteten. Zudem war diese Haltung die bisher geübte und von beiden Seiten als richtig anerkannt; die „Arbeiterstimme“ besonders war durch Beschlässe gehalten, jeden Anstoß nach der einen oder der anderen Seite zu vermeiden. In dieser Situation nun waren die Zentralverbände mit dieser Neutralität unzufrieden; sie verlangten ein Eingreifen vor allem der „Arbeiterstimme“. Dabei kam es sogar zu Versammlungen gegen unser Parteiorgan und zu Abbestellungen, die nach Hunderten zählten. Jedoch die „Arbeiterstimme“ konnte nicht anders, sie blieb bei ihrer Zurückhaltung. Erst ein Pressekommmissionsbeschluß gab ihr die nötige Freiheit. Jedoch zu dem Gebrauch kam es nicht, da die Bewegung in der Federmesserbranche zu derselben Zeit abgebrochen wurde und die Reichstagswahlen vor der Tür standen, die die Einigkeit aller Arbeiter erforderte, wenn der Streik gut geholt werden sollte.

Die Reichstagswahl kam und zeigte die gesamte aufgeklärte Arbeiterchaft in einer erhebenden Einmütigkeit, trotz allem Vorhergegangenen: der Wahlkreis wurde mit einer glänzenden, noch nie dagewesenen Mehrheit geholt. In dieser Situation war es notwendig, das Eisen zu schmieden, das die Arbeiter auch auf gewerkschaftlichem Gebiete einig sehen sollte. So wurden denn beim Parteivorstand in Berlin und bei der General-Kommmission Einigungsverhandlungen beantragt. Solche Verhandlungen hatten ja schon wiederholt stattgefunden, so erst noch während des Streiks in der Federmesserbranche, aber stets ohne Erfolg. Nun schienen die Verhältnisse günstiger zu stehen, denn die Arbeiter auf beiden Seiten verlangten nach einer Einigung, da sie sahen, daß sie ohne diese sich nur selbst zersplittern und den Unternehmern auch nicht die geringste Konzession in bezug auf die Löhne abtrotzen würden. Die angerufenen Instanzen gaben jedoch dem Gesuch nicht statt, da sie sich hiervon nichts versprachen; sie wollten erst die beiden Verbände am Orte unterhandeln lassen. Und sie hatten recht! Ganz plötzlich nämlich brachte das Organ des Industriearbeiterverbandes, ein nur alle acht Tage erscheinendes Blatt, noch ehe der ablehnende Bescheid von Berlin eingetroffen war, einen Artikel gegen die Einigung — die nach diesem Artikel jetzt entfernter denn je liegen sollte —, kurz danach wurde aber auch der Geschäftsführer dieses Verbandes entlassen — wie seine Gegner sagen, wegen unordentlicher Geschäftsführung, wie von anderer Seite behauptet wird, weil er als einziger unter den Angestellten energisch auf eine Einigung gedrängt hatte. Die „Arbeiterstimme“ nahm nun in scharfer Weise Stellung gegen die Führung des Industriearbeiterverbandes. Der entlassene Geschäftsführer berief eine öffentliche Versammlung ein, die sich auf seine Seite stellte. Zu gleicher Zeit hielt aber auch der Industriearbeiterverband eine Versammlung ab, der kurz darauf eine zweite folgte. Man beschloß dort unter anderem, die „Arbeiterstimme“ wegen ihrer Haltung in diesem Streit zu boykottieren. Man ging noch weiter und beschwerte sich bei der Pressekommision. Inzwischen wurden die Beschwerdeführer dort abgewiesen: die Pressekommision billigte einstimmig die Haltung der „Arbeiterstimme“, verpflichtete die Redaktion sogar, so wie bisher weiter zu schreiben. Zum zweiten Male fiel der Industriearbeiterverband ab, als er auch in einer geschlossenen außerordentlichen Kreisparteiversammlung am vergangenen Sonntag keine Anschauungen als richtig hinzustellen suchte. Hier wurde — ebenfalls einstimmig — der „Arbeiterstimme“ recht gegeben und weiter der Beschluß gefaßt, in allen Distriktsversammlungen die Einigung zu propagieren.

So ist es zu einem regelrechten Kampf gekommen, und dieser wird um so scharfer, als das Organ des Industriearbeiterverbandes heftig gegen die „Arbeiterstimme“ und die Partei kämpft. Die „Arbeiterstimme“ hingegen bringt tagtäglich Artikel, in denen sie die andere Seite abfertigt und die Einigungsfrage bespricht. Ganz sicher befindet sich nun der Industriearbeiterverband in einer Krise. Die Mitglieder sind teilweise mit ihren Führern unzufrieden; das geht so weit, daß bereits eine Branche zum Metallarbeiterverband übergetreten ist, andere Mitglieder der sich einzeln abmelden, noch andere das Verbandsorgan zurücklassen. Was aus alledem wird, das läßt sich nicht sagen. Aber auf jeden Fall gibt es noch scharfe Kämpfe, Kämpfe, wie sie wohl — glücklicherweise — die Arbeiterbewegung noch selten gesehen hat. Die Partei in Solingen, die „Arbeiterstimme“ und die Zentralverbände dringen auf einen Entschluß, — und dieser kann nach ihrer Ueberzeugung nur die Einigung bringen.

Lohnbewegung der städtischen Arbeiter in Tilsit.

Im Herbst v. J. hatten die städtischen Arbeiter die Errichtung einer allgemeinen Arbeitsordnung gefordert, durch die die Lohn- und Arbeitsbedingungen eine Neuregelung erfahren sollten. Dies war notwendig, weil die Arbeitsverhältnisse rein willkürlich von den einzelnen Betriebsleitern festgesetzt werden. Die Tilsiter „Allgemeine Zeitung“ veröffentlicht nun eine authentische Mitteilung des Magistrats, die den Anschein erwecken soll, als ob die Betriebsleitungen genügend Arbeitswillige hätten. Dadurch sollen die Arbeiter eingeschüchtern werden. Um Fernhaltung des Zugangs wird gebeten.

Christliche Gewerkschaftsversammlungen gegen die Leitung des Gewerkschaftsvereins der Bergarbeiter.

Das Gewerkschaftsstatut der christlichen Gewerkschaften für Dortmund-Hörde hatte für den 21. April eine Anzahl Versammlungen für das Dortmunder Landgebiet einberufen. In den Versammlungen sollte die Tagesordnung: „Der Streik im Ruhrrevier“, welche Lehren ergeben sich für die christlich-nationale Arbeiter- und Bürgerchaft daraus“, besprochen werden. In Berghofen kam es zu einer interessanten Diskussion zwischen den Referenten der christlichen Gewerkschaften, Schlabach und Hirtfelder und dem Genossen Köster vom Bergarbeiterverband. Gegen 2 Stimmen wurde nachfolgende Resolution angenommen:

„Die am 21. April 1912 in Berghofen stattfindende, vom christlichen Gewerkschaftsstatut für Dortmund-Hörde einberufene, von 300 Bergarbeitern und Bürgern besuchte Versammlung verurteilt das Verhalten der Gewerkschaftsleitung entschieden und bezeichnet es als einen Verrat an den Arbeiterinteressen. Die Versammlung fordert alle christlich organisierten Arbeiter auf, aus den christlichen Organisationen auszutreten und sich den freien Gewerkschaften anzuschließen.“

In Sprockhövel wurde eine von den christlichen Gewerkschaften einberufene Versammlung mit einem brausenden Hoch auf den Bergarbeiterverband geschlossen, während die „christlichen“ Referenten fluchtartig das Feld räumten.

Ausland.

Die Bewegung der Eisenbahner in Großbritannien.

London, 22. April 1912. (Fig. Ber.) Die Unzufriedenheit, die unter den Eisenbahnern Großbritanniens herrscht, erinnert an die Tage vor dem großen Streik vom letzten Sommer. Man hört von allen Seiten von Personen, die die beste Gelegenheit haben, die Stimmung unter den Arbeitern zu erfassen, daß der Ausbruch eines großen Streiks jeden Tag erfolgen könne. Wahrscheinlich werden die Eisenbahner jedoch bis zum Hochsommer warten, ehe sie losbrechen, da dies die günstigste Zeit ist. Die allgemeine Unzufriedenheit hat sich seit dem Abbruch des Streiks nur gesteigert. Einige Gesellschaften suchen der Unzufriedenheit dadurch Herr zu werden, daß sie die belästigten Mitglieder der Eisenbahnergewerkschaften entlassen. Diese Politik befolgt sie namentlich während des Bergarbeiterstreiks, als durch die Einschränkung des Verkehrs ein Teil des Personals vom Dienste suspendiert oder entlassen werden mußte. Die Gesellschaften betonen natürlich, daß der Entlassungsgrund nicht die Zugehörigkeit zur Organisation sei; aber die Arbeiter sind davon überzeugt, daß man ihre unerschrockenen Fürsprecher mögegeht. Hinzu kommt noch, daß sich einige der Eisenbahngesellschaften bei der Organisation der Einigungsämter einer Methode bedienen, die darauf abzielt, daß sie die Verhandlungen über die Forderungen und Beschwerden ihrer Angestellten auf die lange Bank schieben wollen. Alles dies hat eine Stimmung erzeugt, die, wenn die Gesellschaften nicht rechtzeitig einlenken, bald zu einer gewaltigen Explosion führen muß.

Die Regierung und die Gesellschaften scheinen mit der Möglichkeit eines neuen Ausbruchs zu rechnen, und haben schon, wie Genosse Keir Hardie gestern in einer Rede zu London ausführte, ihre Maßregeln getroffen. Keir Hardie erklärte, daß bei einem zweiten Eisenbahnerstreik das Meer nicht allein zum Schutz der Bahnen mobilisiert werden, sondern daß es auch den Verkehr besorgen würde. Man habe besondere Eisenbahnkorps gebildet, deren Mannschaften im Falle des Streiks die Stellen der Lokomotiv- und Zugführer, Weichensteller usw. einnehmen würden. Das Meer werde dazu benannt werden, die Bahnhöfe zu bewachen. Wenn nötig, würden die Lokomotiven luftschiffartig gemacht werden; Maschinengewehre würden vorne und hinten am Zuge geführt werden. Er warnte die Arbeiter, daß ein weiterer Streik eine Situation schaffen werde, in die man sich nicht leichtem Herzens hineinbegeben sollte.

Letzte Nachrichten.

Nachwahlsges in Oesterreich.

Graz, 23. April. (Fig. Telegramm des „Vorwärts“.) Bei der Reichsrats-Nachwahl in Villach (Kärnten) wurde Genosse Gregor mit großer Majorität gewählt.

Das Wehrwesen.

Wien, 23. April. (B. L. B.) Zu Beginn seiner Rede über die Wehrvorlagen betonte der Ministerpräsident die Notwendigkeit der Erhöhung des Rekrutenkontingentes und verwies hierbei auf das Beispiel des Deutschen Reiches, wo seit 1880 eine Erhöhung der Friedenspräsenzstärke um rund 170 000 Mann erfolgt sei. Bei einer Bevölkerungsstärke von rund 64 Millionen werden jährlich 285 000 Mann ausgehoben, aber selbst diesen Standard, den wir auch nach der Wehrreform nicht erreichen werden, hält unser Bundesgenosse nicht für ausreichend.

Eine französische Stimme über die deutsche Wehrvorlage.

Paris, 23. April. In einer Erdörterung der gestrigen Rede des Reichsanwalt schreibt das „Journal des Debats“: Eine fanatische Kinderheit gibt es auch in Deutschland und sie hat mit dem Gespenst der schwarzen französischen Armee und mit der Behauptung, daß Marokko eine unerschöpfliche Quelle schwarzer Rekruten bilde, auf das deutsche Volk einen großen Eindruck gemacht. Jedermann weiß, daß Marokko für Frankreich nur eine Quelle der Schwäche und nicht der Kraft bildet, und daß lange Zeit hindurch ein Teil der Truppen des Mutterlandes zurückgehalten wird. Angesichts der sehr ernsten Schwierigkeiten in Marokko, welche vielleicht die Entsendung von Verstärkungen nötig machen werden, ist die Behauptung, daß Deutschland infolge des marokkanischen Protektorats zwei neue Armeekorps und drei Geschwader errichten müsse, sehr schlecht angebracht.

Friedensschluß im Duxer Grubenrevier.

Dux (Böhmen), 23. April. (B. C.) Zwischen den einzelnen Grubenbesitzern und den Bergarbeitern ist es endlich zu einer Einigung gekommen, so daß die Gefahr eines neuerlichen Ausbruchs der Bergleute beseitigt ist.

Die Apachenherrschaft in Paris.

Paris, 23. April. (B. C.) Ein äußerst kühner Einbruch dierbstahl, der am hellen Tage in der Rue de Provence begangen wurde, verfehlte heute nachmittag die Sicherheitspolizei in großer Aufregung. Mehrere Apachen drangen durch ein unbesichtigtes Nebengeläch in den Laden eines Juweliers, dessen Besitzer sich für einige Augenblicke aus seinen Geschäftsräumen entfernt hatte. Die Einbrecher raubten Gegenstände im Werte von annähernd 100 000 Franz. Als der Juwelier wieder erschien, waren die Apachen bereits verschwunden. Trotz fieberhafter Tätigkeit der Polizei ist es bisher noch nicht gelungen, der Täter habhaft zu werden.

Feuer auf dem Güterbahnhof.

Leitken a. E., 23. April. (B. C.) Auf dem hiesigen Güterbahnhofe geriet gestern durch Funkenflug aus einer Lokomotive die Ladung eines Waggons in Brand, die aus 30 Ballen Baumwolle bestand. Sämtliche Ballen wurden ein Raub der Flammen; auch der Wagon wurde stark beschädigt. Der Schaden ist groß.

Reichstag.

44. Sitzung, Dienstag, den 23. April 1912, nachmittags 1 Uhr.

Am Tische des Bundesrats: v. Bethmann Hollweg, Dr. Delbrück, v. Geeringen, v. Tirpitz, Kühn.

Die erste Beratung der Wehrvorlage und der Deckungsvorlage

wird fortgesetzt.

Abg. Hans Ehler Graf zu Putlitz (kons.): Wir müssen allen Vorkommnissen, allen Explosionen, die auf internationale Gebiet vorkommen können, gegenüber gedappt sein. In weiten Kreisen der Bevölkerung ist die Empfindung verbreitet, daß wir gefährlichen Explosionen ausgesetzt sind, und daß die Forderungen der Vorlage nicht weit genug gehen. Der Kriegsminister wird in der Kommission nachzuweisen haben, daß die Forderungen genügen, um unsere Rüstung zu vervollständigen. Das Schwergewicht unserer Rüstung liegt im Landheer. Die Erhöhung der Mannschaftslösung begrüßen wir mit Freuden und wünschen, daß sie so früh wie möglich Platz greifen soll.

Die Denkschrift über die Deckung zeigt, daß die Grundsätze, die mit dem Staatssekretär Wermuth vereinbart sind, innegehalten werden, daß nämlich Anleihen nur für werbende Anlagen aufzunehmen sind, und daß die Schulden des Reichs nach einem bestimmten Plan getilgt werden. In dem Etat von 1912 ist sogar mit der Tilgung noch über den vereinbarten Plan hinausgegangen, und deshalb hat der Staatssekretär Wermuth mit seinen Ausführungen in einem Artikel in jüngster Zeit nicht recht, die Deckung ist vielmehr auf durchaus soliden Grundsätzen aufgebaut. Gegen den Vorschlag, das Brantweinkontingent aufzuheben, haben wir schwere Bedenken; trotzdem wollen wir der Regierung in der Befreiung der so vielfach mißverstandenen und geschnittenen Liebesgabe entgegenkommen, falls die Vorlage in der Kommission so gestaltet werden kann, daß die landwirtschaftlichen Brennerereien in allen Teilen Deutschlands lebensfähig erhalten bleiben.

Die Ausführungen des sozialdemokratischen Redners haben wieder gezeigt, daß sie die Wehrvorlagen nicht vom nationalen Standpunkt betrachten, sondern von ihrem internationalen. Sie wollen dem Staat, den sie umfassen wollen, nichts bewilligen; das ist nur konsequent. Aber nicht konsequent ist es, wenn sie sich gegen ihre Bezeichnung als Vaterlandslos wenden. Inkonsequent ist es auch, wenn sie sagen, bei einem Ueberfall werden sie sich wehren. Womit denn? Etwas mit der Miliz? Darüber will ich erst gar nicht reden. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Es fehlt Ihnen auch der deutsche Geist, unser Geist, der uns dahin gebracht hat. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Nach Jena!) Die Offiziere von 1806 haben auch die Freiheitskriege durchgemacht und das gut gemacht, was sie verschuldet hatten. Den Sozialdemokraten fehlt der Geist, der davon durchdrungen ist, daß wir alles einsehen müssen für unser Vaterland, gerade das Gegenteil wird von Ihnen gepredigt, und leider zum Teil mit Erfolg. (Sehr wahr! rechts.) Sie hassen und verleumdern unser Heer, weil es Ihnen nicht dienlich ist, sondern unseren deutschen Standpunkt gegenüber ihrem internationalen zur Geltung bringt. (Zustimmung rechts.) Die Junker suchen Kriege, sagte gestern der Abgeordnete Haase, um ihre Rufschand zu befriedigen. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Um zu verdienen! Auf rechts: Pfui!)

Präsident Kaempf: Der Ruf Pfui ist nicht parlamentarisch. Abg. Hans Ehler zu Putlitz (fortfahrend): Wo wären wir hingekommen, wenn wir wehrlos gewesen wären; wo wäre denn der glänzende Aufstieg unseres Wirtschaftslebens geblieben. In immer weitere Kreise dringt die Ueberzeugung, daß der Militarismus, wie Sie sagen, unsere Wehrkraft, wie ich sage, auch der Hort für das Weiterblühen unseres Wirtschaftslebens ist. (Bravo! rechts)

Abg. Boffermann (natl.): Wir sind bereit, das zu bewilligen, was zur Verstärkung unserer Wehrkraft notwendig ist. Die Brantweinvorlage beantragen wir nicht der Budgetkommission, sondern einer besonderen Kommission von 28 Mitgliedern zu überweisen, im Interesse einer möglichst schnellen Erledigung auch dieser Vorlage. Der Reichszentralrat hat gestern die Linke beschwört, auf die Erbschaftsteuer jetzt im

Interesse der Einigkeit der Parteien zu verzichten. Deshalb wendet sich nicht der Reichszentralrat mit dieser Mahnung an die Rechte des Hauses (Sehr gut links), damit sie im Interesse der nationalen Wehrkraft auf ihren Widerstand gegen die Erbschaftsteuer verzichten. (Sehr richtig! links.) Als die Wehrvorlage auftrat, hatte wohl jeder den Eindruck, daß ein großzügiger Plan vorlag, eine erhebliche Verstärkung der Wehrkraft vorzunehmen und als Deckung vor allem die Erbschaftsteuer. Ich erinnere an die Worte des Reichszentralrats gegenüber dem Abg. Syd, der die Wiedereinbringung der Erbschaftsteuer als Veräußerung der Rechte bezeichnet hatte. (Sehr gut links.) Inzwischen sind Wochen ins Land gegangen. Herr Wermuth ist gegangen, Herr Hertling ist Schöpfer des parlamentarischen Systems in Bayern geworden. (Heiterkeit links.) Herr Wermuth ist doch offenbar gegangen, weil er die vorgegebene Deckung nicht für ausreichend hielt. In seinem Artikel in der „Deutschen Revue“ betont Herr Wermuth ausdrücklich, daß jetzt eine Vermögenssteuer vor allem an der Reihe war, d. h. also die Erbschaftsteuer. Wir begrüßen es ja, daß Herr Kühn auch auf dem Standpunkt der Erbschaftsteuer steht. Er sagt, sie wird kommen, heute nicht, aber später. (Heiterkeit.) Heute sucht man auf den erwartenden Ueberfällen. Was wird dann aus der beabsichtigten Herabsetzung der Altersgrenze für die Altersrente, aus der Befreiung des Ehegattens, wenn alle Ueberfälle für Heer- und Marinezwecke verbraucht werden. (Sehr gut links.) Für die Aufhebung der Liebesgabe sind wir im Prinzip durchaus, es fragt sich nur, ob nicht schließlich der Konsum dadurch erheblich belastet wird. Wir behalten uns vor, in der Deckungsfrage eventuell mit Initiativanträgen vorzugehen. (Bravo! links.)

Die Heeresvorlage hat das Ziel, die Armeeschlagfertigkeit zu machen und wir werden anerkennen müssen, daß die Heeresverwaltung mit der Ausfüllung der bestehenden Lücken unserer militärischen Organisation auf dem richtigen Wege ist. Tatsächlich erfolgt bei uns die Heranziehung der wehrfähigen Mannschaften bei weitem nicht in dem Maße wie in Frankreich. Bei kommenden Reformen wird zu erwägen sein, die Erfahrungsvorläufer zu regelmäßigen Uebungen heranzuziehen und dafür die älteren Jahrgänge etwas zu entlasten. Der Redner geht dann zustimmend auf die militärischen Einzelheiten der Vorlage ein. Auf unser Offizierskorps sind wir stolz. Die Heeresverwaltung sollte aber darauf achten, daß die Offiziere nicht zu alt werden, ehe sie in Hauptmanns- und Majorstellungen aufsteigen und Regimentskommandeure werden. Die Niederlage von Jena ist verschuldet durch ein veraltetes Offizierskorps. In gewisser Hinsicht wird ja jetzt durch die geforderten Reformen Abhilfe geschaffen, da die Avancementverhältnisse dadurch verbessert werden.

Die Flottenmobilität will den Mißstand beseitigen, daß bei der Entlassung der Reservisten im Herbst die Kriegsfähigkeit erheblich herabgesetzt wird, und sie will die für den Kriegsfall zur Verfügung stehenden Schiffe vermehren. Darin liegt absolut nichts Aggressives. Auf unser Verhältnis zu England brauchen wir bei dieser Gelegenheit nicht einzugehen, nachdem der englische Marineminister erklärt hat, keineswegs nur auf die Entwicklung der Flotte in Deutschland Rücksicht zu nehmen, sondern auch auf die in anderen Ländern. Der deutsche Flottenverein und der alldeutsche Verband haben große Verdienste um die Hebung unseres nationalen Bewußtseins; aber man darf sie doch nicht ohne weiteres mit der Marineverwaltung identifizieren. Herr v. Tirpitz ist der großzügige Organisator der deutschen Flotte, der dabei jedes Uebermaß von Forderungen zu vermeiden gewußt hat, sondern ruhig und stetig unsere Flotte auf den schönen Stand gebracht hat, den sie heute hat. (Bravo! bei den Nationalliberalen.)

Den Ausgangspunkt für diese Vorlagen bilden die Vorgänge von Marokko und Agadir. Ungefragt ist damals die Gefahr der internationalen Lage erleuchtet worden, und das Volk hat volles Verständnis dafür, daß es not tut, unsere Wehr zu verstärken. Auch die Sozialdemokratie muß anerkennen — Redner zitiert einen Artikel der „Leipziger Volkszeitung“ und des „Vorwärts“ — daß der Chauvinismus in Frankreich gestiegen ist. Dann muß man aber auch die Konsequenzen ziehen und die Lücken in unserer Wehr ausfüllen. Wir stimmen den Vorlagen zu und hoffen, daß

sie zum Frieden beitragen werden; denn sie werden die Kriegslust in anderen Ländern dämpfen und so der Vermehrung der Macht Deutschlands und der Erhaltung des Friedens dienen. (Bravo! bei den Nationalliberalen.)

Abg. Dr. Müller-Reinigen (Sp.): Wir stimmen der Verteilung der Wehrvorlagen an die Budgetkommission und der Deckungsvorlage an eine besondere Kommission zu. Wenn sie sich aber nicht bis zu Pfingsten erledigen lassen, so ist das nicht Schuld des Reichstages, sondern der Regierung (Sehr richtig! links), die den Reichstag nicht nur bei dieser Gelegenheit sehr merkwürdig behandelt hat. Ich erinnere nur an die überhäufte Beratung der Pensionsversicherung der Privatbeamten im letzten Reichstage. Seit dem November hat die Regierung gewußt, daß diese wichtigen Vorlagen kommen werden, sie hat aber keine Vorkehrung getroffen, daß der Reichstag früher zusammentreten konnte. Jetzt aber drängt man plötzlich. Es wird ein.

Raubbau mit der Arbeitskraft des Parlaments

getrieben. Fast sämtliche Parteien des Hauses sind mit dieser Behandlung des Reichstages durch die Regierung sehr unzufrieden. (Abg. Ledebour: Der Reichstag hat die Abänderung selbst in der Hand!) Er wird auch auf Mittel und Wege sinnen müssen, diesen Zustand abzuändern. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Soll er doch!) — In der Heeresvorlage werden wir das, was uns als notwendig nachgewiesen wird, bewilligen. Aber wir sind fern von einem blinden Vertrauen zu der Regierung, sondern werden die Vorlage objektiv prüfen. Wenn wir einfach den militärischen Sachverständigen vertrauen wollten, wäre der Reichstag ganz überflüssig. Mit den Bindungsgesetzen sollten wir ein für allemal ein Ende machen, denn bei der technischen Entwicklung ist die Bindung doch nicht einzuhalten. Der Agitation der Chauvinisten entgegenzutreten, sollte eine gemeinsame Aufgabe der Regierung und des Volkes sein. Selbst Mitglieder dieses Hauses haben sich die größten Taktlosigkeiten dem Ausland gegenüber geleistet. Der betreffende Herr fühlt es jetzt selbst, er wird ganz rot. (Große Heiterkeit rechts.) Mit großer Genugung haben wir die Bemühungen eines hervorragenden Mitgliedes der englischen Regierung bemerkt, die Beziehungen zwischen England und Deutschland zu verbessern. Ich nehme an, daß diese Verhandlungen mit England durch die jetzige Vorlage nicht unterbrochen werden. Sehr bedenklich ist die Tätigkeit des Pressebureaus des Reichsmarineamts. (Sehr wahr! links.) — Auf die sofortige Kriegsbereitschaft der Armee und Flotte legen auch wir großen Wert. Im einzelnen bedarf die Vorlage genauer Prüfung. Die Steigerung der Pensionen hat man noch gar nicht berücksichtigt. Mit den 800 Millionen, mit denen man rechnet, wird zweifellos nicht auszukommen sein. Um so notwendiger sind Ersparnisse auf anderem Gebiet. Da ist sehr wichtig die militärische Ausbildung der Jugend und die Verkürzung der Dienstzeit. Leider fehlt es der Militärverwaltung an dem guten Willen zu solcher Sparamkeit. Sie hält zähe an den delorastischen Sachen und Einkuren fest. Dabei hat 1908 Willow dem Reichstage in der feierlichsten Weise derartige Sparamkeit versprochen. Diesen Wechsel hat die Militärverwaltung nicht eingelöst. Also die Budgetkommission wird Arbeit in Hülle und Fülle haben, und es kann keine Rede davon sein, daß wir möglichst schnell alles in Wausch und Wogen bewilligen.

Noch viel peinlichere Prüfung ist notwendig in der Deckungsfrage. Wir haben gewiß keine Ursache, der Regierung Steuern auf dem Präsentierteller entgegenzubringen, wir haben auch die Steuerfiskus des Reichschatzsekretärs, aber wir wollen auch nicht mit offenen Augen in die alte Finanzmiserie hineintreten. (Sehr richtig! links.) Es fragt sich sehr, ob sich die Schätzung der Ueberhöfe als richtig erweisen wird. Wie sich doch die Verhältnisse und die Menschen ändern. Als Kellameischild über das Reichschakant sollte man die Inschrift hängen: „Hier wird unbetreffliche Stimmungsschnellmalerei getrieben.“ Herr Wermuth war der Schwarzmaler, Herr Kühn ist jetzt der Rotmaler. Noch im Dezember hat uns Herr Wermuth händeringend dargelegt, es sei absolut kein Geld da zur Herabsetzung der Altersrente von 70 auf 65 Jahre. Aus Geldmangel hat man durch die Verteilung eines ausreichenden Wächnerinnenschutzes das kulturelle Niveau des Reichs heruntergedrückt. (Unruhe rechts. Sehr wahr!)

Aristokratische Menschenfreundlichkeit: Ich wünsche gewiß den Arbeitern alles nur denkbare Wohlergehen, aber ich danke bestens dafür, sie allzu sehr in meine Nähe kommen zu lassen.

Die Arbeit und die Wissenschaft. Auf dem Wandel zwischen Kapital, Arbeit und Grund und Boden beruht das Wirtschaftsleben der Gesellschaft. — Was wird aber aus dieser warmherzigen Theorie, wenn wir die Arbeit einstellen?

Sie wird sehr schnell erstarren sein, wenn wir nicht Kosten herausfordern, sie zu erwärmen.

Die Harmonie zwischen Kapital und Arbeit. (John Bull, Hände und Arme voll strohender Gelbenteiler zum Bergarbeiter.) Du siehst doch lieber Freund, daß es mir bei allem guten Willen unmöglich ist, Dir die Hand zu drücken.

Der englische Grubenherr und die Fußball spielenden Vergleute. Solange sie sich die Zeit vertreiben, indem sie sich gegenseitig Fußtritte verlegen, habe ich nichts zu befehlen. (Aus der „Assietta au Bourro“.)

Notizen.

— Bühnenchronik. Der Präsident der Genossenschaft Deutscher Bühnenangehöriger, Hermann Rissen, wird sich wieder als Schauspieler betätigen. Er ist vom 1. September ab für das Deutsche Schauspielhaus verpflichtet, mit einem Normalvertrag natürlich.

— Das „Deutsche Künstlertheater“, zu dessen Gründung sich die Mitglieder des Lessingtheaters nach dem Ausscheiden des Direktors Brahm zusammengeschlossen haben, hat sich am Sonnabend endgültig konstituiert. Das Stammkapital beträgt 790 000 M. Wo das Ensemble sein Heim aufschlagen wird, ist noch nicht entschieden. Die Zahl der Soziatäre beträgt augenblicklich 18.

— Ein Museum für Kunst- und Kulturgeschichte in Lübeck. Die Pläne für den Ausbau des Lübecker St. Annen-Klosters zum Museum für Kunst- und Kulturgeschichte sind nunmehr, wie im „Cicerone“ gemeldet wird, gebilligt worden. Da die Bürger-schaft zugleich den Betrag von 130 000 M. dafür genehmigte, ist das Projekt gesichert.

— Die internationale Kunstausstellung in Venedig wurde am Dienstag, den 23., eröffnet. — Das Fremden-geschäft blüht.

— Verlorene Schiffe im Jahre 1911. Eine Statistik, die eine besondere Beachtung verdient, stellt die Zahl der 1911 untergegangenen Schiffe zusammen. 542 Dampfer und Segler aller seefahrenden Nationen sind den Wellen zum Opfer gefallen. England steht mit seiner mächtigen Handelsflotte natürlich an erster Stelle. Seine Verluste betragen 173 Schiffe, davon 123 Dampfer. Die Vereinigten Staaten haben den Verlust von 75 Schiffen zu beklagen, Norwegen steht an dritter Stelle mit 73 Schiffen, von denen 25 Dampfer sind. Dann kommt Deutschland mit 39 Schiffen, darunter 26 Dampfern. Die Zahl der verlorenen französischen Fahrzeuge beläuft sich auf 31, von denen 14 Segelschiffe waren. Schweden und Rußland haben einen Verlust von je 30 Schiffen aufzuweisen, Italien den von 17, Spanien den von 15 und Dänemark den von 11 Schiffen.

Kleines feuilleton.

Aus der Geschichte der Dardanellen. Es ist nicht das erstemal, daß italienische Kriegsschiffe die alte Kaiserstadt des Ostens bedrohen; schon vor vielen Jahrhunderten war Konstantinopel das Ziel italienischer Großmachtspolitik. Die stolzen Republiken Genua und Venedig vertraten die Ansprüche auf die Seeherrschaft im Mittelmeer mit weit größerer Energie und mit weit stärkeren Erfolgen, als das Haus Savoyen. Damals, im Zeitalter der Kreuzzüge, war freilich Konstantinopel noch nicht in den Händen der Moslems, es war vielmehr die Hauptstadt des griechischen Reiches. Die Bewegung, die wir Kreuzzüge nennen, war nichts anderes, als der gemeine Versuch der römischen Kirche, der italienischen Kaufleute und der französischen Aristokratie, den Orient zu erobern. In diesem Lichte gesehen erscheint es ganz begreiflich, daß die Kreuzfahrer ebenso gut die christlichen Griechen wie die ungläubigen Türken angegriffen haben. So hat im Jahre 1204 die venezianische Flotte, zum Teil bemant mit französischen Rittern und unter dem Segen des Papstes, Konstantinopel erobert. Die Selbstzerfleischung der Griechen hatte den Abendländern den Weg in die für die damalige Kriegstechnik unerschwingbare Miesenfestung gebahnt. Die Stadt wurde mit unerhörter Grausamkeit behandelt, und dann teilten die Sieger die Beute. Der Doge Enrico Dandolo von Venedig hat damals so viel Land im Orient annektiert, wie Herr Giolitti zu erobern auch in seinen kühnsten Träumen nicht hoffen dürfte; der größte Teil von Griechenland, Areta und die meisten Inseln des Ägäischen Meeres gehörten seitdem der mächtigen italienischen Republik. Die Egre, in Konstantinopel den Kaiser zu spielen, gönnten die klugen Venezianer einem unternehmenden belgischen Grafen. Seine Kaiserherrlichkeit dauerte freilich nicht lange. Das Operettenreich der französischen Abenteuer im Osten dauerte im ganzen nur ein halbes Jahrhundert; dann jagten die Griechen die verhassten „Franken“ wieder aus Konstantinopel heraus und gewannen ihre Selbstständigkeit wieder.

Die Macht der italienischen Städte freilich konnte auch das neu-erstandene griechische Reich nicht mindern; Venedig behielt all seine zahlreichen Niederlassungen und in dem Konstantinopeler Stadtviertel Pera entstand eine genuesische Kolonie, die sich völlig unabhängig von der griechischen Regierung verwalte. Die Italiener blieben die wahren Herren des Ostens und als die Türken im Jahre 1453 Konstantinopel einnahmen, haben sie tatsächlich nicht gegen die Griechen, sondern gegen die Italiener zu kämpfen gehabt. Die Türken entwickelten seit Anfang des 14. Jahrhunderts unter der jungen Dynastie der Osmanen eine gewaltige Expansionskraft und bald war Konstantinopel die einzige griechische Insel, die aus dem Meere des Islam noch hervorragte. In dieser Not warf sich der griechische Kaiser den Abendländern völlig in die Arme. Aber die große Masse des griechischen Volkes wollte von dieser Kapitulation nichts wissen; sie zog die türkische Herrschaft der europäischen, die praktisch eine italienische war, bei weitem vor. So sah sich der letzte byzantinische Kaiser zur Verteidigung seiner Hauptstadt auf die Hilfe einiger tausend Italiener, die damals in Konstantinopel lebten, angewiesen. Die Türken des 15. Jahrhunderts waren für

ihre Zeit höchst moderne Soldaten; die Erfindung der Kanonen, die damals ebenso viel Sensation machte, wie heute die des Aeroplans, wurde vom Sultan aufs geschickteste in den Dienst seiner Sache gestellt; die türkische Artillerie schloß die früher unüberwindlichen Mauern in Trümmer, und die Italiener wurden bis auf den letzten Mann zusammengehauen. Ueber den Leichen der Italiener aber reichten sich damals Griechen und Moslems die Hand; der Orient gehörte wieder sich selbst. Seit jener Zeit sind die Dardanellen und mit ihnen Konstantinopel unbesritten in den Händen der Türken geblieben.

Der Flug von Peking nach Paris. Der Plan eines Weltfluges von Peking nach Paris ist nunmehr gesichert. Die Organisatoren des Unternehmens haben nun, nachdem die meteorologischen Beobachtungen aus Rußland und Sibirien vorliegen, in einer Sitzung die Einzelheiten der Konkurrenz ausgearbeitet. Der Flug geht durch die Gobiwüste, die Route ist Peking, Kalgan, Tuering, Urga, Kiachta, Baitalsee. Die Flieger folgen dabei der die Gobiwüste durchquerenden Telegraphenlinie, die alle 225 Kilometer eine Station hat. Dann fährt der Weg durch die Lüfte über Jerusol nach Toms, weiter nach Omsk, nach Kajan, nach Nishninozgorod, Moskau und Warschau. Von Warschau wendet sich die Etappenstraße südlich nach Wien und führt schließlich über Triest, Genua, Avignon, Lyon nach Paris. Die meteorologischen Auskünfte haben ergeben, daß die Witterungsverhältnisse im September am günstigsten sind, sowohl in Sibirien wie in Nordchina ist dann die Regenzeit vorüber und die Winde wehen durchschnittlich mit einer Geschwindigkeit von vier bis fünf Metern in der Sekunde. Die Flieger werden also voraussichtlich Anfang September von Peking aufbrechen. Einstweilen stehen Preise für 155 000 Franc zur Verfügung. Bedingung für die Ausführung des Planes ist, daß mindestens fünf Konkurrenten an dem Fluge teilnehmen.

Der Mensch als elektrische Maschine. Nach einer Berechnung in der „Electric World“ verbraucht ein erwachsener Mensch von durchschnittlicher Kraft etwa 2 1/2 Kilowattstunden an Energie täglich durch seine Bewegung, Muskelstätigkeit, geistige Anstrengung und Wärmeentwicklung. Das entspricht einer fortgesetzten Verbrauchung von etwa 100 Watt, wie sie durch einen Motor von 1/5 Pferdestärke geliefert werden könnte. An Wärme verliert der Mensch trotz seiner hohen Körpertemperatur und großen Körperwärme volle 80 Wattstunden in einer Stunde, so daß darauf etwa die Hälfte seines Energieverbrauches entfällt. Die Wärmeentwicklung des Menschenkörpers ist ungefähr der einer elektrischen Glühlampe von 16 Kerzen gleich.

Humor und Satire.

Rachklänge vom Streik der Vergarbeiter.

Der englische Soldat: Wenn die Verhandlung unter den Nationen und die offiziellen Schiedsgerichte für Konflikte zwischen Unternehmern und Arbeitern immer allgemeiner werden, bleibt uns weiter nichts übrig, als ein Engagement in einem Circus zu suchen.

Einfache Feststellung: Wenn wir arbeiten, kümmern sich kein Mensch um uns; legen wir aber die Arbeit nieder, dann ist gerade das Gegenteil der Fall.

(links.) Auch für die unteren Postbeamten und für die Kriegsveteranen hatte man kein Geld. Herr Bernuth wehrte sich noch gegen die Entziehung der Streckung und Wehrung der Einmündigen. Und jetzt nach kaum sechs Wochen hören wir von Herrn Kühn genau das Gegenteil. Welchem Reichssekretär soll man da glauben? (Lebhafte Zurufe bei den Sozialdemokraten: Keinem!) Was kann man noch auf Regierungserklärungen geben? (Zurufe bei den Sozialdemokraten: Gar nichts!) Wackrig, gar nichts. Und da sagt Herr Spahn, die beiden Reichssekretäre sind ganz einer Meinung. So, warum ist denn Herr Bernuth nicht mehr da, dieser beste Schatzsekretär des Reiches v. Camp. (Sehr gut links.) Die Unterschiede zwischen den beiden Schatzsekretären sind folgende: 1. Herr Bernuth will keine solche Streckung der Einnahmen wie Herr Kühn. 2. Er will eine andere Verwendung der Lieberträge. 3. Er hält die Befestigung der Brantweinliebesgabe für völlig ungenügend. 4. Er will die Erbschaftsteuer und Herr Kühn will sie... (Zurufe rechts: Wohl! Große Heiterkeit.) Ja, das ist der größte Unterschied zwischen beiden: Herr Bernuth wollte seine Grundzüge tatsächlich durchführen, Herr Kühn hat zwar auch Grundzüge, will aber keinen Gebrauch davon machen. (Große Heiterkeit rechts, Sehr wahr! links.) Die

Volksabstimmung über die Erbschaftsteuer
hat im Januar dieses Jahres stattgefunden, und mit erdrückender Mehrheit hat das Volk entschieden, daß es die Erbschaftsteuer will. (Widerspruch rechts, Zustimmung links.)

Wir schwärmen also jetzt in Gold. Wenn es wirklich so wäre, so wäre dies eine glänzende Rechtfertigung unserer Haltung bei der Reichsfinanzreform (Rechts), denn wir erklärten damals bereits, daß 600 Millionen nicht nötig seien. Wenn Sie aber nun diese Lieberträge haben, so müßten die drückendsten Steuern beseitigt werden, vor allem die Zündholzsteuer. (Zustimmung links.)

Über die Dedung der Regierung trägt einen mephistophelischen Zug. Herr Kühn macht selbst drei große Fragezeichen dahinter. Das erste heißt: Wahrung der Grundzüge parlamentarischer Wirtschaftsführung wie in den letzten Jahren. Klingt das nicht wie reiner Hohn! (Zustimmung links.) Das zweite ist: Kein Eintreten einer Verschlechterung der Wirtschaftslage. Herr Bernuth spricht hierzu seinem Nachfolger den lapidaren Satz ins Stammbuch: „Der seine Einkommenansprüche von der Gunst des gegenwärtigen Augenblicks abhängig machen läßt, arbeitet mit einem latenten Liebertrag.“ Das dritte Fragezeichen des Herrn Kühn lautet: Keine neuen Anforderungen sollen an das Reich gestellt werden. Wer das glauben könnte! In drei bis vier Jahren höchstens geht dieselbe Sache wieder los, die Vorlage selbst zeigt das sehr deutlich. (Lebhafte Zustimmung links.) Im Dezember 1910 stellte die Budgetkommission als Finanzgrundlage auf: keine künstliche Streckung der Einnahmen; keine Ausgabe ohne Dedung; Verwendung aller Lieberträge zur Schuldentilgung. Bereits jetzt sind diese Grundzüge über den Haufen geworfen. Jetzt zum ersten Male haben wir Gelegenheit, wirklich einmal Lieberträge zur Schuldentilgung zu verwenden, und da versagt die Regierung und, wie ich fürchte, auch die Mehrheit des Reichstags. Die Dedungsfrage ist zu einem neuen Leidensweg unserer Finanzen gemacht worden, wurde gestern mit Recht gesagt. Und warum alle diese gefährlichen Operationen bei der Dedung? Ausschließlich aus fiskalischen und politischen Gründen wegen der Angst der Konservativen und des Zentrums vor einer wirklichen gerechten Vermögenssteuer. Herr Spahn hat sich gestern aus grundsätzlichen Gründen gegen die Erbschaftsteuer gewendet; dabei liegen doch die Wäter der Erbschaftsteuer im Zentrum. (Zuruf im Zentrum: Sie waren früher ja auch dagegen!) Wir haben und befehlen, Sie scheinen unbedenkbar.

Der Staatssekretär sagte, die Erbschaftsteuer sei zu einem Schiboleth geworden. Für und ist sie ein Schiboleth der steuerlichen Gerechtigkeit. (Sehr richtig links.) Die Rechte will jetzt ihr großes Opfer durch die Aufhebung der Liebesgabe bringen. Die Herren v. Hertling und Bethmann Hollweg — so heißt ja jetzt die Reichsstaatssekretäre — sind auf dies Kind ja sehr stolz. Und möchte der Reichstagskanzler, wie sollten in dieser Frage unseren alten Grundzügen treu bleiben. Nun, in der Frage der Aufrechterhaltung von Grundzügen wüßte ich keinen ungeeigneteren Lehrer als den Reichstagskanzler. (Lebhafte Zustimmung links.) Heute sind die Folgen der Aufhebung der Liebesgabe ganz anders als vor dem Jahre 1909. (Wohl! rechts und im Zentrum. Sehr richtig! links.) Sie lesen ja Ihre eigene Presse nicht, sonst müßten Sie, daß die „Germania“ im März dieses Jahres einen Artikel brachte, der genau diesen Standpunkt vertrat, und zwei Tage darauf tat die „Völkische Volkszeitung“ dasselbe. — Herr Kollege Erzberger, wissen Sie das gar nicht? (Große Heiterkeit links.) Das Zentrum hat in der Liebesgabenfrage allmählich eine solche

Drehkrankheit

Belommen, daß es wohl selbst nicht mehr weiß, welchen Standpunkt es einnimmt. Heute ist die Befestigung der Liebesgabe ohne Vermögenszuwachs eine glatte Konsumsteuer. (Sehr richtig! links.) Charakteristisch ist, daß die konservative Presse von einer Gefährdung der Wehrvorlagen sprach, wenn die Regierung es wagen sollte, mit der Erbschaftsteuer zu kommen. Das ist ein feiner nationaler Sinn. (Sehr wahr! links. Lachen rechts.) Warum hat sich der Reichstagskanzler mit seiner Moralpredigt nicht an die Rechte gewandt? Er glaubte wohl, daß er dort nicht viel damit erreichen würde. Nun bei uns erreicht er damit auch nichts. (Heiterkeit.) Der Reichstagskanzler hat sich allmählich herausgebildet zu einem Abzähler der Linken. (Große Heiterkeit.) Er meinte, die Sozialdemokratie hätte in diesem Falle doch nicht positiv mitgearbeitet. Warum denn nicht? Zwingen Sie doch die Sozialdemokratie, die Erbschaftsteuer abzulehnen. Käte sie es, die 110 Sozialdemokraten würden verschwinden, wie die Sonne im März. (Stürmische Heiterkeit.) — Seine Moralpredigten richtet der Reichstagskanzler immer an uns, aber seine Politik macht er nach den Rezepten der Rechten, das nennt er dann: über den Parteien stehen. (Sehr gut links.) Merkwürdig ist seine Verständnislosigkeit für die ethische Bedeutung einer Erbschaftsteuer. Es kommt nicht auf die 25 Millionen Differenz zwischen Erbschaftsteuer und Befestigung der Liebesgabe an, sondern darauf, daß die soziale Gerechtigkeit mit dieser Steuer angebahnt werden soll. (Lebhafte Zustimmung links.) — Der Reichstagskanzler besaß sich selbst über den Chauvinismus. Die beste Waffe gegen ihn aber wäre die Heranziehung der Wehrmittel zu den Kosten all dieser Wehrvorlagen. Dann wäre dieser Hurrapatriotismus bald ganz gewaltig gedämpft. (Sehr wahr! links.)

Aber die Herren mügen noch so aufgeregt sein, die direkte Vermögenssteuer kommt doch, und zwar in wenigen Jahren, und wenn die ganze Rechte einschließlich des Herrn Kollegen Dertel sich auf den Kopf stellen. (Heiterkeit links.)

Die Regierung hat ihren Weg zur Dedung gewählt, um es mit den Konservativen und dem Zentrum nicht zu verderben. Im Februar nannte Herr Sped die Möglichkeit der Erbschaftsteuer eine Bräuterei. Stolz wie ein Spanier erhob sich der Reichstagskanzler und wies solche „Nachsprüche“ zurück; getan aber hat er, was Herr Sped wollte und hat seinen Mitarbeiter entlassen; denn Herr Bernuth war ja ein Schatzsekretär, der Grundzüge hatte, und das darf eine nachgeordnete Behörde nicht, es sei denn, es handle sich um eine Militär- oder Marinebehörde, die freilich darf eine eigene Politik auch gegen die Reichsleitung treiben. Diese subalterne Stellung des Reichssekretärs ist ganz unhaltbar. In einer Demokratisierung unseres Verwaltungssystems steht der Reichstagskanzler eine Dekonzentration. Das Zurückbleiben unserer staatsrechtlichen Entwicklung hinter unserer wirtschaftlichen ist eine der Hauptursachen unserer Verwicklungen, die nach immer neuen Reformen drängen. Noch eine Bemerkung: 1911 folgte der Kriegsminister an Quantität können wir es auf die

Dauer den anderen Staaten zusammen nicht gleich machen; aber unser Menschenmaterial, unser Unteroffiziermaterial macht uns so bald keine Nation nach. Diese kulturelle Höherstellung unserer Offiziere und Unteroffiziere verlangt auch für sie eine andere Behandlung, höhere Rechtsgarantien. Auch im Soldaten muß der Vorgesetzte geachtet werden. Gerechtigkeit ist die beste Stütze der Disziplin. Eine Disziplin ohne Gerechtigkeit wird zu einem im Ernstfalle unbedingt verlassenden Kadavergehörig. (Lebhafte Zurufe bei der Volkspartei.)

Staatssekretär des Reichsmarineamts v. Tirpitz: Ich habe gestern ausdrücklich betont, ich halte es für ausgeschlossen, daß die Materialverhältnisse, auf die wir jetzt verzichten, künftig wieder angefordert wird; die gegenteilige Ausführung des Abg. Müller-Reinigen ist also irrig. — Auf den Flottenverein habe ich keinen Einfluß. Die Vorlage entspricht auch keineswegs den Wünschen des Flottenvereins. — Ferner bestreite ich entschieden, daß vom Nachrichtenbureau des Marineamts eine Agitation ausgegangen ist. Die in diesem Bureau tätigen Offiziere werden sehr erstaunt sein, daß man ihnen solche journalistischen Fähigkeiten zuschreibt. Solche Bewegung, wie sie für die Flotte stattgefunden hat, kann nicht von ein paar Menschen gemacht werden, eine solche Bewegung liegt in der Nation. (Bravo! rechts.)

Reichssekretär Kühn: Herr Müller-Reinigen sagte, ich hätte auch Grundzüge, mache aber keinen Gebrauch davon. Wie er diese Behauptung mit seiner parlamentarischen Schulung und seiner Kenntnis meiner bisherigen Tätigkeit vereinbaren will, verstehe ich nicht. Ich habe auch den Grundzug stets sachlich zu bleiben und diesem Grundzug werde ich auch jetzt, trotz der Schwere der begleitenden Umstände, treu bleiben. (Bravo! rechts.) Wie liegt die Sache! Ich sagte, ich habe die Überzeugung, daß die Erbschaftsteuer wie für andere große Kulturstaaten auch für Deutschland kommen wird, und ich habe dann weislich auseinander gesetzt, warum gerade jetzt die Erbschaftsteuer nicht kommen kann. Wo liegt da die Verletzung eines Grundzuges? — Was die Denkschrift über die Dedung anlangt, so war unser Bestreben, ein Bild der Entwicklung der Finanzen zu entwerfen, das der Wirklichkeit tunlichst nahe kommt. Natürlich sah sich dies Bild im Spätsommer 1911 etwas anders an als im Frühherbst 1912. Wir haben aber auch auf alle mündlichen Stellen unserer Auffassung selbst hingewiesen. Sollten wir nun bloß, weil die Möglichkeit besteht, daß unsere Einnahmenschätzung sich später als unrichtig erweist, Ihnen jetzt schon eine neue Steuer vorschlagen, die größere Einnahmen bringen würde als wir brauchen. (Wohl! links.)

Abg. Freier v. Camp (Mp.): Herr Müller warf der Regierung vor, daß sie an den Sparmaßnahmen der Parteien Bülow nicht festgehalten habe, machte aber selbst Vorschläge, die dieser Sparmaßnahmenpolitik widersprechen. (Widerspruch links.) Herr Müller sagte weiter, die Einnahmen seien gestreckt, auf der anderen Seite aber behauptete er, es sei Geld da zur Aufhebung der Zündholzsteuer usw. — Der Reichstagskanzler hat die Wehrvorlagen ruhig, ich möchte fast sagen lässig eingeleitet. Den Empfindungen der großen Masse des Volkes hätte es mehr entsprochen, wenn er in einer großzügigen politischen Rede die ganze Lage der internationalen Verhältnisse, die zu diesen Wehrvorlagen geführt hat, dargelegt hätte. (Bravo! rechts.) Es sollte ihm erwünscht sein, daß in weiten Kreisen des Volkes eine noch weitgehendere Verstärkung der Wehrmacht gefordert wird. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Diese Frage wird daher eingehend in der Kommission zu prüfen sein. — Die Anschauungen des Herrn Haase über die Wiltz werden von seinen Parteigenossen in Frankreich nicht geteilt; denn dort haben Sie ja einen Kriegsminister Ihrer Richtung. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Er war es.) Er ist doch von sozialistischen Ideen beeinflusst; aber an die Einführung einer Wiltz denkt er nicht. Die weitesten Kreise der Bevölkerung, nicht nur der bürgerlichen, begrüßen bei uns die Wiltzvorlagen, und haben nur die Sorge, ob sie auch wirklich ausreichen. Wir wünschen keinen Krieg; wird er uns aber aufgedrängt, so muß Deutschland in der Lage sein, dem Gegner die Friedensbedingungen zu diktieren. (Zustimmung rechts.) Die Entscheidung für uns liegt zwar beim Landheer; aber auch auf die Vermehrung der Flotte können wir nicht verzichten, zumal ja zwischen Frankreich und England eine Verständigung zustande gekommen ist. Redner verteidigt des weiteren den Flottenverein gegen die bekannten Angriffe des Abg. Haußmann. Der Flottenverein hat große Verdienste, aber er hat auch oft mit seinen Forderungen über das Ziel hinausgeschossen, und hat dem Staatssekretär des Reichsmarineamts oft das Leben sauer gemacht. Die Behauptungen des Abg. Haußmann über das Nachrichtenbureau des Reichsmarineamts hat ja Herr v. Tirpitz schon widerlegt. Lediglich hat Herr v. Tirpitz stets den Standpunkt eingenommen, daß er einer Verständigung mit England über die Stärke der beiderseitigen Flotten durchaus nicht ablehnend gegenüberstehe. — Für eine Erhöhung der Rammhaftlöschung sind wir auch, halten es aber für besser, wenn sie ihnen zum Teil durch Verbesserung der Kost gewährt wird. Wird sie nur in bar gewährt, so bleibt es doch zweifelhaft, ob sie richtig verwendet wird.

Vor einer Liebertragung der Einnahmen warne ich. Gerade Herr Erzberger hat den Ausdruck „frustrierter Etat“ aufgebracht. Er kann also unmöglich mit der Staatsrede des Herrn Sped einverstanden sein. Wenn die Schuldentilgung nicht so, wie es bei der Finanzreform vorgesehen wurde, vorgenommen wird, kommen wir wieder in die Finanzmisere zurück. Bei einer Wehrvorlage könnte man ja ein Auge davor zudrücken, aber man müßte es im nächsten Jahre wieder öffnen. Ich freue mich, aus den Ausführungen des Abg. Müller-Reinigen zu entnehmen, daß auch die Volkspartei für die Vorlage stimmen wird; um so mehr wird sie als Friedensinstrument dienen, wenn sie recht bald und einmütig angenommen wird. (Bravo! rechts.)

Reichssekretär Kühn verteidigt seine Schätzung der Einnahmen gegenüber der Kritik des Vorredners.
Hierauf verlegt das Haus die Weiterberatung auf Mittwoch 1 Uhr.

Schluß 6¹/₂ Uhr.

Parlamentarisches.

Aus der Budgetkommission des Reichstags.

Bei der Weiterberatung des Etats für Südwestafrika wurden die recht ungünstigen Verhältnisse zur Sprache gebracht, unter denen die in den Diaminminen beschäftigten Arbeiter zu leiden haben. Die Diaminminer-Gesellschaft hat im Stegerlande, wie auch in anderen deutschen Bergwerksbezirken, Bergarbeiter unter sehr ungünstigen Bestimmungen engagiert. An Ort und Stelle angelangt, müßten die Arbeiter die Erfahrung machen, daß sie Opfer recht trügerischer Vertragsabschlüsse geworden sind. Gegen die Arbeiter werden ganz exorbitante Strafen verhängt, von 50 bis über 1000 M. In einzelnen Fällen sind Leute für die dreijährige Vertragsdauer mit täglich 2 M. Abzug bestraft worden. Demso sind rigorose Entlassungen verfügt, und sind Entlassenen, als sie in die Heimat abreisen wollten, von der Gesellschaft wegen angeblichen Vertragsbruchs die Habeligkeiten gepfändet worden, so daß die Leute betteln gehen müßten. Die Krankenpflege soll ebenso viel zu wünschen übrig lassen, wie die Sicherheitsvorrichtungen in den Gruben zum Schutze von Leben und Gesundheit. Abgeordneter Behrens brachte deshalb eine Resolution ein, die ausreichenden Arbeiterschutz, Kranken- und Unfallversicherung fordert, ferner Maßregeln gegen die enormen Vertragsstrafen. Da Behrens den von ihm beantragten Schutz nur für die weißen, aus Deutschland bezulegenden Arbeiter forderte, verlangten unsere Genossen einen ausreichenden Schutz für alle Arbeiter. Ein Regierungskommissar wie auch Staatssekretär Solf bekämpfte die Resolution, denn es sei für die Arbeiter genügend Sorge getragen. Sie verdienen bis 800 M. monatlich, in der Regel 5—6000 M. pro Jahr.

Derart gut bezahlte Arbeiter können sich selbst verschern, außerdem werde für die Arbeiter schon alles nötige getan. Die weißen Arbeiter seien zudem mehr Vorarbeiter und Aufsichtsbeamte, die gar kein gesetzgeberisches Eingreifen zu ihren Gunsten haben wollen. Der Gouverneur und der Landesrat seien die einzig richtigen Stellen, um Abhilfe zu schaffen. Von sozialdemokratischen, vollparteilichen und selbst auch von national-liberalen Rednern wurde das Verhalten der Minergesellschaft wie auch der Regierung energisch gerügt. Die hohen Löhne erschienen sofort in anderem Lichte, wenn man die enormen Lebensmittelpreise sowie die Tatsache bedenkt, daß die weißen Arbeiter ihre Familien in der Heimat auch noch zu unterhalten haben. Die verhängten Strafen würden als Halsabschneiderei und die abgeschlossenen Verträge als gegen die guten Sitten verstoßend bezeichnet. Die in Deutschland geltenden Bestimmungen über Lohnbeschlagnahme einzuwickeln auf die Kolonien zu übertragen, sei ungerath und unzulässig; es müsse eine viel höhere Summe eingezahlt werden, ehe die Lohnbeschlagnahme zulässig ist. Mögen auch hier in Deutschland die Verhältnisse für die Bergarbeiter noch so ungünstig sein, so steht ihnen doch einmal ihre Organisation und die öffentliche Meinung zur Seite. Das fehlt aber leider in Südwest. Wenn die Regierung schließlich, wenn auch recht zögernd, zu. Die Resolution Behrens fand Annahme.

Zu einer allgemeinen Aussprache über die wirtschaftlichen Verhältnisse in Südwest führten die Forderungen, die der Kreditbeschaffung für Landanläufe, Wasserbohrungen usw. dienen sollen. Es mußte zugegeben werden, daß Südwestafrika vor einem großen wirtschaftlichen Krach steht. Es ist eine erhebliche Lieberschuldung eingetreten; für die Farmer ist der Absatz ihrer Produkte sehr eingeschränkt worden, nachdem in der Hauptsache die Bahnbauten beendet sind. Die der Wasser- und Salinität zu steuern ist, weiß heute noch kein Mensch. Durch die vielen Wasserbohrungen ist Raubbau getrieben worden, und ob es gelingt, durch unterirdische Staudämme das Grundwasser zu heben, ist auch noch fraglich. Die Anlage von oberirdischen Staudämmen hat sich vielfach als verfehlt erwiesen, weil das Wasser verdunstet, wodurch die Kulturen vernichtet worden sind. Genosse Roske bekämpfte lebhaft die Versuche, die Regierung zu drängen, weitere Mittel zur Kreditbeschaffung flüssig zu machen, die den unabweislichen Krach auch nicht mehr verhindern können. Durch weitere Anleihen gerate Südwestafrika in eine immer bedenklicher werdende Verschuldung. Wegen die außergewöhnlich hohen Güterpreise auf den Bahnen kämpften die Volksparteier mit einer Resolution an. Die Regierung teilte jedoch mit, daß in absehbarer Zeit kaum eine Besserung wird eintreten können, worauf die Resolution zurückgezogen wurde. Die Weiterberatung wurde hierauf verlegt.

Wahlprüfungskommission.

Das Mandat des Antisemiten Bruhn wurde gegen 4 Stimmen für gültig erklärt. Nach den getroffenen Feststellungen waren dem konservativen Kandidaten v. Schudmann 807 Stimmen abzuziehen. Die Mehrheit der Kommission lehnte es aber ab, die lazierten Stimmen den unterlegenen Kandidaten zuzuzählen. In diesem Falle hätte eine Stichwahl stattfinden müssen zwischen dem Gouverneur v. Schudmann und dem Sozialdemokraten. Diese Konsequenz herbeizuführen, lehnte die Mehrheit der Kommission ab, die Folge war, daß das Mandat des „Wahrheits“-Bruhn für gültig erklärt wurde. Die Kommission trat dann in die Prüfung der Wahl des Abg. Pauli (Hagenow) ein, die jedoch nicht zu Ende geführt werden konnte.

Krankenfürsorge und Wohnungselend.

Zur Aufhebung des Wohnungselends trägt die Ortskrankenkasse der Kaufleute wirksam bei durch die Wohnungsunterstützungen, die sie seit einem Jahrzehnt bei ihren erkrankten Mitgliedern ausführen läßt. Sie dienen dem Zweck, die Bedeutung des Wohnungszustandes für den Erfolg der Krankenfürsorge darzutun und die zum Schutze der Volksgesundheit notwendigen Reformen in Wohnungswesen zu fördern.

Alljährlich veröffentlicht der Vorstand der Krankenkasse über diese Wohnungsenqueten sorgfältig durchgearbeitete Berichte. Immer wieder bringen sie ein reichhaltiges Material, das grell genug das Wohnungselend beleuchtet und eindringlich die Notwendigkeit einer Abhilfe predigt. Und liegt jetzt der Bericht über die Wohnungsenquete von 1911 vor, verfaßt im Auftrage des Vorstandes wieder von Albert Roth, wie in den Vorjahren. Wenn die Ergebnisse auch erkennen lassen, daß im Laufe der Jahre einiges sich gebessert hat, so ist doch immer noch eine reichliche Fülle von Wohnungsmißständen festgestellt worden.

Die Ermittlungen wurden vorgenommen durch Krankenkontrolloren, die im Jahre 1911 die Wohnungen von 12 975 erwerbsunfähigen Kranken Mitgliedern der Krankenkasse untersuchten. An dieser Gesamtzahl waren beteiligt 1876 Handlungsgesellen, 4027 Handelskassensarbeiter, 3109 Handlungsgesellen, 3003 Handelskassensarbeiterinnen, zusammen 5003 männliche und 7072 weibliche Mitglieder. In Vorderhäusern wohnten 6457, in Hinterhäusern 6518 der beteiligten Kranken, so daß Vorder- und Hinterhäuser hier nahezu gleiche Anteile haben. Es wohnten aber in Vorderhäusern von den Handlungsgesellen zwei Drittel (1285 von 1876), von den Handelskassensarbeitern nicht viel mehr als ein Drittel (nur 1417 von 4027), von den Handlungsgesellen rund zwei Drittel (2042 von 3109), von den Handelskassensarbeiterinnen noch lange nicht die Hälfte (nur 1703 von 3003).

Die Untersuchung der Aufenthaltsräume nach Bodenfläche, Höhenmaß, Rauminhalt, Benutzungszeit usw. ergab wieder, daß noch sehr viele Wohnungen nicht mal den allerbescheidensten Ansprüchen genügen. 779 Kranke wurden in Räumen vorgefunden, deren Bodenfläche nur bis 10 Quadratmeter groß war. 10 Quadratmeter große wäre z. B. die Bodenfläche eines einstufigen Zimmers von 5 Meter Tiefe und 2 Meter Breite. Diese 779 Aufenthaltsräume, deren Flächeninhalt unter dem noch ertäglichen Mindestmaß blieb, verteilten sich auf alle Größenklassen von 10 Quadratmeter abwärts bis unter 6 Quadratmeter. Die Zahl der Kranken, die in Aufenthaltsräumen von höchstens 6 Quadratmeter Bodenfläche vorgefunden wurden, belief sich noch auf 62. Bei 6 Quadratmeter könnte man z. B. an eine Kammer von 4 Meter Tiefe und 1 1/2 Meter Breite denken. Man beachte, daß es Kranke sind, die in solchen Löchern haufen müssen!

Schlimmeres noch ergab die Untersuchung der Höhenmaße. Die für Berlin jetzt geltende Baupolizeiordnung bestimmt, daß die Höhe eines Aufenthaltsraumes nicht unter 2,80 Meter sein darf. Noch 2000 Kranke, fast 21 Proz., mehr als ein Fünftel aller, wurden in Räumen angetroffen, die dieser polizeilichen Mindestforderung nicht entsprechen. In ihnen hauchten speziell von den Handlungsgesellen rund 11 1/2 Proz., von den Handlungsgesellen 14 1/2 Proz., aber von den Handelskassensarbeitern 26 Proz., von den Handelskassensarbeiterinnen 24 1/2 Proz. Die Höhenmaße blieben in vielen Fällen recht weit unter 2,80 Meter, z. B. reichten sie in noch 101 Fällen nicht über 2,25 Meter hinaus. Von da ging es weiter abwärts bis unter 2,00 Meter, ja bis unter 1,60 Meter, was noch in 11 Fällen festgesetzt wurde. Eine Stuhnhöhe von nur 1,60 Meter gestattet einem Erwachsenen mittlerer Größe nicht mehr, gerade zu stehen.

Entsprechend diesen Zahlen für Bodenfläche und Höhenmaß waren die Ergebnisse der Feststellung des Rauminhalts. Meist

Mußten die Kranken ihre ohnehin unzulänglichen Räume auch noch mit anderen Personen teilen. In einem und demselben Raum haften mit einem Kranken oft zwei, drei, vier Personen, nicht selten sogar fünf, sechs, sieben und mehr Personen. Mehr noch als die Schlafstelleninhaber litten unter dieser Zusammen- drängung die vermietenden Familien, da sie selber, um vermieten zu können, meist sich mit den elendesten Räumen begnügen mußten. Wenn 20 Kubikmeter Luftraum pro Person das mindeste ist, so waren 5421 Kranke auf Räume angewiesen, die der Mindest- forderung nicht entsprachen. Dabei ist nicht mal berücksichtigt, daß ja durch die aufgestellten Möbel der Luftraum noch verkleinert wird. Sollte man, wie in Krankenhäusern, 60 Kubikmeter pro Kopf und bei anstehenden Krankheiten 150 Kubikmeter pro Kopf fordern, dann wären die meisten der untersuchten Wohnungen als ungeeignet zum Aufenthalt Kranken anzusehen. Die Ermitt- lungen der Krankenkontrollen ergaben aber, daß in den Woh- nungen sehr oft noch nicht mal jene 20 Kubikmeter Luftraum pro Kopf erreicht wurden. 1421 Kranke hatten noch keine 10 Kubit- meter und 158 davon noch nicht mal 5 Kubikmeter. Ein Zimmer z. B. von 5 Meter Tiefe, 2 Meter Breite, 3 Meter Höhe hat 30 Kubikmeter Luftraum, und in einem so engen Gefäß wohnen und schlafen dann manchmal mit dem Kranken noch ein halbes Dutzend andere Personen. Wer kann — fragt mit Recht der Bericht — erwarten, daß in solchen Verhältnissen Kranke wieder gesund werden, wer sich wundern, daß unsere Volksgenossen immer neue Opfer kosten?

Und wie waren, abgesehen von der Unzulänglichkeit der Boden- fläche, des Höhenmaßes, des Rauminhalts, die Räume sonst be- schaffen? Da fehlte oft die Möglichkeit einer wirksamen Lüftung, da wurde das Fenster kaum recht vom Tageslicht erreicht, da hatte mancher Aufenthaltssraum überhaupt kein Fenster, da mußten Kranke sogar ohne Heizgelegenheit sich behelfen. In nicht heizbaren Räumen mußten sich 828 Kranke aufhalten, auf Räume ohne Fenster waren 64 Kranke angewiesen. Die fensterlosen Räume gehörten zu den kleinsten: von 64 hatten 43 nur bis 10 Quadrat- meter Bodenfläche, 13 von diesen gar nur bis 6 Quadratmeter Bodenfläche. Offenbar haben wir es hier nur mit „Kubusfen“ zu tun, aber für Kranke mußten sie „immer noch gut genug“ sein.

Die ganze Gefahr dieser menschenunwürdigen Zustände wird klar, wenn man sieht, welche Krankheiten am häufigsten festgestellt wurden. Mit den höchsten Ziffern stehen oben Erkrankungen der Lungen, die allein 1690 Fälle umfaßten, und hieran dürfte nicht unerheblich die Lungenschwindsucht beteiligt sein. Auch akute Infektionskrankheiten, deren Übertragung in engen, stark besetzten, von Luft und Licht kaum erreichten Wohnungen besonders leicht und rasch zustande kommt, sind mit einer recht beträchtlichen Zahl, mit 991 Fällen, vertreten. Personen, die an Lungenkrankheiten oder an akuten Infektionskrankheiten litten, haften selbst in Räumen ohne Fenster (6 und 9 Fälle) oder ohne Heizgelegenheit (49 und 20 Fälle). Lungenkranke und an akute Infektionskrank- heiten Leidende wurden auch in überfüllten Räumen gefunden, die sie oft mit vier, fünf, sechs, sieben und mehr Personen teilen mußten. Von 1690 Lungenkranken hatten nur 450 einen Aufent- haltssraum für sich, während 373, 330, 250, 140, 82, 85, 30 ihn mit noch 1, 2, 3, 4, 5, 6, 7 (oder mehr) Personen teilten. Bei den akuten Infektionskrankheiten wurde festgestellt, daß von 991 Kranken nur 242 einen eigenen Aufenthaltssraum hatten und 216, 197, 147, 100, 44, 28, 17 ihn mit noch 1, 2, 3, 4, 5, 6, 7 (oder mehr) Personen teilten. Oft wird in einem solchen Raum auch noch Heimarbeit getrieben, vielleicht sogar eine Heimarbeit, die ohne dies schon eine Verschlechterung der Luft mit sich bringt und den Aufenthalt in dem vom frühen Morgen bis zum späten Abend benutzten Raum zu einer Gefahr selbst für Gesunde macht.

Wie es in Wohnungen dieser Art manchmal um die Schlaf- gelegenheit bestellt ist, das kann jeder sich leicht ausmalen. Auch hierfür hat die Wohnungsbeurteilung zahlenmäßige Nachweise er- bracht, die mit erschreckender Deutlichkeit zeigen, zu welchen Un- zuständen die der unbemittelten Bevölkerung aufgezwungene Ein- schränkung ihres Wohnungsbedürfnisses führt. Von überhaupt 12 975 Kranken, deren Wohnungen untersucht wurden, hatten nur 2787 einen Schlafraum für sich, nicht viel mehr als ein Fünftel aller Kranken. Die übrigen mußten ihren Schlafraum mit anderen Personen teilen, meist mit einer, zwei oder drei Personen, oft auch mit vier oder fünf, manchmal sogar mit sechs, sieben und mehr Personen. Einen Schlafraum für sich hatten z. B. von den 1690 Lungenkranken nur 407, noch kein Viertel aller. Und auch hier ging für die übrigen die Zusammendrängung so weit, daß bis fünf, sechs, sieben und mehr Personen zusammen mit einem Lungenkranken in einem und demselben Raum schlafen mußten. Bei 1110 Kranken wurde festgestellt, daß sie nicht einmal ein Bett für sich hatten, sondern trotz der Krankheit auch ihr Lager noch mit anderen Personen teilten. Der Bericht sagt hierzu: „Das Grauen und der Jammer aber, der sich in diesen Ziffern enthüllt, wird noch erhöht durch die Tatsache, daß darunter 118 Lungen- kranke waren.“

Es liegt auf der Hand, daß in solchen Wohnungen nicht nur für die Kranken die Möglichkeit einer Wiederherstellung der Ge- sundheit sehr gering ist, sondern auch die Gesunden der Gefahr einer Übertragung von Krankheiten ausgesetzt sind. In diesen Wohnungselend immer wieder hineinzuleuchten, ist eine verdienstliche Tätigkeit der Krankenkasse der Kaufleute, aber den Hausagariern, die aus den dunklen Höhlen ihrer Mietskasernen ungeschmälerten Profit herausdrehen wollen, ist solche hygienisch und sozialpolitisch wertvolle Kontrolle allerdings sehr unerwünscht. Die Ergebnisse dieser Wohnungsbeurteilung, die noch nicht mal die schlechtesten- löhnten Schichten der Arbeiterklasse erfassen und daher noch lange nicht das schlimmste Wohnungselend aufdecken, sind eine ernste Mahnung an die Reichsregierung wie an die Kommunalver- waltungen einschließlich des Berliner Zweigverbandes, im Kampf gegen das Wohnungselend ihre Pflicht zu tun.

Neue Medizinen zur Gesundung — ärzt- licher Geldbeutel?

Der Fabrikarbeiterverband, die Organisation der ungelerten Arbeiter, konnte vor wenigen Tagen zweihunderttausend Mit- glieder zählen. Es sind die Proletarier und die Proletarierinnen der fabrikmäßigsten der modernsten Industrien, unter anderem auch der chemischen Industrie, die sich hier zusammengefun- den haben. Wie notwendig ihre Vereinigung ist und wie reinigend schon ihre Anwesenheit wirkt, wird jetzt wieder einmal von neuem bewiesen. Hier ist das Forum der unbeeinflussten, nur der Kultur dienenden Öffentlichkeit erst geschaffen. Kapitalistische Presse, kapitalistische Wissenschaft und kapitalistische Meinungsfreiheit — ach, geht ihr Lantime, beteiligt sie am Geschäft, und alles ist gut und schön und herrlich!

Treffendes Beweismaterial dazu bringt der Fabrikarbeiter- verband jetzt an die Öffentlichkeit. Waren da vor kurzem ein Dutzend der höchsten Leiter — Doktoren, Professoren, Geheim- und Kommerzienräte — eines chemischen Konzernbetriebes zu einer ge- meinen Konferenz versammelt. Der „Proletarier“, das Verbands- organ der Fabrikarbeiter, teilt mit, daß dabei ausschließlich Progen der Konkurrenz und der Produktion besprochen wurden. Einer

jener berühmten Zusage ließ das haargenau geschriebene Protokoll jener Zusammenkunft den notwendigen Weg zum Zentralvorstand des Fabrikarbeiterverbandes finden. Was kam da zutage?

Wieder einmal unwiderlegbare Beweise dafür, daß die Wissenschaft heute zur Prostituierten des chemischen Kapitals ge- worden ist, zum mindesten, daß das für die Wissenschaft einer ganzen Anzahl der prominentesten Vertreter der Lehren des Kapital- zutritts!

Lassen wir das Protokoll selbst reden. Eifrig wird über ein neues — Abortivmittel debattiert, das wirklich wirksam ist. Bekanntlich sind alle im Handel ohne weiteres kaufbaren Mittelchen dieser Art minderwertig, auf Repperei berechnete. Hier soll ein „wirklich wirkendes“ Mittel ge- schaffen werden. Tatsache ist aber doch, daß die Menge innerliche Abortivmittel gar nicht mehr geben; für wen wird dieses „sicher- wirkende“ Mittel gesucht?

Wie werden medizinisch-chemische Mittel in den Verkehr ge- bracht? Einer der ungelärtesten und doch zugleich der aller- interessantesten Punkte in der Praxis des Vertriebes chemischer Medikamente. Das Protokoll der direktorialen Zusammenkunft sagt sehr beachtenswertes dazu.

Ein (im Dienste der Fabrik stehender?) Doktor hat sich „mit dem Dezernenten für das Hebammenwesen im Ministerium in Verbindung gesetzt“ zwecks obliga- torischer Einführung eines von der Fabrik hergestellten Mittels; der hat erklärt, daß eine „Autorität“ auf dem Gebiete eine Ein- gabe an das Ministerium machen müsse. „Wir wollen dieshalb an Professor . . . herantreten, eventuell Professor . . .“, Mäandern, dafür in Anspruch nehmen“ — so steht es kurz und bündig im Protokoll!

Wie werden heute Autoritäten der medizinischen Wissenschaft, hier der Gynäkologie, durch chemische Fabriken, die medizinische Mittel herstellen, „in Anspruch genommen“?

Eine andere noch deutlicher besprochene Sache. Da ist z. B. ein neues Mittel mit einem sehr langen Namen, das als Heilmittel eingeführt werden soll. Es hat nur einen kleinen Fehler — es hilft zum Teil nicht. Ja, es schadet sogar. Versuche in Krankenhäusern ergaben immer viele Versager. Die Konferenz spricht sich darüber aus:

„Professor . . . (hier ist der Name eines unserer bedeutendsten medizinischen Schriftsteller genannt) hat sich bereit erklärt, den . . . noch weiter zu prüfen, doch erscheint Vorstich ihm gegenüber ge- boten, weil er mit Hofmann-La-Roche im Konnex stehen soll.“

Der „Proletarier“ bemerkt hier zur Erläuterung, daß Hof- mann-La-Roche nicht etwa eine wissenschaftliche Kapazität, sondern eine chemische, ebenfalls medizinische Medikamente herstellende Fabrik in Grenzach, Baden, ist. Die Konferenz ist also der Meinung, mit dem Professor . . . muß vorsichtig umgegangen werden, denn der ist ja schon „interessiert“, aber an einer Kon- kurrenzfirma!

Ein anderer Fall. Ein anderes Mittel soll allgemein ein- geführt werden. Ein Professor . . . macht Versuche. „Berlin hat den Frauenarzt Dr. . . . wieder folgt ein sehr bekannter Name — interessiert.“ Was heißt hier wieder das ominöse Wör- chen „interessiert“? Das Protokoll enthält zu dieser Sache noch den Vermerk, daß der betreffende Arzt das Mittel „früher in die Praxis eingeführt“ hat. Er wurde also für von ihm schon ein- geführte Medikamente „interessiert“! Komisch, hochkomisch — wenn es nicht schandbar wäre!

Das Protokoll gibt noch eine Aufklärung zu diesem „Inter- essieren“. Es enthält nämlich noch folgenden Nachsatz:

„. . . Doch erscheint dies (die Interessierung des betreffenden Arztes) faktisch nicht richtig, da . . . am St. . . beteiligt und inselgedessen an Werk geteilt ist.“ „Werk“ ist wieder keine Kapazität, sondern ein Konkurrenzbetrieb in Darmstadt, der gleich- falls Heilmittel herstellt. Also der Frauenarzt ist schon an einem anderen Heilmittel — es soll dasselbe, nur von der anderen Firma hergestellt, sein — „interessiert“, und deswegen ist es „faktisch nicht richtig“, ihn „noch einmal zu „interessieren“!

Die Tatsachen, kalt und nackt, wie sie durch den „Proletarier“ mitgeteilt werden, machen schaudern. Hier wird durch einen, man muß sagen, glücklichen Zufall die unglücklichste Menschen- betrügerei aufgedeckt, ein Spiel mit Menschenleben, das unter der Voraussetzung erfolgt: ich nehme die Medikamente, bei denen ich am meisten „interessiert“ bin. Und das sind unter den Ärzten nicht Jüng und Jung, sondern große Männer, Professoren, Autori- täten usw. Es bleibt nur zu wünschen, daß der „Proletarier“ noch fest zupackt und die am genauesten charakterisierten „Kapazi- täten“ ins helle Licht der Öffentlichkeit stellt.

Aus der Partei.

Die Parteipresse und die Justiz des Klassenstaates.

Die Zahl der Verurteilungen gegen die sozialdemokratische Presse ist ständig im Wachsen. Während vom 1. April bis 30. September 1911 die Zahl der Prozesse und Urteile 108 betrug, ist diese Zahl vom 1. Oktober 1911 bis zum 1. April 1912 auf 115 gestiegen. Das ergibt also innerhalb Jahresfrist des netten Sämmchens von zwei- hundertunddreißig und zwanzig Prozessen! Im letzten Halbjahre wurden an Strafen verhängt gegen unsere verant- wortlichen Redakteure 28 Monate, 9 Wochen, 3 Tage Gefängnis und 16 960 Mark Geldstrafe! Zusammengefasst ergibt unsere Opferliste für das letzte Jahr (1. April 1911 bis 31. März 1912) an Strafen: 7½ Jahr, 1 Monat, 4 Wochen Gefängnis und 40 888 Mark in Geld!

Uns Sozialdemokraten wird sehr eindringlich klar gemacht, daß wir im Lande „der vollendeten Rechtsgarantien“ leben.

Mit dem Stichwahlabkommen

beschäftigte sich am letzten Sonnabend eine Parteiversammlung in Hannover. Nach längerer Debatte, in der für und wider das Abkommen geredet wurde, wurde folgende Resolution mit großer Mehrheit abgelehnt:

„Die Genossinnen und Genossen des 8. hannoverschen Reichs- tagewahlkreises bedauern (in der ursprünglichen Fassung hieß es: mißbilligen) auf das entschiedenste, D. Red. d. B.“) das vom Parteivorstand mit der fortschrittlichen Volkspartei abgeschlossene Stichwahlabkommen. Sie halten die ganze Art, besonders die Heimlichkeit des Abkommens, sowie die Dämpfung des Wahlkampfes in 16 Kreisen, für geeignet, Verwirrung in weite Kreise der Partei- genossen zu tragen.“

Erlebiger Streitfall in der P. P. S.

Bekanntlich entstand vor vier Jahren ein Streit in der P. P. S. wegen einer Erbverfallfrage, in die Genosse Stefan Thiel aus Brix und die Berliner Organisation der P. P. S. verwickelt waren. Die Angelegenheit ist nunmehr zur Zufriedenheit aller Beteiligten aus der Welt geschafft worden. Vor Opfern tagte in Krakau ein Schiedsgericht unter Vorsitz des Reichsratsabgeordneten Genossen Dr. Diemand, dessen Spruch sich alle Teile unterworfen haben. Das Schiedsgericht entschied, daß die Erbverfallfrage dem Vorstande der P. P. S. zufallen müsse, daß aber den Genossen Stefan Thiel durch- aus keine ehrenrührigen Vorwürfe treffen. Demgemäß ist der Ausschluß aus der Partei des Genossen Thiel aus Brix, welcher auch seinerzeit im „Vorwärts“ veröffentlicht wurde, rüdgängig gemacht worden.

Der Waisenfürsorge in Frankfurt a. M. verboten.

Wie alljährlich wachte sich auch dieses Jahr das Komitee in Frankfurt a. M. an die Polizeiverwaltung, um einen Umzug zu ver- anstalten. Der neue Polizeipräsident, Herr Ries von Schuven- schloß lehnte die Genehmigung ab: Aus seinem ablehnenden Ver- feld seien folgende Sätze angeführt:

„Da in diesem Jahre der 1. Mai auf einen Werktag fällt, die Mehrheit der Anhänger der Sozialdemokratie somit dem am 1. Mai stattfindenden sonstigen Veranstaltungen fernzubleiben genötigt ist, so ist bei der auf Sonntag, den 3. Mai, verlegten Kund- gebung mit einem Demonstrationsmassenzuge in besonders großem Umfange zu rechnen, an dem auch Frauen und Kinder teilnehmen. Schon die Aufstellung des Massenzuges in dem engen Viertel der Altstadt, das zum Teil von Ver- waltungselementen bewohnt wird, die zu Ausschreitungen neigen, ist mit unmittelbaren Gefahren für Leben und Gesundheit der Teilnehmer des Zuges sowie der übrigen Bevölkerung ver- bunden, zumal bei dieser Gelegenheit auch mit dem Zug einer großen Zahl auswärtiger und insbesondere auch solcher Elemente zu rechnen ist, denen jede Gelegenheit zu Ungehörigkeiten recht ist und die auch einem organisierten Ordnungsdienst der sozial- demokratischen Partei sich nicht fügen würden. In den engen und wirtlichen Straßen der Altstadt ist es überhaupt nicht möglich, die Massen ungefährdet zu formieren.“

In diesem Ton geht es auf über 70 Druckzeilen weiter. Im Juli ist ein Festzug zum 50jährigen Schützenfest genehmigt, an dem angeblich eine Million Menschen teilnehmen werden, und der dieselben Straßen zieht. Kommentar überflüssig.

Zum Parteitag der polnischen Genossen.

Unter obiger Überschrift erschien in Nr. 82 des „Vorwärts“ vom 7. April d. J. ein Artikel, an dem wir nicht schweigend vorüber- gehen können.

Auf das Treiben des Genossen Caspari gegen die P. P. S. können wir hier nicht eingehen, denn wir glauben nicht, daß Sie von den dazu nötigen Raum zur Verfügung stellen könnten. Ver- merken müssen wir aber, daß Caspari diese Tätigkeit erst dann begonnen hat, als er seine Stellung in der „Gazeta Robotnicza“ kündigte.

Ueber die Zweckmäßigkeit der zum Parteitag der P. P. S. ge- stellten Anträge wollen wir hier nicht streiten, denn jeder Genosse hat das Recht, Anträge zu stellen und seine Meinung zu haben. Einspruch erheben müssen wir jedoch gegen die Schundmeister, welche sich der Artikelreiber an unserer Delegation zum Internationalen Kongress in Kopenhagen erlauben.

Die galizischen Genossen bilden eine einheitliche Organisation. Wir stehen auf dem Standpunkt, daß auf den internationalen Kongress sich alle polnischen Delegierten um diese einheitliche Organisation scharen sollten.

Dieser Ansicht entsprechend haben bisher unsere Delegierten auf allen internationalen Kongressen gehandelt. Auch ein Teil der Ge- nossen von Rußisch-Polen (die P. P. S. ohne Trauerband*) hat die Notwendigkeit einer einheitlichen Delegation eingesehen. Das Internationale Bureau richtet auch stets für alle polnischen Dele- gierten eine gemeinsame Tafel mit Sitzplätzen ein. Daß die übrigen Gruppen der Genossen aus Rußisch-Polen sich diesen Gedanken nicht zu eigen machen, ist nur bedauerlich. Direkt auf Irreführung ist der Satz berechnet in welchem es heißt:

„Die Redaktion verhindert jedoch die Veröffentlichung seines (Casparis) Artikels. Caspari schrieb den Artikel vierzehn Monate vor dem Parteitag, als er noch Redakteur der „Gazeta Robotnicza“ war. Der Kollege des Genossen Caspari machte ihn darauf auf- merksam, daß der Artikel nicht angebracht sei, denn er konstruierte etwas, was gar nicht vorhanden sei.“

Caspari wandte sich an die Prehkommision, deren Vorsitzender der Beauftragte des Deutschen Parteivorstandes, Genosse Otto Döring ist. Die Kommission beschloß einmütig, daß die Veröffentlichung des Artikels zu unterbleiben habe. Es hat somit nicht die Redaktion, der „Gazeta Robotnicza“, sondern die Prehkommision die Ver- öffentlichung des Artikels verhindert, und Caspari hat den Artikel- schreiber wissenschaftlich falsch informiert.

Die P. P. S. in Deutschland verhält sich den drei in Polen begeitenden sozialistischen Gruppen gegenüber neutral. Genosse Caspari verurteilt jedoch systematisch, und vor den Wogen der einen Gruppe (P. P. S. mit Trauerband) zu spannen.

Der Konflikt mit dem Genossen Caspari hat einen persönlichen Ursprung und wird jetzt mit dem Mantel der Parteigrundsätze zu- gedeckt. Die leitenden Genossen in der P. P. S. bemühen sich, mit den deutschen Genossen in gebühlichem Einvernehmen zu leben; gelingt dies nicht immer, so ist Caspari daran schuld.

Der Vorstand der Polnischen Sozialistischen Partei.

J. A.: Josef Winiaciewicz.
Anmerkung der Redaktion: Mit dieser Erweiterung des Vorstandes der P. P. S. halten wir die Erörterung der rein internen Streitfragen der P. P. S. in den Spalten des „Vorwärts“ für erledigt.

Das Schlusswort zum Fall Ferri.

Rom, den 21. April. (Sig. Ver.) Die römische Parteisektion hat zum Fall Ferri die folgende Tagesordnung angenommen: „Nach Kenntnisnahme der Austrittserklärung des Mitgliedes Enrico Ferri gibt die römische Parteisektion der Ueberzeugung Ausdruck, daß dieser Austritt die notwendige Folge einer idealen und praktischen Unvereinbarkeit ist, die sich zwischen den Anhängern der ursprüng- lichen Auffassung des Klassenkampfes und den neuen Vertretern sozialer Harmonie und Zusammenarbeit der Klassen immer deutlicher ausprägt. Die Sektion nimmt den Austritt zur Kenntnis mit dem Wunsch, daß das von Ferri gegebene Beispiel von allen nachgeahmt werde, die in ihrer Ueberzeugung und Auffassung Enrico Ferri nahe stehen.“

Der erste Satz wurde einstimmig, der andere gegen die Stimmen der Reformisten angenommen.

Kommunalfest. In Forchheim bei Karlsruhe errangen unsere Parteigenossen in zwei Wahlgängen jeweils zwei Mandate und be- setzen damit den Gemeinderat in seiner Mehrheit. Die Fortschrittler gingen leer aus.

Städtische Weisheit in Brüssel. Der Stadgemeinderat von Brüssel hat auf Antrag der Sozialisten beschlossen, den Schülern der Kommunalhauken und den städtischen Beamten zur Feier des 1. Mai dienstfrei zu geben.

Liberals und Merkale waren gegen den Beschluß.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Vom Polizeikampf in Breslau.

Die Breslauer Polizei hat in ihrem Kampfe gegen die Arbeiter- schaft ein neues Gebiet gefunden. Sie verbot einen Volksunter- haltungsabend der bekannten Volksänger-Gesellschaft Strzelecki im Gewerkschaftshause, weil das letztere nicht als Singplatzhalle kon- zessioniert ist. Drohend sagte die Polizei dem Verbot noch hinzu, daß sie, wenn der Volksunterhaltungsabend dennoch abgehalten werden würde, diesen durch Anwendung von Gewalt verhindern will.

*) In Polen bestehen jetzt zwei P. P. S. -Parteien; um nicht verwechselt zu werden, hat die eine die Buchstaben P. P. S. Schwarz umrandet.

Marktbericht von Berlin am 22. April 1912, nach Ermittlung des k. k. Polizeipräsidenten. Markthallenpreise. (Reinhandel) 100 Kilogramm Erbsen, gelbe, zum Kochen 34,00—35,00. Sojabohnen, weiße, 39,00—40,00. Linen, 40,00—50,00. Kartoffeln (Reinhandl.) 8,00—18,00. 1 Kilogramm Bohnen, von der Sorte 1,60—2,40. Rindfleisch, Bauchfleisch 1,40—1,80. Schweinefleisch 1,40—1,90. Kalbfleisch 1,40—2,20. Hammelfleisch 1,40—2,20. Butter 2,20—3,20. 60 Stück Eier 3,00—6,00. 1 Kilogramm Karsten 1,00—2,40. Kase 1,50—3,20. Jander 1,60—3,60. Schmalz 1,40—2,80. Wachs 1,00—2,00. Schfete 1,40—3,20. Mele 0,70—1,40. 60 Stück Äpfel 4,00—9,00.

Todes-Anzeigen

Deutscher Transportarbeiter-Verband.
Bezirksverwaltung Groß-Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Arbeiter **August Krone**

am 23. April im Alter von 36 Jahren verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Freitag, den 26. April, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Reichs-Krankenhaus nach dem Johannes-Kirchhof statt.

Den Mitgliedern ferner zur Nachricht, daß unser Kollege, der Autofahrer **Franz Lehmann** am 21. April im Alter von 49 Jahren verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute Mittwoch, den 24. April, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Steglitzer Friedhofes, Steglitz, Bergstraße, aus statt.

Nachruf.
Den Mitgliedern ferner zur Nachricht, daß unser Kollege, der Drecksackführer **Wilhelm Schröder** am 15. April im Alter von 68 Jahren verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Bezirksverwaltung:

Verband der freien Gast- und Schankwirte Deutschlands.
Zahlstelle Schöneberg.
Am Sonntag, den 21. April, starb unser Kollege, der Gastwirt **Franz Lehmann** Steglitz, Feldstr. 5.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute, Mittwoch, den 24. April, nachmittags 3 1/2 Uhr, auf dem Friedhofe in Steglitz, Bergstraße, statt.
Um rege Beteiligung ersucht
72/18 Der Vorstand.

Verband der Maler, Lackierer, Anstreicher usw.
Zentrale Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege **Wilhelm Schadewald** am 21. April verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet Mittwoch, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Halle des Thomas-Kirchhofes in der Hermannstraße aus statt.
128/19 Die Ortsverwaltung.

Dankagung.
Für die liebevolle Teilnahme bei der Beerdigung meiner lieben Frau sage ich allen Freunden und Bekannten meinen herzlichsten Dank.
Gris Kain und Sohn.

Todesanzeige.
Allen Freunden und Bekannten zur Nachricht, daß meine liebe Frau, gute Mutter und Tochter **Auguste Linke** geb. Spätko im Alter von 32 Jahren verstorben ist.
Um stille Teilnahme bitten
Heinrich Linke, Tochter und Eltern.
Die Beerdigung findet morgen Donnerstag, den 25. April, nachmittags 2 1/2 Uhr, auf dem hiesigen Friedhof, Mariendorfer Weg, statt.

Zentralverband der Handlungsgehilfen u. Gehilfinnen Deutschl.
Bezirk Weißensee.
Nachruf.
Nach schwerem Leiden verstarb am Sonnabend, den 20. April unser Kollege **Gustav Kannenberg** im Alter von 19 Jahren.
Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Nachruf.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Formner **Paul Streit** am 13. April gestorben ist.
Ferner starb unser Mitglied, der Beschleuniger **Joh. Piskureck** am 18. April an Lungenerkrankung.
Ehre ihrem Andenken!
Die Ortsverwaltung.

Nachruf.
Nach langem, schwerem Leiden verstarb unsere treue und brave Mitarbeiterin, die Botenfrau **Emma Praise** Pflanzstraße 23.
Ehre ihrem Andenken.
Die „Vorwärts“-Spedition
Am Petersburger Platz 4.
Rich. Haderbusch.

Westmanns Trauermagazin
Extra-Abteilung
I. Gesch.: Berlin W., Mohrenstraße 37a (2. Haus von der Jerusalemstraße).
II. Gesch.: Berlin NO., Große Frankfurt-Str. 115 (2. Haus von der Andreasstraße).
Sehr gr. Ausw. fert. Kleider, Hüte, Handschuhe, Schleier etc. v. einfachsten bis zum hocheleganten Genre zu äußerst niedrigen Preisen.
Sonder-Abteilung: **Massenfertigung** in 10 bis 12 Stunden.

Arbeiter!

Donnerstag, den 25. April 1912, abends 8 1/2 Uhr:

Protest-Versammlungen

in folgenden Lokalen:

- „Korona-Prachtfälle“, Kommandantenstraße 72.
- „Märkischer Hof“, Admiralstraße 18 c.
- „Arminhallen“, Kommandantenstraße 58/59.
- „Goekers Festsäle“, Weberstraße 17.
- „Gorgmanns Festsäle“, Andreasstraße 21.
- „Elysium“, Landsberger Allee 40.
- „Comeniusäle“, Memeler Straße 67.
- „Urania“, Wrangelstraße 10/11.
- „Sophiensäle“, Sophienstraße 17/18.

- „Artushof“, Perleberger Straße 26.
- „Arminushallen“, Bremer Straße 70/71.
- „Berliner Hoch-Bräuerei“ (Abt. II), Chausseestr. 64.
- „Pharus-Säle“, Müllerstraße 142.
- „Jof. Frankes Festsäle“, Gadtstraße 19.
- „Hornstia-Festsäle“, Akerstraße 6/7.
- „Swinemünder Gesellschaftshaus“, Swinemünderstr. 42.
- „Bräuerei Königstadt“, Schönhauser Allee 10.

Tagesordnung:

1. Neue Millionen für den Militarismus. 2. Diskussion.

Referenten: Die Genossen Büchner, Borchardt, Däumig, Dittmann, Eichhorn, Ad. Hoffmann, Girsch, Kunert, Ledebour, Dr. Liebknecht, Dr. Lensch, Leinert, Schöpflin, Rob. Schmidt, Strübel, Vogtherr, Dr. Weill.

Wahlkreis Teltow-Beeskow-Storkow-Charlottenburg.

- Adlershof: Heger, Bismarckstr. 10.
- Charlottenburg: „Volkshaus“, Rosinenstr. 3.
- Cöpenick: Stadt-Theater.
- Friedenau-Steglitz: „Kaiser-Wilhelm-Garten“, Rheinstr. 65.
- Königs-Wusterhausen: „Altes Schützenhaus“, Inh.: Ww. Wedhorn.
- Nowawes: Singers „Volksgarten“, Priesterstr. 31.

- Neukölln: „Hoppes Festsäle“ (Inhaber Garsch), Hermannstr. 49.
- Schöneberg: „Neue Kathausäle“, Meiningen Str. 8.
- Tempelhof: „Wilhelsgarten“, Berliner Straße 9.
- Treptow-Saumschulenweg: „Sport-Restaurant“, Elsenstr. 115/116.
- Wilmerdorf: „Gesellschaftshaus“, Wilhelmsane 112.

Referenten: Die Genossen Eduard Bernstein, Brandes, Siebel, Grenz, Gasenzahl, Käppler, Peirotes, Dr. Quark, Taubadel, Weiss, Zubeil.

Wahlkreis Niederbarnim.

- Bernau: Franz Salymann, Hasdorferstraße.
- Borsigwalde: „Borsigwalder Festsäle“, Konradstr. 42.
- Fry-Budholz: „Parkrestaurant Kossak“, Hauptstr. 71
- Friedrichsfelde - Neu-Lichtenberg: Bürger, Prinzen-Allee 30.
- Friedrichshagen: Lerche, Friedrichstraße 112.
- Lichtenberg: Arnhold, Frankfurter-Chaussee 5.
- Ober-Schöneweide: „Wilhelminenhof“.

- Oranienburg: „Waldhaus Sandhausen“, Schützenstr.
- Reinickendorf-Ost: „Schützenhaus“, Residenzstr. 1/2.
- Reinickendorf-West: „Hartmanns Bräuerei“, Scharnweberstraße 101/104.
- Rummelsburg: „Café Bellevue“, Hauptstr. 2, im Garten.
- Stralau: „Caverne“, Alt-Stralau 24/25.
- Weißensee: „Schloß Weißensee“.
- Wilhelmsruh: Deutschmann, Hauptstraße 1.

Referenten: Die Genossen Bender, Deichmann, Feldmann, Grunwald, Haberland, Jaedel, Krähig, Reil, Pinau, Peus, Schmidt-Weiß, Silberschmidt, Spiegel, Thöne.

Männer und Frauen! Erscheint in Massen.

204/10*

Für die Einberufer. Eugen Ernst, Berlin, Tiefenstr. 16.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Charlottenburg.
Gute Mittwoch, abends 8 1/2 Uhr, im Volkshaus, Rosinenstr. 3:
General-Versammlung
Tagesordnung:
1. Kassenbericht. 2. Stellungnahme zur Ralfeler. 3. Verbandsangelegenheiten.
Zahlreiches und pünktliches Erscheinen erwartet
Die Ortsverwaltung.

Verband der Brauerei- und Mühlenarbeiter und verwandter Berufsgenossen.

Zahlstelle Berlin.
C. 54: Rulandstr. 10, I. Fernsprecher: Amt Norden, Nr. 4518.
Sonntag, den 28. April 1912, nachmittags 2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15, großer Saal:
Generalversammlung.
Tagesordnung:
1. Geschäfts- und Kassenbericht vom I. Quartal 1912. 2. Diskussion. Da über ganz wichtige Verbandsangelegenheiten Beschluß gefaßt werden muß, ist das Erscheinen aller Mitglieder notwendig.
Buch oder Karte legitimiert! Ohne diese kein Zutritt!
Die Ortsverwaltung.

Ohne jede Anzahlung
verkaufte ich **Pianos Flügel Harmoniums**
sowie kleine monatliche Teilzahlung ohne jeden Preisaufschlag.
Für jedes Instrument gewähre ich 20-jährige schriftliche Garantie.
Conrad Krause Nachf. Berlin, Ansbacher Strasse 1, Ecke Kurfürstendamm Tel. Ch 10410
Auch Sonntags geöffnet.

Orts-Krankenkasse für das Töpfergewerbe zu Berlin.
Die ordentliche **General-Versammlung** wird anberaumt auf **Freitag, den 3. Mai 1912, abends 8 Uhr, im Königstadt-Kasino, Holmarktstr. 72.**
Tagesordnung:
1. Vorlegung des Verwaltungsberichts und Rechnungsabschlusses 1911
2. Bericht der Prüfungskommission und Beschlußfassung über die Annahme der Jahresrechnung.
3. Statutenänderung, § 13 (betr. Erhöhung des Krankengeldes).
4. Aussprache über die Zentralisationsbestrebungen der Berliner Ortskrankenkassen.
5. Verschiedenes. 275/1
Als Legitimation ist die schriftliche Einladung mitzubringen.
Der Vorstand:
W. Warfmann, A. Gensch,
1. Vorsitzender. 1. Schriftführer.

Steypeden
besonders breiweert. Größte Auswahl. **Strohmandel, Wallstr. 72.**
Frack-Verleih-Institut. Frack, Gehrock, Smoking-Anzüge für jede Größe passend, in großer Auswahl vorrätig. **S. Berg Nachf. Borchardt, Friedrichstr. 115 1, a. Driemenburg-Tor Tel. Nord 7492.**

Auf Teilzahlung!
Ohne Anzahlung! Kein Kassierer. **Teppiche, Gardinen, Stores, Portieren, Stepp-, Plüsch- und Divandeen.** **Matzner, Gufelandstraße 41, Silbergeschäft. Karten od. Besuch erbet.**

Viele schlaflose Nächte sind ein Opfer, das Tausende von Müttern ihren Säuglingen bringen. Die meiste Schuld an der Unruhe der Kinder trägt eine unrichtige Ernährung, ein Ueberfüllen der kindlichen Verdauungsorgane mit Stoffen, die nicht genügend leicht verdaulich sind. „Kufete“ als Nahrungsmittel bietet hier eine ideale Hilfe, denn es ist nicht nur leicht verdaulich und wohlschmeckend, sondern es wirkt verdauungsregelmäßig und bringt infolge seiner wertvollen Bestandteile die Kinder zu besserer, gedeihlicher Entwicklung.

WESTMANN'S
Konfektionshaus
Mohrenstr. 37. Gr. Frankfurterstr. 115.
Für diese Woche
Preisermässigung bis zu 33 1/3 Prozent
1000 Kostüme } kein Massengenre, nur
500 seidene Mäntel } schicke gewählte Flecken
Besichtigung ohne Kaufzwang
erbeten!
Preislagen 15.-, 18.-, 22.-, 25.-, 30.-, 36.-, 45.- bis 150.-



Das Programm und die Taktik der norwegischen Arbeiterpartei.

Zu den wichtigsten Fragen, mit denen sich der Parteitag der norwegischen Arbeiterpartei zu befassen hatte, gehörte das Land- wirtschaftsprogramm, wie im allgemeinen auch das Programm und die Taktik der Partei bei den im Herbst stattfindenden Stichtingswahlen. Der Entwurf zum Landwirtschaftsprogramm war von einer besonderen Kommission ausgearbeitet worden, deren Vorsitzender Genosse Hornstrud, der selbst Landwirt ist, auf dem Parteitag das Referat über diese Frage hielt. Es folgte darauf eine sehr ausgedehnte Debatte, in der von einigen Rednern ausgeführt wurde, daß der Entwurf in einigen Punkten nicht mit den sozialistischen Prinzipien in Einklang stehe, namentlich deswegen nicht, weil darin der private Kleinbetrieb in der Landwirtschaft begünstigt werde. Demgegenüber wurde von anderen Rednern bemerkt, daß das norwegische Land mit seinen vielen Bergen und Tälern, mit den zerklüfteten Küstenstrichen, sich wenig für den landwirtschaftlichen Großbetrieb eigne. Hornstrud meinte in seiner Erwiderung auf die Einwendungen, daß tatsächlich in jedem Punkt des Entwurfs ein Stück Sozialismus stecke. Die Diskussion führte dazu, daß das vorgeschlagene Programm in einzelnen Punkten, die jedoch mehr von praktischer, als von prinzipieller Bedeutung sind, abgeändert wurde und so die Zustimmung des Parteitages fand. Es beginnt mit den Worten:

„Die Erde mit ihren unerschöpflichen Reichtümern soll unter bestimmten Garantien dem arbeitenden Volke sichergestellt werden, so daß es das Eigentumrecht an dem Ertrag seiner Arbeit erlangt.“

Unter den Forderungen zur Erreichung dieses Ziels steht dann an erster Stelle die eines Gesetzes über Erbpacht öffentlichen Landeigentums, dann die, daß kein Verkauf öffentlichen Eigentums an Private stattfinden soll, und ferner, daß Staat und Kommunen in so großem Umfange wie möglich die Naturreichtümer des Landes ankaufen sollen. Im übrigen sind die am nächsten liegenden Forderungen auf diesem Gebiete in das allgemeine Wahlprogramm der Partei aufgenommen. Es sind in der Hauptsache die folgenden: Zinsfreie Darlehen an Unbemittelte zur Bodenverbesserung in der kleineren Landwirtschaft. Die Landkommunen sollen sich Land erwerben, das jederzeit in kommunalem Betrieb oder als Arbeiterlandwirtschaft verwendet werden kann. Vorkredit für die Kommunen bei Darlehen aus öffentlichen Mitteln zum Ankauf von Land, Wald und anderen Naturreichtümern. Erweiterung der Wirksamkeit der Arbeiterlandwirtschafts- und Wohnungsbau, so daß sie auch Darlehen zur Abführung von Schulden landwirtschaftlicher Kleinbetriebe gewährt. Ein Recht für die Kommunen zur Besteuerung privater Jagd- und Fischereirechte, in der Weise, daß der Kommune die betreffenden Rechte zufallen, wenn die Steuern nicht bezahlt werden. Der Steuerertrag soll zur Förderung der Jagd und Fischerei und zur Erwerbung solcher Rechte verwendet werden. Ein Recht, für Staat und Kommunen Landeigentum zu erwerben und andere Naturreichtümer, wie Wald, Wasserfälle, Gruben und Fischgründe, und zwar auf dem Wege der Zwangsenteignung. Dieses Recht der Kommunen soll in erster Linie angewandt werden gegenüber Besitzern, die außerhalb wohnenden Leuten und Gesellschaften gehören, sowie gegenüber solchen, die längere Zeit hindurch so schlecht bewirtschaftet wurden, daß die Allgemeinheit keinen Nutzen davon hat. — Es folgt dann eine Forderung, die mit den übrigen zusammenhängt, aber über die Landwirtschaft hinausgreift. Sie besagt, daß der Staat die kooperativen Unternehmungen sowie die kommunalen Handels- und Handwerksbetriebe unterstützen und durch Gesetz fördern soll und ferner, daß der Staat und die Kommunen den Dampfschiffverkehr übernehmen sollen, um einen planmäßigen Betrieb der großen Küstenlinien und eine bessere Ordnung der wichtigen Seilstraßen herbeizuführen. Daraus schließen sich die Forderungen zur Befämpfung des Alkohols und einer Gesetzgebung, die zum Staatsverbot der Alkoholgetränke führen soll.

An der Spitze des Wahlprogramms stehen jene nächstliegenden Forderungen, die im allgemeinen dem entsprechen, was von den sozialdemokratischen Parteien anderer Länder ebenfalls gefordert wird: Allgemeines politisches und kommunales Stimmrecht für Frauen und Männer vom 21. Lebensjahre ab, Volksabstimmungen in wichtigen Fragen der Gesetzgebung; Entwidlung der Volksschule zu einer Einheitschule, freier Fortbildungsschul-, Fach- und Mittelschulunterricht, Erweiterung des Schulunterrichts sowie Verbesserung, namentlich auch der Landschulen, so daß sie auf eine Höhe mit den Stadtschulen kommen; direkte Wahl der Schulpflicht durch die Gemeindevorstände; ein besonderes Regierungsdepartement für das Schulwesen; Ertrag der Einkommen durch Einnahme-, Vermögen- und Erbschaftsteuer mit gradweise steigender Höhe; wirksame Hilfsmittel gegen die Arbeitslosigkeit; gesetzlicher achtstündiger Arbeitstag und Schutz des Vereinigungsrechtes; allgemeine Volkspension; Übernahme der Krankenpflege auf die Bekleinerung. Bei Abänderung des Krankenversicherungsgesetzes soll es den Kommunen leichter gemacht werden, Ärzte und Hebammen zu festem Lohn anzustellen und den Kranken freies Heilverfahren und freie Krankenhospitalkosten zu gewähren. Dann folgt der Punkt: Abschaffung des Militarismus und Errichtung internationaler Neutralitäts- und Schiedsgerichtsverträge. Hieran schließen sich die oben bereits wiedergegebenen Forderungen aus dem Landwirtschaftsprogramm.

Für die Taktik bei den bevorstehenden Stichtingswahlen sollen dieselben Grundsätze maßgebend sein, wie sie auf dem Parteitag von 1909 beschlossen wurden. Kandidaten — und als solche werden nur Genossen anerkannt, die durchaus auf dem Standpunkt des prinzipiellen Programms der Partei stehen — stellt die Partei in allen Wahlkreisen auf, wo sie Abteilungen hat. Wahlkandidaten mit anderen Parteien, oder mit Leuten, die außerhalb der Arbeiterpartei stehen, sind ausgeschlossen und dürfen weder direkt noch durch hilfsweise abgegebene Unterschriften abgelehnt werden, auch nicht bei den Stichtingswahlen.

4. Verbandstag des Deutschen Kürschnerverbandes.

Leipzig, 22. April.

Der Verbandstag, der heute vormittag mit den üblichen Begrüßungsreden im „Volkshaus“ eröffnet wurde, ist von 27 Delegierten und 2 Vorstandsmitgliedern besucht. Den Ausschluß vertritt Neumann-Leipzig, die Redaktion Regge-Berlin, die Revisionskommission Neuf-Hamburg und die Generalkommission Kube-Berlin. Die Österreichische Bruderorganisation hat den Kollegen Rosner-Wien delegiert. Das Bureau der Tagung wird von den Kollegen Leisler-Hamburg und Krassich-Lindenuau als Vorsitzende und Frihe-Berlin und Lehmann-München als Schriftführer gebildet. Bei Festsetzung der Geschäftsordnung entspannen sich längere Erörterungen über die Frage, ob die Vertreter der Verbandsinstanzen (Vorstand und Ausschluß) auch Stimmrecht auf dem Verbandstag haben. Ein bejahender Beschluß des Vorstandes stieß auf Widerstand, doch wird mit überwiegender Mehrheit demgemäß beschlossen. Der vorgeschlagenen Tagesordnung werden noch die Punkte: „Arbeitszeitverkürzung und Saisonarbeit“ und „Unsere Stellungnahme bei künftigen Lohnbewegungen“ angefügt.

Dann erhaltete Verbandsvorsitzender Leisler-Hamburg den

Geschäftsbericht.

Er bezog auf den gedruckten Bericht, von dem wir bereits einen Auszug brachten, und gab hierzu Ergänzungen. Leisler hob hervor, daß es gelungen sei, eine ganze Reihe Filialen im Auslande zu gründen, bei denen allerdings die Sprachbarrieren- heiten manche Schwierigkeiten bildeten. Der Vorstand sei auch mit Erfolg bestrebt gewesen, naheliegende Filialen — wie Lindenau und Leipzig — zu vereinen. Die Organisation der Hilfsarbeiter habe in einigen Zirkeln gute Fortschritte gemacht, in anderen Filialen liege es aber hier noch im Argen. Viele Hilfsarbeiter sind im Fabrikarbeiterverband organisiert, da muß Klarheit geschaffen, eben durch Kartellverträge die vorliegenden Mißstände beseitigt werden. Bei Aufnahme von Statistiken durch den Vorstand hat es an der richtigen Mitwirkung der Kollegen gefehlt. — Für die Streit- und Lohnbewegungen waren die Jahre 1909 und 1910 besonders günstig. Bei zwei Bewegungen in Leipzig und Berlin konnte der Vorstand seine Zustimmung nicht geben. Leisler besprach dann ausführlich die Vorgänge in Röttha, die zu der großen Ausperrung in der Juristereibranche führte. Von der Filiale Röttha wurden drei Mitglieder aus dem Verband ausgeschlossen, weil sie als Mitglieder eines Schützenvereins in einer Versammlung dieses Vereins dafür gestimmt hätten, daß ihre Vereinstätigkeiten nicht mehr im Lokale der Partei und Gewerkschaften abgehalten werden. Einer von diesen Ausgeschlossenen erklärte, dieser betreffenden Sitzung des Schützenvereins nicht beigewohnt und ein anderer betonte, nicht in der beschuldigten Weise abgestimmt zu haben. Der Ausschluß wurde aber von der Filiale Röttha trotz Widerspruch des Vorstandes aufrecht erhalten, und der Ausschluß des Verbandes stellte sich auf die Seite der Rötthener. Durch Tarifvertrag ist in Röttha gegenseitiger Organisationszwang festgelegt. Die Ausgeschlossenen konnten also nicht mehr weiter beschäftigt werden. Nun griff der Unternehmerverband ein, der sich auf Seiten der Ausgeschlossenen stellte und mit Ausperrung drohte — die dann auch später vollzogen wurde —, falls der Ausschluß der drei Kollegen nicht aufgehoben werde. Der Verbands- vorstand wies das Eingreifen der Unternehmerorganisation in interne Verbandsangelegenheiten energisch zurück und bezeichnete die Ausperrung als Tarifbruch. Der Vorstand ist aber der Ansicht, daß der Ausschluß unbedeutend war. Die Zugehörigkeit zu einem bürgerlichen Verein — so betonte Leisler — kann kein Grund zum Ausschluß aus dem Verbande sein, denn sonst dürften wir auch keine Kollegen aufnehmen, die Mitglieder der bürgerlichen Turn-, Gesangs-, Schwimmvereine usw. sind. Andererseits war dieser Ausschluß für die Unternehmer kein berechtigter Grund zum Einschreiten und zur Ausperrung, darum hat der Vorstand der Filiale Röttha auch seine Unterstützung nicht verweigert. — Am Schlusse seiner Ausführungen erklärte der Redner, der Vorstand habe sich bei seinen Entscheidungen nur von dem Gedanken leiten lassen, ob sie im Interesse der Gesamtorganisation liegen. Wenn auch seine Beschlüsse nicht immer die Zustimmung der Mitglieder gefunden hätten, so wäre sich der Vorstand doch bewußt, in der Geschäftsperiode seine Pflicht und Schuldigkeit getan zu haben.

Den

Kassenbericht

gab Wagnitz-Hamburg. Die Ausperrung in der Juristerei- branche hat die Kasse sehr stark in Mitleidenschaft gezogen; ver- schlang sie doch fast 170 000 M. Damit ist auch zu erklären, daß das Verbandsvermögen sich in der Berichtzeit nur um einige hundert Mark vermehrt hat. Es betrug Ende 1911 53 508,24 M. Die sonstigen wichtigen Zahlen aus dem Kassenbericht haben wir bereits gebracht. Der Kassierer klagte über Unregelmäßigkeiten bei der Abrechnung usw. in einigen Filialen. Er schlägt die Reuein- führung von Formularen für die Kassenführung vor, die er ein- gehend erläutert.

Für die Revisionskommission berichtete Neuf-Hamburg, daß bei den Revisionen alles in bester Ordnung gefunden worden wäre. Neumann-Leipzig berichtete für den Ausschluß, der in manchen Angelegenheiten eine andere Ansicht wie der Vorstand ver- trat. Die Leisler ging auch Neumann ausführlich auf die mißliche Rötthener Sache ein. Die Bürgerlichen in Röttha seien bestrebt gewesen, den dortigen Gewerkschaften das mühsam erungene Ver- sammlungslokal wieder abzutreiben, und dies Bestreben habe die Schützengesellschaft durch ihren Beschluß unterstützt. Der Ausschluß sei der Ansicht, daß die drei Ausgeschlossenen sich in dem ihnen zur Last gelegten Sinne betätigt haben. Darin erblickt er einen wesent- lichen Verstoß gegen die Organisation und die Vorbedingung für den Ausschluß gegeben.

In der Debatte über diese Berichte nahmen erklärterweise die Vorgänge in Röttha den breitesten Raum ein. Ein Rötthener Kollege und der Bezirksleiter des Landes verteidigte die Haltung der dortigen Mitglieder. Nicht wegen ihrer Abstimmung, sondern wegen ihrer Mitgliedschaft in dem Schützenverein seien die drei Kollegen ausgeschlossen worden. Dieser Verein wäre systematisch getrieben worden, dem Verbands-Veranstaltungsort abzu- treiben. Dadurch hätten sich diese Kollegen einer großen Schädigung der Verbandsinteressen schuldig gemacht. Darum seien diese drei Mitglieder mit Recht ausgeschlossen. Dittmann-Berlin erklärte, das Vorgehen der Rötthener nicht billigen zu können. Der Beginn der Ausperrung sei in die schlechteste Zeit in der Juristerei- branche gefallen, da hätte man vorsichtiger sein müssen; ein großer Kampf sei vorausgesehen gewesen.

Die Debatte wurde heute nicht mehr beendet; sie wird morgen fortgesetzt.

Bundestag des Arbeiter-Samariterbundes.

Der Arbeiter-Samariterbund hat im Gewerkschaftshaus zu Hamburg einen Bundestag abgehalten. Vertreten waren 48 Kolonnen mit 3107 Mitgliedern durch 98 Delegierte und Vorstands- vertreter, darunter sechs Ärzte. Das Bundesorgan „Der Arbeiter-Samariter“ hat seine Aufgabe in der zweijährigen Berichtsperiode von 2000 auf 4000 gesteigert. Von den einzelnen Kolonnen sind nur in der ersten Hilfsleistung veranfaßt worden, in denen im letzten Jahre 2706 Personen ausgebildet wurden. Allein im Jahre 1911 konnte denn auch in 12 887 Unfällen die erste Hilfe durch Mitglieder des Bundes geleistet werden. Zwar sind dies in der Mehrzahl nur leichte Fälle, doch waren auch schwere darunter, wie Schlaganfälle, Vergiftungen, Knochen- und Schädelbrüche. Besonders bei großen Arbeiterfesten traten die Kolonnen häufig in Tätigkeit. An einzelnen Orten ist die Stellung der Samariter- wachen bei Festen und großen Versammlungen mit dem Gewerkschaftslokal respektive den Parteivorständen generell vereinbart. Das soll auch an anderen Orten erstrebt werden. Die Einnahmen des Bundes betragen im Jahre 1911 8500,41 M. und die Ausgaben 7798,87 M.

Die Verhandlungen gestalteten sich besonders interessant durch eine Reihe fachwissenschaftlicher Vorträge, die die Beratungen über die Bundesangelegenheiten in interessantem Wechsel unter- brochen. Dr. Hirschfeld-Hamburg sprach über die Bakterio- logie mit besonderer Berücksichtigung der aseptischen Wundbehand- lung und Dr. Stromholz-Rürnberg über das Seelenleben Ver- leiteter. Dr. Stein und Dr. Kochmann sprachen über Knochenbrüche und Knochenverwundungen und erklärten die Funktionen der Königsapparate. Dacan knüpfte sich eine Besichtigung der Heil- anstalt Edmundstal bei Gesehacht. Sie ist eine Gründung des Herrn Edmund Siemers, der im Laufe der Jahre circa ander- halb Millionen Mark für das Unternehmen stiftete. Jetzt wird wieder eine große Erweiterung der Anlage vorgenommen. Wenn diese vollendet ist, können in der Anstalt 100 Männer, 130 Frauen, 20 junge Mädchen und 80 Kinder untergebracht werden. Die An-

stalt dient zur Aufnahme milderemittelter Lungenkranke, die dort die sogenannte Liegekur durchmachen. Die ganze Anstalt ist aus den Stiftungsmitteln errichtet worden und wird vom Ham- burger Staat erhalten. Dieses hat auch das große Areal von etwa 500 Morgen kostenlos zur Verfügung gestellt. Der leitende Arzt Dr. Ritter führte die Delegierten durch die gesamte Anlage und gab ihnen recht instruktive Erläuterungen des Heilverfahrens usw. Im Anschluß an die Besichtigung wurden in Gesehacht die Ver- handlungen weitergeführt. Genosse Krauer-Hamburg hielt einen Vortrag über die Agitation im Bunde, zu dem folgende Resolution angenommen wurde:

„Der Kongreß des Arbeiter-Samariterbundes spricht seine lebhafteste Freude darüber aus, daß das Arbeiter-Samariterwesen seit dem dreijährigen Bestehen des Bundes so gute Fortschritte gemacht und fast überall ohne Ausnahme die Sympathie und An- erkennung der Arbeiterorganisationen gefunden hat. Bedauer- licherweise aber rekrutiert sich die Zunahme des Bundes fast ausschließlich aus neugegründeten Kolonnen und neuangebil- deten Mitgliedern. Trotzdem unsere Kolonnen alle unter arg- licher Leitung stehen und durchweg gut ausgerüstet sind, finden wir in den Sanitätskolonnen vom „Roten Kreuz“, den „Ge- nossenschaften freiwilliger Krankenpflege“ und anderen noch über 50 Proz. Mitglieder, die ihrem Stande, ihrer politischen und gewerkschaftlichen Ueberzeugung nach eigentlich bei uns sein müßten. Dieser Zustand ist verwerflich. Wir sind der Ansicht, daß es mit dem wahren und eifrigen Ueberzeugung eines auf- geklärt sein wollenden Arbeiters unvereinbar ist, Mitglied der- artiger Organisationen zu sein. Dies um so mehr, als sich Ar- beitervereine, die die Militärspielerei und die Erziehung zum Surripatriotismus zur höchsten Aufgabe gemacht und die Ar- beiter in ihren politischen Bestrebungen direkt bekämpfen, un- bedingt fernhalten sollten. Diesen Uebelstand können wir nicht allein beseitigen. Dazu bedürfen wir der energischen und tat- kräftigen Unterstützung der politischen, gewerkschaftlichen und sportgesundheitslichen Organisationen. Jede einzelne Organi- sation sollte Gewicht darauf legen, daß ihre Mitglieder auf anderem Gebiete nicht arbeiterfeindlichen Organisationen angehören. Der Arbeiter ist und freier Arbeiter sein will, oder wer mit diesen sympathisiert, der darf seine Einstellung auf seinem Ge- biete verleugnen. Um die einheitlichen Bestrebungen auf Bildung und Befreiung der arbeitenden Massen zu verwicklichen, erachten wir es als notwendig, daß die politischen und gewerkschaftlichen Organisationen sich mehr als bisher uns widmen und uns ihre Presse unbeschränkt zur Verfügung stellen. Andererseits aber er- scheint es uns auch als dringend notwendig, daß sich alle Neben- arbeiterorganisationen — Turner, Radfahrer, Schwimmer, Sänger usw. — zu einer einzigen Organisation, mindestens aber zu einem Kartell, zusammenschließen.“

Am letzten Tage wurden eine Reihe innerer Bundesangelegen- heiten besprochen. Dabei wurde beschlossen, von Dr. Archibücher- Dresden ein neues Lehrbuch verfassen zu lassen. Im Reichstag ist eine Vorlage eingebracht worden, nach der Personen, die bei frei- williger Rettung von Menschen verunglückt, entschädigt werden sollen. Der Bundesvorstand wurde beauftragt, den Abgeordneten Material zu überweisen, damit auch die Samariter bei diesem Gesetz berücksichtigt werden. Zum Vorsitzenden und Redakteur des Bundesorgans wurde Genosse Stein-Berlin, zum Kassierer Frankenstein-Berlin, zum Obmann der Revisionskommission Hell- muth-Berlin und zum Obmann des Ausschusses Richter-Dresden wiedergewählt.

Mit der Tagung war eine Ausstellung verbunden, die den Be- suchern die mannigfaltigen Ausrüstungsgegenstände der Arbeiter- Samariterkolonnen zeigte. Die Hamburger Kolonne hatte ihre gesamte Ausrüstung in der Wandelhalle untergebracht. Die Trag- becken, Stelette, Gürtel mit allem Zubehör, Tabellen und vor- allem das große Bett für die Arbeit im Freien erregten das leb- hafteste Interesse aller Besucher.

Für die ausgeperrten Porzellanarbeiter Deutschlands

gingen bei der Gewerkschaftskommission für Berlin und Umgegend ferner ein:

- Verlosse der Karosseriefabrik Gebr. Klenke, Pantow 80,—, 2689
Präsident u. Co. 8,25, 146 Ungetheilte des Holzarbeiterverbandes, Dresden-
brückstraße Berlin 25,—, 2729 Buchdruckeri Kolonial u. Co. 7,10, Franz-
Auerbach Korrosionbau Schöneberg 21,70, 153 Richter Gebr. Weibner
16,—, 2553 Konsumbanda Lichtenberg 42,75, 251 Berlinische Verlags-
anstalt 2,—, Berliner Lebermittel Berlin 12,—, 280 Druckeri Simon 6,00,
2741 „Deutsche Presse“ 7,35, „Blau-Grüner“ 9,00, 144, Begleit,
3, Kreis 5,—, Hugo 3,—, „R. A.“ 82,30, 327 Verband der
Porzellanarbeiter 9,30, 329 5,10, 330 12,30, 331 9,25, 335 11,—,
339 11,—, Märztransporthilfe der Firma D. Nahmann 31,50,
Verband der Radfahrer und Fahrer, Juchstetter Berlin 150,—, 1288
Hilferei A. Friedrich 18,85, 252 Buchdruckeri 2. Schumann 9,00, Buch-
druckeri Woffe 70,20, 151 Modelldruckeri Bergmann 30,—, Märztrans-
porthilfe der Deutschen Telefon-Werke 59,50, 279 Buchdruckeri Bornhila
10,65, 2719 Stereotypie Wilmshaus 8,50, 2721 Wilmshaus Stereotypie u. Galvano-
plastik 17,30, 305 Buchdruckeri Wilmshaus 12,75, Bogensamendruckerei
Weinert 10,95, 148 Hühnerlei Wilmshaus 15,30, 303 Buchdruckeri
R. F. Jante 9,10, 254 Buchdruckeri J. Wilmshaus 16,90, 2748 Buchdruckeri
Krohn u. Strauch 8,00, 2733 Buchdruckeri W. Wilmshaus 10,10, 307 Buch-
druckeri H. Wilmshaus 10,05, 309 Buchdruckeri Wilmshaus 22,20, Scher-
u. Drucker bei Seydel u. Co. 25,—, 2739 Buchdruckeri W. Wilmshaus 30,25,
298—299 Buchdruckeri Wilmshaus 2. Rate 56,35, 2736 Buchdruckeri Alfred
Linger 15,—, Schneider 1,50, 2723 Rotationsmaschinenmeister der „Wogen-
druck“ 25,—, Kucherei Linger u. Schmidt 6,25, 290 Druckeri Wilmshaus 11,45,
2740 Verbandsmitglied bei Georg Wilmshaus u. Co. 11,50, Verbands-
mitglieder bei W. Wilmshaus 30,—, 283 Druckeri A. W. Schade 11,25,
291/2 Lindendruckeri 21,45, Automatenwerkstatt Dapag, Gubag, Staaken
31,70, Abt. 7 des Arbeiter-Radfahrerbundes 10,—, Bierkaffe med. Wer-
statt 3,—, Wögle 5,—, Verband der Töpfer, Filiale Berlin 1000,—, Elektro-
monteur des R. D. B. 5,40, Verband der Glasbläser 91,50, 2044 Wilm-
shaus der Konsumgenossenschaft 4,60, Märztransporthilfe der Wilmshaus-
fabrik Kappeler 11,25, Märztransporthilfe der Firma Schuchardt 53,25,
2554 Konsumbanda Lichtenberg 11,25, 308 Buchdruckeri Gultus Deher 4,50,
596 Bierhof 8,90, 152 Stellmacher bei Franke 12,—, 2750 Langenscheidt,
Schöneberg 17,55, 2731/2 Buchdruckeri, Gensel u. Co., 2. Rate 37,25, 2764
Stuttgarter Union 19,45, 2730 Druckeri Gebr. Union 12,65, 2757 Buchdr-
ckeri, Gebr. Wilmshaus 3,90, Scherl: Gartenlaube 6,25, Woche 4,50, Grotzschald 12,—,
Tag 4,10, Wilmshaus 12,15, Sport im Bild u. Bildlokal 3,20, Zeitung u.
Bildmenschen bei Wilmshaus u. Co. 45,40, 150 Wilmshaus Wilmshaus 8,80,
210 Druckeri Wilmshaus 3,45, 2760 Berliner Galvanoplastische Anstalt
11,—, Sechserklasse d. Buchdr. Abt. 1. Buchdrucker u. Zeitdrucker 10,—,
154 Galvanoplastische Anstalt bei Bornbrunn, Dautz u. Co. 5,—, 300
„Deutsche Presse“ 5,25, 2759 „Kreuz-Zeitung“ 10,15, 2289 0,80, 2762
Buchdruckeri Wilmshaus, 2. Rate 12,30, 2758 Wilmshaus Stereotypie 20,—,
2761 Zeitung-Stereotypie 8,50, 2768 Buchdruckeri Wilmshaus 12,15,
1059 „Drachlose Telegraphie“, Abt. Jäger 30,50, 1 Werkstat Schöber 7,35,
306 1,90, Wilmshaus Wilmshaus 3,—, Deutscher-Verlag, Abt. Grimpe 20,65,
1833/4 Werkzeugefabrik Halle u. Wrede 77,45, 295—298 Müller
u. Sohn 26,15, 149 Stellmacher u. Wilmshaus 19,40, Berd. d. Buchdrucker auf
111 7,20, 118 8,20, 114 8,90, 115 9,20, Polzard 16,—, Verb. d. Porzellanar-
beiter 328 15,—, 329 11,90, 341 9,95, 343 8,50, 343 17,45, 346 10,85, 2974
Schöber 5,70, 2722 Korrosion bei Wilmshaus u. Co. 4,40, W. C. G.
Fennigshaus a. F. 213,60, Unterkommission Wilmshaus auf Wilmshaus 350,—,
Verband der Salzer, Dresdenwerk Berlin, auf Wilmshaus 88,20, 2725 Wilm-
shaus u. Co. 21,50, Verbandsmitglieder bei Gebr. 3. Rate 7,40, 2061
Vollenddruckeri, Wilmshaus 13,10, 2516 Lindendruckeri, Abt. 1 8,75, Ver-
band der Bureauangestellten auf Wilmshaus 354 5,65, Radfahrer der
R. C. W. Wilmshaus 6,45, Verband der Tabakarbeiter auf Wilmshaus 49,15, 293
Buchdruckeri Wilmshaus 2,—, Sparverein Wilmshaus 5,—, Verband der
Transportarbeiter, Bezirk Groß-Berlin, auf folgende Wilmshaus: 2011 9,20,
2030 7,50, 2046 6,—, 2055 4,25, 2062 18,80, 2066 3,80, 2069 10,20, 2085
Braueri Engelhardt 21,70, 2087 Betriebs- u. Arbeiterverband Braueri Wilmshaus
Jan 12,25, 2089 6,30, 2096 3,55, 2103 —, 2105 2,25, 2125 Betrieb Wilmshaus 1,35,
2128 F. F. W. Schule, Pechschmied Straße 8,—, 2130 9,70, 2145 9,10

Staatsanwaltschaften der Schutz des § 103 zu, aber Kober sei mit dem Ausdruck „Terrorismus“, den das Gericht als schwere Beleidigung ansehen müsse, zu weit gegangen. Der Angeklagte habe sie mit 60 M. Geldstrafe zu züchten.

Zum Asylistenvergiftungsprozeß.

Da Landgerichtsrat Brieskorn, der Vorsitzende im Prozeß gegen den Drogisten Scharynack, es bisher nicht für nötig gehalten hat, sich wegen seines Verhaltens den Pressevertretern gegenüber zu entschuldigen, fand die heutige Sitzung ohne Teilnahme der Presse statt. — Der Bezirksverband Berlin-Brandenburg vom Reichsverband der deutschen Presse beschäftigte sich in seiner letzten Versammlung mit der Neuerung, die in dem Prozeß gegen Scharynack und Genossen der Vorsitzende Landgerichtsrat Brieskorn wegen die Presse gebraucht hatte. Der Vertretertag billigte das Verhalten der Gerichtsberichterstattung, die nach der Neuerung „Dann muß die Presse raus!“ den Saal verlassen hatten, und beauftragte den Vorstand des Bezirksverbandes, Beschwerden beim Landgerichtspräsidenten einzulegen. Die Beschwerde ist, da Landgerichtsrat Brieskorn bisher davor abgesehen hat, sich wegen seines Verhaltens zu entschuldigen, dem Landgerichtspräsidenten zugesandt worden.

Die Kartenlegende Eibeshelferin.

Um eine Art Weineidfabrik soll es sich nach Behauptung der Anlage in einem umfangreichen Prozeß handeln, welcher zurzeit unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Vellekamp das Schwurgericht des Landgerichts I beschäftigt. Wegen wiederholten wissenschaftlichen Meinungs bezw. Anfechtung dazu sind angeklagt: Die 53jährige Robertin und Kartenlegerin Emilie Braad, der Kaufmann Franz Rieselad und der Kartoffelhändler Karl Böhling.

Der Anlage liegt folgender Tatbestand zugrunde: Anfang September 1910 wurde zwischen dem jetzigen Angeklagten Böhling und einer Frau Boreg ein Vertrag geschlossen, nach welchem ersterer sein Kartoffelgroßgeschäft zum Preise von 12 000 M. an die Frau B. verkaufte. Böhling, der an mehrere Behörden lieferte und unter anderem auch Armeelieferant war, verpflichtete sich, unter Festsetzung einer Konventionalstrafe von 10 000 M., innerhalb einer bestimmten Reihe von Jahren in Berlin jeglichen Handel mit Kartoffeln zu unterlassen. Schon einige Wochen nach Abschluß des Vertrages sah sich Frau B. genötigt, diese Bestimmung in Anwendung zu bringen, da sie erfuhr, daß Böhling entgegen seiner Vertragspflicht einen Posten von circa 20 Waggons Kartoffeln in Berlin verkauft hatte. In dem sich anschließenden Zivilprozeß auf Zahlung der Konventionalstrafe tauchten plötzlich die jetzigen Angeklagten Braad und Rieselad als Zeugen auf und erklärten unter ihrem Eide, daß sie zugegen waren, als der Ehemann Boreg dem Böhling ausdrücklich die Genehmigung erteilt habe, den hier in Frage kommenden Posten Kartoffeln zu verkaufen. Da B., der eine derartige Erlaubnis ganz entschieden bestritt, die beiden Zeugen auch nie gesehen hatte, auf jene Aussagen hin den Prozeß gegen Böhling unweigerlich verloren hätte, setzte er alle Hebel in Bewegung, um dahinter zu kommen, in welchen Beziehungen die beiden Zeugen zu Böhling stehen. Er bediente sich hierbei in sehr geschickter Weise einer kleinen List, wobei er mit der Schwärzhaftigkeit mancher Frauen rechnete. Nachdem er in Erfahrung gebracht hatte, daß die Angeklagte Braad in der Gegend des Schlesischen Bahnhofes eine gewisse Verwirrung als Kartenlegerin besaß, veranlaßte er seine alte Mutter, eine Lehrertwitwe, die Braad aufzusuchen und sich von ihr die Karten legen zu lassen. Im Laufe des Gesprächs erzählte dann die alte Frau B., daß sie einen Prozeß führe, in welchem Weineid geschworen seien, so daß sie wahrscheinlich verlieren werde. Nachdem die Braad durch eine ausführliche Erzählung jedes Mißtrauen gegen die alte Dame verloren hatte, erklärte sie plötzlich mit geheimnisvoller Miene, sie sei bereit, gegen eine angemessene Entschädigung den Prozeß zu einer günstigen Entscheidung zu bringen. Nachdem sie die Frau B. nochmals zur Vermeidung der Verpflichtung hatte, erzählte die Angeklagte, daß sie schon wiederholt dadurch glückselig gemacht habe, daß sie rechtzeitig als Zeugin eingespungen sei. Hierzu sei nur erforderlich, daß sie die Verhältnisse genau kennen lerne, um die Fragen des Richters richtig beantworten zu können. Frau B. ging scheinbar auf dieses Anerbieten ein und fragte dann, ob die B. denn schon Erfahrungen auf diesem Gebiete habe. Die B. ging auch prompt in die Falle und erzählte, daß sie erst vor kurzem einem Kartoffelhändler, der ihr 500 M. dafür versprochen habe, auf diese Weise geholfen habe. Damit es nicht auffalle, habe dieser noch einen Regimentskameraden namens Rieselad in die Sache eingeweiht, der dann ebenfalls den verlangten Eid geleistet habe. — Diese Angaben wiederholte die Angeklagte später in Gegenwart einer Konjunktin Ebert, welche Frau B. als ihre Nichte ausgeben hatte. Um ganz sicher zu gehen, stellte sie der Braad einige Tage darauf auch noch einen Bankbeamten Telscher als ihren Sohn vor, dem gegenüber die Angeklagte ebenfalls zugab, daß sie für Böhling auf dessen Ansuchen in dem Prozeß als Zeugin aufgetreten sei. Nunmehr erst wurde Anzeige bei der Staatsanwaltschaft erstattet, worauf die sofortige Verhaftung der drei Angeklagten erfolgte.

Vor Gericht bestritten alle drei, schuldig zu sein. Die Angeklagte Braad, die sich wegen Schwärzhaftigkeit schon einmal in einer Irrenanstalt beunden hat, behauptet, geisteskrank zu sein, während die beiden anderen Angeklagten einen Entlassungsbeleg nach der Richtung hin anzutreten versuchen, daß die Angaben der Frau B. unglauwürdig seien. — Zu der Verhandlung sind circa 70 Zeugen geladen, so daß vorläufig drei Sitzungstage in Aussicht genommen worden sind. Wir werden über den Ausgang berichten.

Der Streit um die Bezeichnung „Pilsener“.

Die drei Pilsener Großbrauereien haben gegen eine Anzahl deutscher Brauereien Klage auf Unterlassung der Bezeichnung „Pilsener“ für nicht in Pilsen gebaute Biere erhoben. Eine der Klagen richtete sich gegen die Brauerei Ernst Engelhardt Nachf. Aktiengesellschaft, Berlin-Pankow, wegen der Bezeichnung „Engelhardt Berliner Pilsener“. Das Landgericht hat die Bezeichnung für zulässig erklärt, das Kammergericht war jedoch anderer Meinung. Es vertrat den Standpunkt, daß das Publikum nach seiner maßgebenden Allgemeinanschauung unter Pilsener nur Bier versteht, das in Pilsen gebraut ist, und daß es bei dieser Sachlage überhaupt keine Einräufung zu dem Wort „Pilsener“ gäbe, welche diese Bedeutung des Wortes wieder ausbilden und in unzweideutiger, jeden Zweifel ausschließender Weise zum Ausdruck bringen könnte, daß das Bier nicht aus Pilsen stamme. Das Reichsgericht hat jetzt das Kammergerichtsurteil aufgehoben. In der mündlichen Urteilsbegründung hat das Reichsgericht ausgeführt: „Schon in früheren Fällen hat das Reichsgericht den Standpunkt vertreten, daß das Wort „Pilsener“ zur Bezeichnung eines nicht in Pilsen gebrauten Bieres dann benutzt werden könne, wenn durch die Wortverbindung deutlich hervorgehe, daß das Bier nicht aus Pilsen stamme; jedoch dürfte natürlich das Wort „Pilsener“ gegenüber den anderen Pilsen nicht besonders hervortreten. Das Reichsgericht sieht keine Veranlassung, von diesem Standpunkt abzugehen; die vom Kammergericht vertretene Anschauung vermag es nicht zu wägen. Das Kammergericht ist der Anschauung, daß die Wortverbindung in der Bezeichnung „Engelhardt Berliner Pilsener“ sehr wohl erkennen, daß es sich um ein nicht in Pilsen gebrautes Bier handelt.“

Verfugung der Ausbildung von Automobilfahrern.

Der § 3 des Automobilgesetzes vom 3. Mai 1900 bestimmt: „Wer zum Zwecke der Ablegung der Prüfung (§ 2 Abs. 1 Satz 2) sich in der Führung von Kraftfahrzeugen übt, muß dabei auf öffentlichen Wegen oder Plätzen von einer mit dem Führerschein versehenen, durch die zuständige Behörde zur Ausbildung von Führern ermächtigte Person begleitet und beaufsichtigt sein.“ Das gleiche gilt für Fahrten, die bei Ablegung der Prüfung vorgenommen werden.“ Der § 5 bestimmt dann: „Gegen die Verfassung der Fahrerlaubnis, wenn sie aus anderen Gründen, als wegen ungenügenden Ergebnisses der Befähigungsprüfung erfolgt, ist der Rekurs zulässig. Das gleiche gilt von der Entziehung der Fahr-

erlaubnis. Danach tritt für den Fall des § 5 in Preußen das Verwaltungsstreitverfahren ein, in dem die endgültige Entscheidung das Oberverwaltungsgericht fällt.“

In dem zur Entscheidung stehenden Falle (Auch wider Oberpräsident der Provinz Brandenburg), wo die Ermächtigung zur Ausbildung von Führern verweigert worden war, entschied nun das Oberverwaltungsgericht am 15. April, daß der Kläger schon deshalb abgewiesen werden müsse, weil das Verwaltungsstreitverfahren nur für Verfassung und Entziehung des Führerscheines, nicht aber für die Verfassung der Erlaubnis zur Ausbildung von Fahrern gegeben sei. Begründend wurde ausgeführt: Das Verwaltungsstreitverfahren sei nur zulässig, soweit es durch besondere Vorschriften zugelassen sei. In vorliegenden Falle handele es sich nun um die Ausbildungs-erlaubnis. Das sei etwas von der Verfassung des Führerscheines sehr wesentlich verschiedenes. Insbesondere könne diese Erlaubnis nicht als eine Art Unterabteilung des Führerscheines angesehen werden. Das Reichsautomobilgesetz lasse nur für die Verfassung des Führerscheines und für die Entziehung des Führerscheines den Rekurs zu, mit der Möglichkeit, daß die Zuständigkeit nach den Vorschriften der Landesgesetzgebung geregelt werden könne. Das sei in Preußen geschehen, indem an Stelle des Rekurses das Verwaltungsstreitverfahren trete. Das sei aber nur gegeben für das Gebiet des Rekurses, also für die Verfassung und Entziehung des Führerscheines, nicht aber für die Ausbildungs-erlaubnis. — Es könnte sich nur noch fragen, ob eine Verfassung auf Verfassung der Ausbildungs-erlaubnis eine polizeiliche Verfügung im Sinne des vierten Titels des preussischen Landesverwaltungsgesetzes wäre, wofür das Verwaltungsstreitverfahren gegeben wäre. Das sei aber auch ausgeschlossen. Dieser Titel beziehe sich nur auf bestimmte polizeiliche Verfügungen und nehme direkt aus diejenigen polizeilichen Verfügungen, welche sich auf das Unterrichts- und die Erteilung von Unterricht beziehen. Darum handele es sich hier aber.

Eine christliche Verkünderung am Pranger.

Die bekannte Bochumer Klosterkirchen-Schändungsgeschichte erfuhr am Montag vor dem Bochumer Schöffengericht ein eigenartliches Nachspiel. In der Wirtschaft von Verends zu Bochum-Grumme diskutierte am 11. Februar d. J. ein Verbandsältester mit dem als fanatischen Christen bekannten Bergmann Wihl. Kläuser zu Bochum VI, Liboriusstr. 24, über die Schändung der Klosterkirche. Der Christ behauptete schlankweg, nur ein Sozi läme für die Schändung in Betracht. Auf die Frage nach Beweisen beschuldigte er den in Herne wohnenden Knappschaftsältesten Benz. Dieser habe vor Jahren — bei der Einweihung der Herz-Jesu-Kirche in Herne aus Fanatismus die Girlanden zerschneiden. Das bestritt der fromme Mann dem sofort herbeigerufenen Zeugen ausdrücklich als eine feststehende Tatsache. Auf die weitere Frage, ob denn der Genosse Benz bestraft worden sei, erwiderte er, daß habe der Kaplan nicht gewollt.

Von der Erzählung wurde Genosse Benz unterrichtet. Er wandte sich sofort an den ihm bekannten Christen. Dieser schrieb dann einen jammervollen Brief an Benz: er habe sich geirrt, nehme alles zurück und wolle die Behauptungen in den Zeitungen widerrufen. Den Widerruf brachte er nicht, weil er nicht zugeben wollte, daß die Beleidigung wissenschaftlich gesehen sei.

Darauf blieb dem Genossen Benz nur Klage. Der Beklagte gab zu, nicht den Schatten eines Beweises zu haben und betief sich immer darauf, sich geirrt zu haben. Dabei kennt er Benz seit Jahren ganz genau.

Der Gerichtsbesitzende rebete dem Genossen Benz zu, die Klage zurückzunehmen, da sein Zweck ja doch nicht erreicht würde, die Sache so in die Zeitung zu bringen. Die Gerichtskosten müsse er sowieso bezahlen. Besser sei daher ein Vergleich. Glücklicherweise ließ sich Genosse Benz darauf nicht ein. Er erklärte, auf ein Urteil bestehen zu müssen, da nach den vielen Erfahrungen die Christen bei jeder Gelegenheit solche Lügen weiter benutzen. Auf die Höhe der Strafe lege er kein Gewicht. Nach kurzer Beratung besetzte das Gericht den Beklagten mit — 5 Mark Geldstrafe. In der Begründung hieß es, da der Beklagte am Gericht gefällig gewesen sei, wäre auf eine milde Strafe erkannt worden.

Aus aller Welt.

Die Untersuchung der „Titanic“-Katastrophe.

Die Senatskommission, die die Untersuchung über den Untergang der „Titanic“ führt, setzte das Verhör fort. Franklin, der Vizepräsident der White Star Line, wurde hauptsächlich wegen der beruhigenden Nachrichten befragt, die die White Star Line am 15. April veröffentlichte. Franklin gab zu, daß sie nur auf Verichten und Gerüchten beruhten, die einige Zeitungen aus Cape Race gemeldet hatten. Bis zu dem Abend, an dem er sofort die Presse von dem Sinken der „Titanic“ in Kenntnis setzte, habe es keine authentische Nachricht gegeben. Franklin bestritt entschieden, daß er in irgend einer Weise versucht habe, über die drahtlosen Nachrichten der „Carpathia“ eine Zensur auszuüben. Sodann bestritt er, daß die „Titanic“ einen neuen Rekord aufstellen sollte. Niemand sei für die Katastrophe verantwortlich. Die Ausrüstung der „Titanic“ habe das vom Gesetz geforderte Maß übertroffen und man habe ein Sinken für unmöglich gehalten. Er habe die „Associated Press“ gebeten, die erste Nachricht zurückzuhalten, bis die Sache untersucht sei, um eine unnötige Verunsicherung zu vermeiden. Die Absicht, die Beamten und die Mannschaft nach England zurückzuführen, um sie einem Verhör zu entziehen, habe nicht bestanden, und trotz Somers Depeschen habe er die „Cedric“ nicht zurückgehalten.

Wie weiter berichtet wird, hatten die Wachposten an Bord der „Titanic“ den ersten Offizier, der die Stelle des Kapitäns einnahm, während dieser dinsterte, um 11 Uhr 15 Minuten benachrichtigt, daß ein großer Eisberg in Sicht sei. Der Offizier habe jedoch der Meldung keine große Bedeutung beigelegt. Die Posten seien über die Gleichgültigkeit des Offiziers sehr erzregt gewesen und hätten dies auch ihren Kameraden gegenüber geäußert.

Auch die englische Regierung wird eine Untersuchung des Untergangs der „Titanic“ vornehmen. Mit der Leitung der Verhandlungen ist, wie der Handelsminister in einer Sitzung des Unterhauses mitteilte, Lord Mersey, der frühere Präsident der Admiralsabteilung des Obersten Gerichtshofes beauftragt worden. Er werde Vollmacht erhalten, Zeugen vorzuladen. Das Zeugnis von Passagieren werde, wenn erforderlich, in den Vereinigten Staaten abgenommen werden. Die White Star Gesellschaft habe sich verbürgt, daß alle Mitglieder der Besatzung der „Titanic“, deren Zeugnisaussagen von dem Gerichtshof für notwendig erachtet werden sollten, persönlich erscheinen werden.

Das englische Handelsamt hat eine Versammlung von Vertretern der großen Personenschiffahrtsgesellschaften einberufen, um sich über die Schritte zu unterrichten, die sie im Hinblick auf die „Titanic“-Katastrophe zur Ausrüstung der Dampfer mit Rettungsbooten zu unternehmen gedächten. Die Gesellschaften haben dem Amt erklärt, daß sie bereits beschlossen haben, ihre Schiffe mit so vielen Rettungsbooten und

Plätzen zu versehen, daß alle an Bord befindlichen Passagiere aufgenommen werden könnten. Es sei zwar schwer, sofort genügend Boote zu beschaffen, doch werde man alle Anstrengungen machen, um die Schiffe sobald wie möglich mit Booten auszustatten.

Was der Herr Landgerichtsdirektor nicht versteht.

In einer der neugebildeten Strafkammern des Landgerichts Bochum präsiert der gestrenge Landgerichtsdirektor Heuser. Vor dieser Kammer spielte sich nun dieser Tage ein Vorgang ab, der mit erschreckender Deutlichkeit die weltfremde Verständnislosigkeit mancher Richter offenbart.

Solidarität — Koalition, zwei Begriffe, auf die die gesamte Arbeiterbewegung aufgebaut ist — sind dem Landgerichtsdirektor Heuser fremd. Auf der Anklagebank steht ein Streikführer.

Vor.: Warum haben Sie gestreikt?

Angekl.: Weil es Parole war.

Vor. (erregt, mit scharfer Betonung): Was ist das für eine Art; die Menschen haben doch entgegen dem Tiere ihren eigenen freien Willen.

Angekl.: Jeder kann doch machen, was ihm beliebt.

Vor.: Das ist was anderes; aber der Parole folgen, das verstehe ich nicht.

Darf man sich da noch über Streikjustiz wundern?

Panik in einem Kinotheater.

Montagabend kam es während der Vorführung in einem Kinetographentheater in Barcelona zu einer Panik. Zwei junge Leute waren in Streit geraten und der lebhafteste Wortwechsel beider wurde von dem zahlreichen Publikum mißverstanden, das an den Ausbruch eines Feuers glaubte. Es entstand plötzlich eine wilde Panik, alles versuchte schleunigst die Ausgänge zu erreichen. Bei dem fürchterlichen Gedränge wurden zwölf Personen zu Boden getreten und schwer verletzt, während fünfzig andere mit leichten Verletzungen davonkamen.

Kleine Notizen.

Opfer der Kälte. In Bosnien herrscht zurzeit große Kälte. In der Nähe der Ortschaft Klafernica wurde eine siebzehnjährige Bäuerin und deren sechsjährige Enkelin erfroren aufgefunden.

Sturm auf dem Kaspischen Meere. Wie aus Odesa gemeldet wird, richtete ein Sturm unter der Flaggenstaffel des Kaspischen Meeres großen Schaden an. Verschiedene Boote schlugen um und die Insassen ertranken.

Panik in einer Kirche. In der St. Privat-Kirche in Carmaux entzündete sich während einer Leichenfeier ein aus Zelluloid angefertigter Kranz, und eine hohe Flamme schlug bis zum Kirchengewölbe hinauf. Es entstand eine fürchterliche Panik, alles drängte nach dem Ausgang, zehn Personen erlitten erhebliche Verletzungen.

Witterungsüberblick vom 23. April 1912.

Stationen	Barometer stand mm	Windrichtung	Wolkendeckung	Temper. in Grad C.	Stationen	Barometer stand mm	Windrichtung	Wolkendeckung	Temper. in Grad C.
Stinnes	775,00	3	molten	7	Dapunda	774,00	2	halb bb.	4
Hamburg	775,00	3	molten	9	Petersburg	773,00	1	molten	10
Berlin	772,00	3	molten	10	Seib	771,00	2	halb bb.	10
Frankfurt	769,00	3	molten	12	Aberdeen	778,00	1	halb bb.	13
München	769,00	3	molten	8	Paris	769,00	3	molten	11
Wien	768,00	1	bedekt	8					

Wetterprognose für Mittwoch, den 24. April 1912. Trocken und vielad heiter, nachts kühl, am Tage ziemlich warm bei frischen nördlichen Winden.

Berliner Wetterbureau.

Annahmestellen für „Kleine Anzeigen“

- Berlin O. H. Gubisch, Auguststr. 50, Eingang Joachimstraße.
- W. G. Schmidt, Kirchbachstr. 14.
- O. R. Hadelbusch, Petersburger Platz 4, Gustav Vogel, Köpenickerstr. 82, H. Wengels, Gr. Frankfurter Str. 120.
- NO. L. Nacht, Immanuelstr. 12, J. Neul, Dammstr. 42.
- N. H. Baumann, Reichenberger Str. 67, F. Trapp, Dammstr. 6.
- Karl Mars, Breitenburger Str. 27, J. Gubisch, Kagareckstr. 49.
- G. Vogel, Lortzingstr. 37.
- H. Tich, Invalidenstr. 124.
- L. Dehann, Rubeplatzstr. 24.
- NW. Karl Anders, Salzgrabenstr. 8.
- SW. G. Werner, Gneisenaustr. 72, Daehn, Hagedorger Str. 27.
- S. St. Fris, Ringstr. 31, F. Lehmann, Rosfelder Damm 8.
- SO. Paul Böhm, Lützowstr. 14/15, W. Gorch, Engelauer 15.
- Adlershof. Karl Schwarzkopf, Hoffmannstr. 9.
- Baumgartenweg. G. Hornig, Rarienthalstr. 13, I. Borsigwalde, Paul Kienak, Rauschstr. 10.
- Charlottenburg. Gustav Zehornberg, Seltschauer Str. 1.
- Friedrichshagen. Ernst Wermann, Röpender Str. 13.
- Grünau. Franz Klein, Friedrichstr. 10.
- Johannisthal. Friedke, Kaiser-Wilhelm-Platz 6.
- Karlshorst. Richard Ritter, Röhlsstr. 9, II.
- Köpenick. Emil Böhler, Riegerstr. 6, Laden.
- Lichtenberg. Otto Seifel, Gartenbergstr. 1.
- Nieder-Schöneweide. Geht, Bräuer Str. 6.
- Nowawes. Wilhelm Jappe, Friedrichstr. 7.
- Ober-Schöneweide. Alfred Bader, Wilhelmminnenhoffstr. 17 II.
- Pankow. Otto Rihmann, Wühlstr. 30.
- Reinickendorf. W. Gurich, Provingstr. 56, Laden.
- Rixdorf. W. Heinrich, Rixdorfstr. 2, Courad, Hermannstr. 50.
- G. Rohr, Siegfriedstr. 29/30.
- Rummelsburg. H. Rosenkrans, Alt-Borsigagen 55.
- Schöneberg. Wilhelm Dämmel, Martin-Luther-Str. 69 im Laden.
- Spandau. Köppen, Breiterstr. 64.
- Steglitz. G. Bernsee, Wiesenstr. 5.
- Tempelhof. Joh. Krohn, Dorffischstr. 62.
- Treptow. Robert Gramenz, Riechholzstr. 412, Laden.
- Weißensee. Fuhrmann, Sedanstr. 105, Schiller, König-Heuseke 89a.
- Wilmersdorf. Paul Schubert, Wilhelmstraße 27.

Möbel-Cohn

58 Gr. Frankfurter Str. 58
unweit der Kaiserstraße.

Möbel auf Kredit

Riesen-Auswahl

Anzahlungen auf Stube und Küche:

Mark 15	30	50	75
bis 25	bis 45	bis 70	bis 100

Moderne
Schlaf-, Speise-, Herren- und Wohnzimmer

jeder gewünschten Art von 40 M. Anzahlung an.

Einzelne Möbelstücke

Größte Rücksicht bei Krankheit und Arbeitslosigkeit.
--

Liefere auch auswärts, Abzahlung wöchentlich, monatlich, resp. nach Übereinkunft.

Vorzeiger dies. Inserat erhält beim Kauf 5 M. gutgeschrieben.

Sonntags 12 bis 2 Uhr geöffnet.

Partei-Angelegenheiten.

Heute Mittwoch findet in folgenden Orten des Kreises Teltow-Beeskow-Charlottenburg die Flugblattverbreitung für die Protestversammlungen am Donnerstag statt: Adlershof, Charlottenburg, Friedenau, Königs-Wusterhausen, Köpenick, Nowawes, Schöneberg, Steglitz, Tempelhof, Treptow-Baum-Schulenberg, Wilmersdorf. Die Genossen dieser Orte werden ersucht, sich pünktlich in den bekannten Lokalen einzufinden. Der Zentralvorstand. Für Niederbarnim kommen noch folgende Orte in Frage: Lichtenberg, Friedrichsfelde, Pankow, Reinickendorf-Dst., Reinickendorf-West von 7 Uhr ab; Franz-Vuchholz 1/8 Uhr. Bernau. Die Mitgliederversammlung fällt besonderer Umstände wegen am Sonnabend aus. Näheres über die morgigen Protestversammlungen enthält der heutige „Vorwärts“.

Reußlän. Flugblattverbreitung findet für Reußlän heute nicht statt. Posen. Am Donnerstag abends 8 1/2 Uhr, bei Artzner: Wahlvereinsversammlung. Tagesordnung: Bericht von der Generalversammlung von Groß-Berlin. Kaiser. Der Vorstand.

Berliner Nachrichten.

Berliner Brunnen.

Der ältere Berliner denkt mit komischem Entsetzen an die mächtigen Holzgehäuse zurück, die so hoch wie die Pfeilfahnen in das Strohenbild ragten und sich durch ihre langen eisernen Schwengel, an denen die Jugend mit Vorliebe herumtunkte, als Brunnen kennzeichneten. Noch bis vor wenigen Jahren hat es solche Ungetüme in Berliner Straßen gegeben. Kleinere Holzbrunnen, die heute wohl auch sämtlich ausgemerzt sind, fand man gegen Ende des vorigen Jahrhunderts neben den Fahrdämmen zu Hunderten. Sie sind inzwischen durch die niedrigen, zierlichen, ornamentgeschmückten gußeisernen Saugpumpen mit Trinkbecken für Tiere ersetzt worden. Hand in Hand mit dieser Umänderung ging eine bessere Tiefbohrung. Sehr viele der alten Berliner Holzbrunnen lieferten ein gesundheitschädliches Wasser. Das war gewöhnlich durch Aufschicht: „Rein Trinkwasser“ kenntlich gemacht, aber die leichtfertige Jugend fragte nicht viel danach und hat sich auf diese Weise sicher manche Krankheit zugezogen. An „lokalhistorischen“ Brunnen war Berlin früher recht arm. Öffentliche Monumentalbrunnen, aus denen jedermann ungeniert gutes Trinkwasser schöpfen konnte, wie man das allenthalben in Süddeutschland bemerkt, gab es bei uns so gut wie gar nicht. Erst die letzten Jahrzehnte haben solche künstlerisch bedeutsamen Brunnen gebracht, die sehr wohl noch vermehrt werden könnten, um das Straßenbild zu beleben. Man schafft alljährlich neue Schmuckanlagen, legt aber auf Wasserkinke in ihnen leider recht wenig Wert. Selbst in den großen Parkanlagen ist es damit sehr dürftig bestellt, angeblich wegen zu großer technischer Schwierigkeiten, vielleicht aber auch aus Sparanklebensrücksichten am verkehrten Ende. Die verhältnismäßig wenigen Springbrunnen, welche die Zweimillionenstadt aufweist, sind zum überwiegenden Teile im Stadtkern und im vornehmen Westen aufgestellt. Die Vorstädte werden, wie in anderen Dingen, so auch hierin arg vernachlässigt. Mehr Wasserkinke treffen den Geschmack des großen Publikums sicher besser als die sich wie Wägen mehernden marmorenen und erzenen „Puppen“, die zu neun Zehnteln dem Monarchenkult geweiht sind. Unser ausgedehntes Kanalisations- und Wasserleitungsnetz hat auch die Hausbrunnen dezimiert. Wo jede kleinste Wohnung ihren besonderen Leitungshahn und Ausguss hat, erübrigt sich so ziemlich der Hofbrunnen, den wir natürlich auf älteren Grundstücken im Zentrum und an der Reichbildgrenze noch recht zahlreich finden. Die beschriebenen Deutschen, die hier wohnen, können sich von dem Brunnen ebenso wenig trennen wie von dem bauwürdigen Hause. Schon viel Lunte ist verspritzt worden um die Frage, ob man an unteren Strohenbrunnen Trinkbecher anbringen soll. Die Erfahrungen, die man damit in den Parkanlagen gemacht hat, lassen eine Erweiterung dieser Einrichtung wenig wünschenswert erscheinen. Es gibt leider genug Wohlgeleitete, nicht bloß unter Kindern, die solche Trinkbecher abreißen, zerstören oder ekelhaft beschmutzen. Sicher ist freilich, daß man sich nicht in die Aneignen laufen würde, wenn er im Hochsommer seinen Durst aus einwandfreiem Behälter auf offener Straße kostenlos löschen könnte. Der Vollständigkeit halber seien aus Berlin auch noch die sogenannten „biblischen“ Brunnen erwähnt, deren gußeisernes Gehäuse mit frommen Darstellungen geziert ist. Der letzte steht in der Poststraße neben der Nikolakirche. Die übrigen ruhen im märkischen Museum aus. Da sind sie auch gut aufgehoben.

Hörigkeit der Gutsbeamten der Stadt.

Die Deputation zur Verwaltung der Berliner Mieselgüter legt den von der Stadt auf den Kanalisationsgütern angestellten Beamten einen Vertrag zur Unterschrift vor, der an antisozialen Empfinden die Augen den Rang abläßt. § 616 des Bürgerlichen Gesetzbuchs spricht ausdrücklich aus, daß der zur Dienstleistung Verpflichtete seines Rechtsanspruchs auf die Vergütung verlustig wird, wenn er für eine verhältnismäßig nicht erhebliche Zeit durch einen in seiner Person liegenden Grund (z. B. Krankheit, Kontrollübernahme, militärische Übung und dergleichen) ohne sein Verschulden an der Dienstleistung verhindert wird. Der Vertragsentwurf sieht das Gegenteil vor. Es wird ausdrücklich bestimmt, daß der Angestellte seines Rechtsanspruchs auf die Vergütung verlustig wird, wenn er durch Krankheit, Verurteilung, militärische Übung und dergleichen an der Dienstleistung verhindert wird. Es ist wiederholt in der Stadtverordnetenversammlung hervorgehoben, daß die Vorschrift des § 616 zwingendes Recht ist, daß aber jedenfalls ein genereller Ausschluß des § 616 ein gegen die guten Sitten verstößender Mißbrauch der wirtschaftlichen Macht des Arbeitgebers darstellt. Das ist auch vom Magistratsrat anerkannt worden. Seitdem ist in Theorie und Praxis ausgegangen, daß ein Ausschluß des § 616 Bürgerlichen Gesetzbuchs durch Vertrag ungültig ist, weil er den § 2 des Lohnbeschlagnahmengesetzes verletzt, nach dem alle Rechtsgeschäfte des Arbeiters oder Angestellten nichtig sind, die über den unpfändbaren Teil des Lohnes im voraus verfügen. Die vor-

geschlagene Aufhebung des § 616 ist eine grobe Mißachtung des Gesetzes und der guten Sitten.

Nach § 626 des Bürgerlichen Gesetzbuchs kann das Dienstverhältnis ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist gekündigt werden, wenn ein wichtiger Grund vorliegt. Der Vertragsentwurf verlangt, daß die Angestellten insbesondere als wichtiger Grund anerkennen sollen: „Grobe Fahrlässigkeit oder Widerpenzigkeit im Dienst, Trunkenheit im Dienst und außerhalb desselben, grobe Ungehörigkeit gegen Vorgesetzte, Ungehorsam, unerlaubtes Verlassen des Dienstes, Unterschleife, Annahme von Geldern, Geschenken, Darlehen sowie allgemeine wichtige Umstände, welche die sofortige Aufhebung des Dienstverhältnisses im Interesse des Dienstherrn erforderlich machen.“ Zugunsten des Angestellten wird kein einziges Beispiel eines wichtigen Grundes angeführt. Als Strafe der Dienstentlassung ist also weit über Vorschriften im Sinesischer hinausgehend „Widerpenzigkeit, Trunkenheit außerhalb des Dienstes, Ungehorsam“ jeder Art vorgeschlagen, ja nach dem Wortlaut des Vertragsentwurfs geht sogar der Privatangestellte, der von seinen Eltern, seinen Verwandten, seiner Frau, seinen Kindern Gelder, Geschenke oder Darlehen annimmt, seiner Stellung verlustig!

Als Arbeitszeit soll fortan eine zwölfstündige für die Zeit von 7 Uhr morgens bis 7 Uhr abends in Kraft treten. Und auch diese Arbeitszeit soll auf Erfordern unbegrenzt ausgedehnt werden können, ohne daß der Angestellte einen Anspruch auf besondere Vergütung geltend machen darf.

Das sind Vertragsbestimmungen, die selbst in Schlefien und Westpreußen Aufsehen erregen würden. Es erscheint uns kaum glaublich, daß das Kuratorium in seiner Gesamtsitzung derartigen antisozialen Vertragsbedingungen seine Zustimmung gegeben haben sollte. Ebeniowenig können wir annehmen, daß der Magistrat solche Hörigkeitsverträge billigt. Tatsache ist aber, daß von allen Gutsangestellten auf den nördlichen wie den südlichen Mieselgebieten die Unterzeichnung eines solchen Vertragsformulars unter Androhung der Entlassung verlangt hat. Wird der Magistrat aus sich heraus eine solche Herabsetzung der Würde der Stadt aufheben?

Die „Entschädigung“ für unschuldig erlittene Untersuchungshaft. Viel Aufsehen wird von ordnungsparteilicher Seite von der gesetzlich festgelegten Entschädigungspflicht gemacht. Ein Beweis dafür, wie unzulänglich die Entschädigung des Staates für unschuldig erlittene Untersuchungshaft ist, wird jetzt wieder erbracht. In Berlin wurde am 21. Dezember 1910 der Sattler Franz Mielke unter dem Verdacht, an einem Mord beteiligt gewesen zu sein, in Haft genommen und bis zum 28. Februar 1911 in Untersuchungshaft gehalten. Da die Schuld des Mielke sich nicht nachweisen ließ, sprach ihm die Strafkammer des Berliner Landgerichts II das Recht zu, einen Entschädigungsanspruch zu stellen. Mielke wandte sich darauf an die oberste Behörde der Landesjustizverwaltung mit dem Antrage auf Festlegung der Entschädigungssumme. In keinem Gesuch hatte Mielke seinen Schaden genau spezifiziert. Es ist ihm jetzt der Bescheid geworden. Interessant ist die Berechnung, die der Feststellung der Entschädigungssumme zugrunde gelegt worden ist. Das hochinteressante Altesstück, das wohl verdient, der weiteren Öffentlichkeit zugänglich zu werden, hat folgenden Wortlaut:

Auf Grund des Beschlusses des Landgerichts II zu Berlin vom 14. Juli 1911 wird dem Sattler Franz Mielke in Berlin für den Vermögensschaden, der ihm durch die in der Zeit vom 21. Dezember 1910 bis 28. Februar 1911 wegen des Verdachts des Mordes erlittene Untersuchungshaft entstanden ist, gemäß dem Gesetze vom 14. Juli 1904 (R.-G.-Bl. 821) eine Entschädigung von 94,75 M., bestehend aus: Bierneunzig Mark 75 Pfennig, bewilligt. Gewährt sind:

- a) als Ersatz für entgangenen Gewinn bei dem Handel mit Weihnachtsbäumen M. 75,—
b) die Ausgaben für den Umzug mit 40,—
c) die gezielte Gebühr des Verteidigers, §§ 67, 68, 76 G.-D. f. R.-A. 24,—
Zusammen M. 139,—

Abzüglich der Ersparnisse an Verpflegungskosten während der Haftzeit mit 44,25 M. bleiben M. 94,75

Die weitergehenden Ansprüche des Mielke und der Schadenersatzanspruch seiner Ehefrau werden als unbegründet abgewiesen. (L. S.) Im Auftrage: gez. Mügel.

Mit seinen weitergehenden Ansprüchen ist Mielke also abgewiesen worden, weil sie, wie es in dem Bescheid heißt, unbegründet sind. Sage und Schreibe: 74,95 M. bietet der Fiskus dem Antragsteller als eine Entschädigung für die unschuldig erlittene Untersuchungshaft von acht Wochen an! Und ein Betrag von 44,25 M. wird dem Sattler, der acht Wochen lang unschuldig hinter Gefängnismauern geschmachtet hat, für die Ersparnisse an Verpflegungskosten während der Haftzeit in Abzug gebracht! Mielke, der zwei Monate lang unter dem furchtbaren Verdachte, ein Mörder zu sein, gefangen gehalten wurde, wird gegen obige Feststellung seines Anspruchs die weiteren Instanzen anrufen.

Schlachtensee und Krumme Lunte. Mit der Erhaltung des Schlachtensees und der Krummen Lunte hat sich die Pöhlendorfer Gemeindevertretung in ihrer letzten Sitzung beschäftigt. Von mehreren Gemeindevertretern waren Anfragen gerichtet worden, in denen um Auskunft darüber ersucht wurde, ob dem Gemeindevorstand von den Verkaufsverhandlungen, die zwischen den Eigentümern, den Pöhlendorfer Erben in Pöhlendorf, und den Charlottenburger Wasserwerken im Gange sind, etwas bekannt gewesen, und ob nicht die Möglichkeit vorhanden gewesen sei, daß der Schlachtensee von der Gemeinde erworben werden konnte. Der Gemeindevorsteher beantwortete die Anfragen dahin, es sei zwar bekannt gewesen, daß derartige Verhandlungen im Gange seien, der bevorstehende Abschluß eines Kaufvertrages sei jedoch nicht zur Kenntnis des Gemeindevorstandes gelangt. Auf die Kaufverhandlungen selbst, die schon seit einer größeren Reihe von Jahren geführt würden, habe der Vorstand keinen Einfluß ausüben können, und es sei der Gemeinde keine Gelegenheit gegeben worden, als Kaufrisikant aufzutreten. Diese Auskunft hat mehrere Vertreter nicht befriedigt. In Pöhlendorf befindet man sich nicht nur ein weiteres Stück des Wasserpiegels, sondern auch eine Sperrung der Uferpromenade an mehreren Stellen, wie dies an beiden Ufern der Havel von Spandau bis Potsdam geschehen ist. Vor zehn Jahren konnte man noch beide Ufer bequem betreten. Heute sind schon an hundert Stellen Warnungstafeln und Jänne aufgerichtet, die das Betreten weiter Uferstrecken verbieten.

Der Wasserstand der märkischen Flüsse und Seen ist bedeutend geringer als um diese Zeit im vorigen Jahre. Falls nicht neue und ergiebige Niederschläge eintreten, sieht es mit der Schiffahrt recht düster aus. Die Dörfer sind im Falle der Havel und Spree führen weniger Wasser als sonst, obgleich die Havel an verschiedenen Stellen mit Stauewehren versehen war, die erst in den letzten Tagen entfernt worden sind. Einzelne Seen sind um 1 Meter gefallen. Der Grundwasserstand ist ebenfalls im Sinken.

Eine Frau aus einem Zuge gefürzt. Auf der Stettiner Vorortbahn hat sich in der letzten Nacht ein schwerer Unfall zugetragen. Zwischen den Stationen Stettiner Bahnhof und Gesundbrunnen stürzte eine junge Frau aus einem nach Oranienburg fahrenden Zuge und blieb schwer verletzt auf dem Bahnkörper liegen. Sie wurde später von einem Streckenwärter bewußtlos aufgefunden und nach Berlin zurückgebracht. Nachdem sie hier auf der nächsten Unfallstation die erste Hilfe erhalten hatte, wurde sie nach der Charité transportiert. Wie die polizeilichen Ermittlungen ergaben, handelt es sich um die 25 Jahre alte Frau des Geywitzs Staat aus Stolpe an der Nordbahn, der dort das „Restaurant Pflanzhof“ besitzt. Das Befinden der Frau gibt zu Beforgnissen Anlaß, da sie schwere Kopfverletzungen und anscheinend auch eine schwere Gehirnerschütterung davongetragen hat. Wodurch der Unfall herbeigeführt worden ist, konnte nicht festgestellt werden.

Ein großes Schadensfeuer, bei dem auch leider der Verlust eines Menschenlebens zu beklagen ist, wütete gestern früh in der Ortschaft Neu-Holland in der Nähe von Liebenwalde an der Nordbahn. Auf bisher unaufgeklärte Weise brach gegen 1/10 Uhr vor-mittags auf dem Gehöft des Besitzers Kleinschmidt Feuer aus, das infolge des herrschenden Windes bald sämtliche Gebäude des Anwesens ergriff. Nur unter größter Anstrengung der aus der Umgebung herbeigekommenen Wehren gelang es, das Wohnhaus zu retten, während sämtliche übrigen Baulichkeiten, die Scheunen, Ställe und Wirtschaftsgebäude ein Raub der Flammen wurden. Bei dem Versuch, das Vieh in Sicherheit zu bringen, trug der Arbeiter Behrendt so schwere Brandwunden davon, daß er im Krankenhaus zu Liebenwalde unmittelbar nach seiner Einlieferung verstarb. Von dem Viehbestande sind eine Anzahl Kühe und Kälber ebenfalls dem Feuer zum Opfer gefallen.

Ein falscher Kriminalkommissar ist im Norden der Stadt aufgetreten. Ein elegant gekleideter Mann verkehrte viel in den Wirtschaften an Oranienburger Tor und war bald als der Herr Kriminalkommissar bekannt. Wiederholt kam es vor, daß ihm augenblicklich das Geld ausgegangen war, aber man gewährte ihm gern Kredit. Er zechte meistens nicht für allein, sondern in Begleitung lebenslustiger Mädchen. Um eine Begebenheit ganz sicher zu machen, fuhr er eines Abends mit ihr unter der Vorhut, daß er dienstlich dringend zu ihm habe, von der Friedrichstadt nach dem Polizeipräsidium. Während die Dame draußen in der Droschke wartete, ging er in das Dienstgebäude hinein, hielt sich dort irgendwo eine Weile auf, kam dann wieder heraus und ließ sich mit seiner Begleiterin nach dem „Wohlfahrtsgarten“ fahren. Hier konnte er nicht einmal den Kutscher bezahlen. Aber auch das brachte ihn gar nicht in Verlegenheit. Er gab dem Kutscher kurzerhand die Bestimmung, sich das Fahrgeld am nächsten Tage im Polizeipräsidium in seinem Dienstzimmer zu holen, und der Kutscher war damit auch ganz einverstanden. Als der „Herr Kommissar“, der stets ein Monokel trug, sogar so weit ging, auch noch die Mädchen anzuborgen, wurden diese endlich doch mißtraulich und erkundigten sich genauer. Jetzt erfahren sie, daß sie mit einem Schwindler zu tun gehabt haben.

Durch einen Sprung in den Landwehrkanal nahm sich vorgestern abend die 18 Jahre alte Tochter Martha des Schneiders Ludwig aus der Suarezstraße 8 zu Charlottenburg das Leben. Seit einem halben Jahre hatte das junge Mädchen ein Verhältnis mit einem Freizeithelfer, weshalb ihm von den Eltern Vorhaltungen gemacht wurden. In der Nacht zum Montag lief die Betörte heimlich von Hause weg. Wahrscheinlich irrte sie den Tag über umher, bis sie vorgestern abend gegen 9 Uhr an der unteren Schloßinsel im Zergarten in den Landwehrkanal sprang. Ein Schuttmann holte sie aus dem Wasser wieder heraus und machte Wiederbelebungsversuche. Ein Arzt, den andere Leute aus der nächsten Unfallstation riefen, konnte aber nur noch den Tod feststellen. — An derselben Stelle wurde gestern morgen kurz nach 6 Uhr eine zweite weibliche Leiche aus dem Kanal gefischt. Die Person dieser Ertrunkenen konnte noch nicht festgestellt werden. Sie ist etwa 30 Jahre alt.

Einen tragischen Tod hat gestern nachmittag ein junges Mädchen in der Dohme gefunden. In dem Restaurant Korallenhof hatten zwei junge Leute eine Dame erlitten, mit ihnen eine Auberpartie zu unternehmen. Nur widerstrebend willigte das Mädchen ein. Als das Fahrzeug etwa in der Mitte des Gewässers dahinglitt, wechselten die beiden jungen Männer so unvorsichtig die Plätze, daß das Boot in starkes Schwanzen geriet und kenterte. Die drei Insassen stürzten in die Fluten und die Dame ging sofort unter, während sich die beiden Begleiter am Kiel des umgedrehten Bootes festklammerten. Sie konnten durch die Mannschaften eines hinzukommenden Motorbootes gerettet werden. Eine Ablösung nach der Leiche des jungen Mädchens blieb erfolglos. Als die beiden Auberer wieder nach dem Restaurant zurückkehrten, machten mehrere Gäste Miene, ihnen einen Denzettel für ihren frivolen Verschiss zu verabschlagen.

Einen abgefeimten Schwindel hat der 20 Jahre alte Kontorist Hugo Biesler verübt. Der junge Mann war in einem Geschäft in der Ritterstraße angestellt. Dort hörte er, wie am Sonnabend eine Buchhalterin den Auftrag erhielt, 3000 M. nach der Reichsbank zu bringen. Sofort faßte er den Plan, ihr dieses Geld abzuladen. Gleich nachdem sie weggegangen war, schloß er eine bringende Besorgung vor und ließ sich zehn Minuten Urlaub geben. Jetzt eilte er der Buchhalterin nach und erreichte sie gerade noch, als sie auf der Reichsbank dabei war, das Geld aufzugeben. Er schwindelte ihr nun vor, der Chef habe ihn geschickt, das Geld zurückzuholen, weil sich herausgestellt habe, daß der Betrag nicht frimme. Sie solle rasch noch eine andere Besorgung machen, dann wieder nach dem Geschäft kommen und die richtige Summe mitnehmen. Ahnungslos entsprach die Buchhalterin dieser Besorgung. Für den neuen Auftrag brauchte sie eine Stunde. Als sie dann wieder ins Geschäft kam, ergab sich, daß Biesler sie beschwindelt hatte. Der Gauner hatte unterdessen mit der Beute das Weite gesucht. Man nimmt an, daß er das Geld hier in Berlin in lieberlicher Gesellschaft verbringt.

Zwei größere Brände beschäftigten in der letzten Nacht die Berliner Feuerwehr in der Prenzlauer Allee 100 und Ritterstraße 73. Hier war in dem Keller eines größeren Abbruchs Feuer ausgebrochen, das an Stroh, Brettern, Ratten, Balken reiche Nahrung gefunden hatte, und in der Prenzlauer Allee 100 war in einem Fachwerkgelände auf dem Gelände der Widowschen Erben in einer Wäscherei neben großen Holzlagerplätzen ein gefährlicher Brand entstanden. In beiden Fällen hatte die Feuerwehr bis nach 5 Uhr zu tun, um die Brände zu löschen. Die Entstehung konnte noch nicht ermittelt werden.

Eine Heimat- und Waldsund-Rundgebung veranstaltet der Allgemeine Märkische Touristenbund (heute) Mittwoch, 24. April, im großen Saal des Berliner Klubhauses, Ohmstraße 2. Referenten: Dr. Werner Dege mann: Pflege und Einrichtung städtischer Parksanlagen und Wälder und Georg Eugen Krieger: Die Waldverhältnisse bei Buch durch die Stadt Berlin und andere Waldbedrohungen. Beide Vorträge mit Lichtbildern. Eintritt ist frei. Anfang 8 1/2 Uhr.

Zu Zirkus Wusch findet heute (Mittwoch) die letzte Vorstellung dieser Saison statt. Das Programm bringt noch einmal die exzellentesten Nummern der letzten Zeit. Heute abend nach Schluß der Vorstellung tritt der Zirkus seine Reise nach Antwerpen an. „Ueber Stücken und Ergebnisse während seiner diesjährigen Amerikareise“ spricht Dr. F. S. Archenhold am Mittwoch, den

24. April, abends 8 Uhr, im großen Hörsaal der Leopold-Sternwarte. Der Vortragende, welcher als Gast der Pittsburg-Universität bei den Feierlichkeiten ihres 125-jährigen Bestehens über Kometen sprach, wird über verschiedene Sternwarten und wissenschaftliche Institute in Amerika und London unter Vorführung zahlreicher Lichtbilder berichten. Vor und nach dem Vortrage wird der Mond mit dem großen Fernrohr gezeigt.

Verunglückte Kinder. Im Laufe des gestrigen Nachmittags wurden zwei kleine Kinder von der Straßenbahn überfahren. In der Erststraße zu Neuhöllern lief ein fünfjähriges Mädchen Margarete Schumlius, dessen Eltern im Hause Erstr. 10 wohnen, in einen rangierenden Straßenbahnwagen hinein und kam so unglücklich zu liegen, daß es einen doppelten linken Oberschenkelbruch erlitt. Das Kind wurde in bedenklichem Zustand nach dem städtischen Krankenhaus in Budow gebracht. In der Greifswalderstraße wurde etwas später ein dreijähriges Mädchen Gertrud Paulini von einem Straßenbahnwagen der Linie 62 überfahren. Die Kleine erlitt erhebliche Verletzungen an der ganzen linken Fußseite und wurde nach der elterlichen Wohnung in der Greifswalder Str. 210 geschafft. An der Ecke der König- und Klosterstraße stieß gestern nachmittags ein Straßenbahnwagen der Linie 66 mit einem Steinwagen zusammen. Bei der Kollision erlitt die Tochter Feida des Kolonnenführers Sperber aus der Gubiner Str. 13 einen Bruch des linken Unterarms. Die übrigen Fahrgäste kamen mit dem bloßen Schreck davon.

Unheil drohte den Passanten am Dienstag in der Veteranenstraße. Wie schon so oft, verkehrte bei der besonders abschüssigen Straße das Gemenge eines Geschirrs nicht aus und der Wagen faulte mit großer Geschwindigkeit den Berg hinab. In der Ecke der Brunnenstraße entstand dann der Kladderbusch. Ein dort haltendes Fuhrwerk wurde demoliert und der Kutscher des durchgehenden Gespanns lag mit einem Beinbruch und sonstigen Verletzungen an der Erde. Der Verunglückte fand auf der nächsten Anlaufstation die erste Hilfe.

Vorort-Nachrichten.

Schöneberg.

Abkennung des Schöneberger Schankstättenordnungsstatuts. Die Vorlage des Schöneberger Magistrats betreffend Erlass eines Ortsstatuts, das für neue Schankkonzessionen den Bedürfnisnachweis erfordert, ist gestern von dem Ausschuss der Stadtverordnetenversammlung mit 10 gegen 3 Stimmen abgelehnt worden. Das gleiche Schicksal dürfte die Vorlage auch bei der Beratung im Plenum erfahren.

Ein schwerer Unglücksfall, der durch die schon so häufig gerügte Unsitte des Pontierens mit geladenen Waffen herbeigeführt worden ist, hat sich vorgestern in der Prinz-Georgstraße ereignet. Dort spielten nachmittags mehrere Knaben Soldaten; unter ihnen befand sich der 12-jährige Schüler Kannef aus der Prinz-Georgstr. 8 und der 11-jährige Schulknabe Böga, der ein geladenes Leinwand mitgebracht hatte. A. stellte mit der Waffe Schießübungen an, und als er wiederum losdrückte, drang eine Kugel dem kleinen Kannef in den Unterleib. In besinnungslosem Zustande wurde der schwerverletzte Knabe nach dem Schöneberger Krankenhaus geschafft, wo festgestellt wurde, daß das Geschoss die Leber durchbohrt hatte. Der Zustand des Knaben ist bedenklich.

Pflicht der Schule sollte es sein, die Kinder vor einem solchen Unfug zu warnen.

Charlottenburg.

Der Erwähnung einer einmaligen Steuererhöhung in der von der Stadtverordnetenversammlung beschlossenen Form hat der Magistrat zugestimmt. Den in der städtischen Verwaltung beschäftigten Personen, die einen eigenen Haushalt haben, wird eine einmalige Beihilfe von 30 M., solchen Personen mit mehr als drei Kindern, die sich in ihrer Unterhaltung befinden, eine einmalige Beihilfe von 40 M. gewährt, sofern der Lohn oder das Gehalt dieser Personen nicht mehr als 2000 M. jährlich beträgt. Familienzulagen, Stellenzulagen, Nebenbedienst. usw. werden dabei nicht berechnet. In Betracht kommen nur Personen, die ununterbrochen wenigstens sechs Monate in städtischen Diensten gestanden haben. Mit der Auszahlung der Steuererhöhung ist bereits begonnen worden.

Der Verein „Arbeiter-Jugendheim“ veranstaltet am Sonnabend, den 27. April, im großen Saale des Volkshauses, Köpenicker Str. 3, einen Elternabend. Das Programm setzt sich zusammen aus deklamatorischen und musikalischen Aufführungen. Außerdem findet eine Besprechung von nur guten Vätern und Großvätern statt. Anfang 1/9 Uhr. Eintrittspreis 20 Pf. Willens sind zu haben in der Expedition des „Vorwärts“, Fehlfeldstr. 1, und in der Stieghölzstraße des Volkshauses. Um zahlreichem Besuch bittet Der Vorstand.

Marientdorf.

Zeugen gesucht. Die junge Dame sowie der junge Herr, welche am Dienstag, den 27. Februar, nachts zwischen 1/2 und 1 Uhr, dem Straßenbahnunfall der Linie 73 in Marientdorf, Haltestelle Kaiserstraße, beizuwohnen, werden um Angabe ihrer Adressen gebeten an Emil Schneider, Marientdorf, Bergstr. 12 III.

Ober-Schöneweide.

Die Zentralkasse, welche am 1. Dezember vorigen Jahres von der Gemeinde als Maßnahme gegen die Steuererhöhung eingerichtet wurde, soll nach einem Beschluß der Steuerungskommission mit dem 1. Mai ihren Betrieb einstellen. Abgesehen für diese Entscheidung war die Tatsache, daß die Inanspruchnahme ständig zurückgegangen ist und dadurch der Zuschuß der Gemeinde sich wesentlich erhöht. Unter Anrechnung der in vielen Fällen ersparten baren Armenunterstützungen, welche in diesem Falle durch Hergabe von Essen abgelöst wurden, hat die Kasse in der Zeit ihres Bestehens circa 800 M. Zuschuß erfordert. Im Interesse vieler armer Familien und auch solcher, wo beide Ehegatten dem Erwerb nachgehen müssen, ist es sehr zu beklagen, daß ihnen nun die Gelegenheit der Entnahme preiswerten Essens verloren geht. Es ist jedoch in Aussicht genommen, den Betrieb zum Spätherbst wieder aufzunehmen.

Verunglückter Polizeikampf gegen die Jugendbewegung. Dem Verein „Jugendheim“, welcher sich die Aufgabe gestellt hat, die Mittel zur Erhaltung und Ausgestaltung des am Orte befindlichen Jugendheims herbeizuschaffen, ist eine Verachtlichung zugegangen, wonach die vor einem Jahre gegen ihn ergangene Verfügung der Polizeibehörde aufgehoben wird. Bekanntlich wurde damals der Verein als politisch erklärt und aufgelöst, da ihm geschwädiger jugendliche Personen angehören. Dieser Verfügung hat man jedoch keine Folge gegeben, da nicht ein einziges jugendliches Mitglied im Verein ist. Die Vereinsmitglieder werden sich nun nach dieser verunglückten Polizeiaktion erst recht Mühe geben, dem Zweck des Vereins gerecht zu werden.

Weißensee.

Auf Beschluß der Finanzkommission soll ein Antrag unserer Genossen der Gemeindevertretung zur Annahme empfohlen werden, wonach den Arbeitern und Angestellten der Gemeinde, deren Einkommen unter 1800 M. pro Jahr beträgt, die bereits bis zum 1. April 1912 gewährte Steuererhöhung von 2 M. pro Woche bis zum 1. Juli d. J. weitergezahlt werden soll.

Petershagen bei Friedersdorf.

Ueber Feste und Bestrebungen der Sozialdemokratie referierte in einer im Lokal zum Forsthaus tagenden Volksversammlung Genosse U. d. a. Das Referat wurde mit lebhaftem Beifall entgegengenommen. Darauf richtete Genosse Höfelbarth die Mahnung an die Versammelten, für die Stärkung des Wahlvereins sowie für

die Gewinnung neuer Abonnenten auf den „Vorwärts“ Sorge zu tragen.

Nieder-Schöneweide.

In der Generalversammlung des Wahlvereins gab der Genosse Dehmel den Vorstandbericht; danach haben seitgegründeten eine Generalversammlung, eine Mitgliederversammlung und drei öffentliche Versammlungen. Die Hauptaufgabe in diesem Vierteljahr bestand in der Arbeit zur Gemeindevahl. Der Erfolg blieb nicht aus, indem der erste Sozialdemokrat, der Genosse Bengsch, mit übergroßer Majorität gewählt wurde. Den Kassenbericht gab Traffel. Einer Einnahme von 206,81 M. steht eine Ausgabe von 196,20 M. gegenüber. Die Mitgliederzahl liegt bei 213 auf 230. Die Zahl der Vormarschler erhöhte sich von 340 auf 380. Den Bericht der Frauenkassen gab die Genossin Wisjorra, sie ersuchte die Anwesenden, mehr für den Besuch der Lesenden zu agitieren. Die Kassen, bestehend aus Konzert-, Gesangs- und Theateraufführungen und Tanz, findet im Restaurant „Hoffhäuser“ statt. Der Eintrittspreis beträgt 25 Pf.

Spandau.

Ein räuberischer Überfall ist vorgestern im Spandauer Stadtwald verübt worden. Als gegen 10 Uhr vormittags die Arbeiterfrau Berger den sogenannten Oberjägerweg passierte, fielen sie ihr plötzlich ein Mann entgegen, der von der Frau die Hergabe ihrer gesamten Vorräte verlangte. Als die Frau sich weigerte, diesem Verlangen nachzukommen, verlor der Räuber die Frau zu tödlichen und zu Wunden zu werfen. Da Frau B. aber glücklicherweise ihre Selbstgegenwart beibehielt und sich energisch zur Wehr setzte, gelang es ihr, dem Roubdy so lange erfolgreich Widerstand zu leisten, bis auf ihre Hilferufe in der Nähe beschäftigte Arbeiter hinzueilten. Bei deren Annäherung ergriff der Räuber die Flucht und entkam. Die von der Spandauer Polizei sofort aufgenommenen Nachforschungen haben bereits zu einer Spur des dreifachen Vurschen geführt, sodas seine Verhaftung alsbald wird erfolgen können.

Der Aufräumung bedarf ein Todesfall, der sich in einem Hause am Damm zugetragen hat. Ein 65-jähriger Junvalde meldete gestern der Polizei, daß in seiner Wohnung eine Frauensperson, der er seit 14 Tagen Unterkommen gewährte, gestorben sei. Die Tote, ungefähr 80 Jahre alt, war, wie sich ergab, zum Skelett abgemagert. Die Todesursache ließ sich im Augenblick nicht feststellen und die Leiche ist daher beschlagnahmt worden.

Soziales.

Ein Vertrag gegen die guten Sitten

lag der Klage des Kellners W. gegen die Inhaber des Café Viktoria zugrunde, die gestern vor dem Gewerbegericht zum Austrag kam. Der Kläger war seit dem 15. April 1911 in dem in der Besselsstraße gelegenen Café in fester Stellung, nachdem er dort einige Male auswärtsweise dort tätig war. Bei dem festen Engagement mußte er einen Vertrag unterzeichnen, wonach er sich verpflichtete, 1 Prozent seiner Bruttoeinnahme an das Geschäft abzugeben. Nach seinem kürzlich erfolgten Austritt aus seiner Stellung verlangte er die Rückzahlung dieser Abgabe, welche in der Zeit seiner Tätigkeit sich auf 144,65 M. summiert hatte. Der Kläger hob hervor, daß er den Vertrag seinerzeit nur unterschrieben habe, um sich vor dem Gespenst der Arbeitslosigkeit zu retten. Der Beklagte und sein Geschäftsführer bezweifelten vor dem Gericht nicht anzugeben, für welchen Zweck die Abgabe erhoben wurde; sie erklärten, dies sei allgemein üblich. Es stellte sich dann noch heraus, daß ein Tageskellner, der ein Monatsgehalt von 60 M. erhält, dieses Gehalt zur Hälfte nach von den ständigen Kellnern bekommt. Die Arbeiten, welche dieser Kellner verrichtet, liegen aber fast ausschließlich im Interesse des Geschäfts.

Die Kammer 6, unter Vorsitz des Magistratsrats Dr. Sedt, verurteilte bei dieser Sachlage die Beklagten zur Zahlung der vollen Summe. Wenn derartige unerfreuliche Erscheinungen, die nach Ansicht der Beklagten üblich seien, noch bestehen, so müßten sie ausgerottet werden. Eine Dienstleistung ohne Gegenleistung verstoße gegen die guten Sitten und vertrage sich nicht mit einem gesunden Arbeitsverhältnis.

Das Urteil entspricht gesundem Rechtsempfinden; ähnliche Urteile sind auch von auswärtigen Gerichten gefällt.

Vom Reichswertzuwachssteuergesetz.

Der Gemeindevorstand von Köln hatte den Justizrat Brennenstein beim Umfah eines Grundstückes auf Grund des Reichswertzuwachssteuergesetzes zur Wertzuwachssteuer herangezogen. A. klagte auf Freistellung. Er berief sich auf die Bestimmung des § 60 des Gesetzes, wonach auf Antrag einer Gemeinde bis zum 1. April 1915 die Erhebung der Steuer nach ihren bisherigen Wertzuwachssteuerverhältnissen gestattet werden kann, und zwar durch den Reichskanzler. Nach Annahme des Klägers muß der Reichskanzler das gestatten, wenn der Antrag gestellt ist. Der Antrag sei aber von Köln gestellt worden, ohne daß der Reichskanzler dem Antrage gefolgt sei. Da der Reichskanzler nicht berechtigt gewesen sei, den Antrag der Stadt Köln zurückzuweisen, so hätte der Gemeindevorstand von Köln die Steuer nicht nach dem Reichsgesetz erheben dürfen, sondern hätte sie nach der bisherigen städtischen Steuerordnung erheben müssen.

Das Oberverwaltungsgericht wies am Montag die Klage des A. endgültig ab. Das Gericht führte aus: Der Reichskanzler habe freie Hand, ob er einen Gemeindeantrag nach § 60 des Reichsgesetzes stattgegeben oder ihn ablehnen wolle. Das gehe sowohl aus dem Wortlaut des Gesetzes, als auch aus seiner Entstehungsgeschichte hervor. Hiernach sei die Klage unbegründet. — Auch wenn der Reichskanzler verpflichtet gewesen wäre, nach dem Antrag der Gemeinde zu entscheiden, würde es dem Kläger nichts nützen. Denn im Auspruch des Oberverwaltungsgerichts, daß der Reichskanzler so hätte entscheiden müssen, könne die Tatsache nicht ersehen, daß er es nicht getan habe.

Versammlungen.

Der Streik in den Wagen- und Karosseriebetrieben.

In einer vollständig besuchten Versammlung der Streikenden gab Siering den Bericht. Der Arbeiterberufverband hat am 6. April in einer Sitzung es abgelehnt, mit den Arbeitern Verhandlungen einzugehen, es aber den einzelnen Unternehmern freigestellt, mit den Arbeitern ihrer Betriebe Abmachungen zu treffen. Auf keinen Fall aber dürften sie auf eine Arbeitszeit unter 5 1/2 Stunden eingehen. Dergleichen müßten sie die Forderung auf Einführung des paritätischen Nachweises ablehnen.

Zeitgleich kann werden, daß ein Teil der Unternehmer einer Einigung nicht direkt abweisend gegenübersteht. Die Streikkommission ging nun dazu über, die Forderungen den einzelnen Unternehmern zuzustellen. Die Arbeiterausschüsse wurden beauftragt, in den Einzelbetrieben den Tarifentwurf vorzulegen; doch konnte ein einheitliches Resultat nicht erzielt werden. Die Firma Schebera zog nachträglich ihre Zugeständnisse wieder zurück. Da die Arbeitgeber am letzten Donnerstag eine Zusammenkunft hatten, schlug die Streikkommission in einem Schreiben erneut den Weg einer friedlichen Vereinbarung vor, da ein Zweide ohne die Versicherung einer 5 1/2stündigen Arbeitszeit sowie von Mindestlöhnen, über deren Höhe man sich noch einigen könne, nicht denkbar sei. Die Unternehmer lehnten aber in dieser Sitzung diese Vorschläge rundweg ab. Daraufhin wurde der Streik proklamiert, der mit Ausnahme eines Betriebes glatt vorgenommen wurde. Es konnten somit alle Betriebe, die für die Karosserie in Betracht kommen, stillgelegt werden.

Die „Schöneberger Karosseriefabrik“ hat eine Zulage von 4 Pf. für alle Arbeiter im Betriebe bewilligt, die Forderung lautet auf 5 Pf. Ferner wurden die Mindestlöhne zu- gestanden und die übrigen vertraglichen Bestimmungen.

Ueber die Frage, ob diese Zugeständnisse angenommen werden sollen, entspann sich eine längere Debatte; die Versammlung stimmte gegen wenige Stimmen den Zugeständnissen der genannten Firma zu.

Nachfolgende Resolution wurde einstimmig angenommen: „Die heute im Gewerkehofsaal stattfindende Versammlung der Streikenden aus den Wagenfabriken nimmt Kenntnis von dem Verhalten der Kollegen von der Firma Uter m ö h l e. Sie behauert auf das lebhafteste, daß der allgemeinen Regelung der Arbeitsverhältnisse in den Wagenfabriken von den Kollegen der Firma Uter m ö h l e durch ihr Verhalten Steine in den Weg gelegt werden. Sie fordert die Kollegen auf, sich der allgemeinen Bewegung anzuschließen und ebenfalls die Arbeit niederzulegen.“

Ueber die letzte Tarifverhandlung der Schlosser erstattete Dandke Bericht in einer Schlosserverammlung, die am Montag in der Brauerei Friedrichshain tagte. Nachdem Ende März eine Einigung über den materiellen Inhalt des Tarifes erzielt war, wozu sich die Versammlung am 31. März einberufen erklärte, war in einer erneuten Verhandlung mit den Unternehmern der Vorlaute des Tarifes festzusetzen. Man konnte annehmen, diese rein formale Sache werde sehr leicht erledigt werden, aber sie gab Anlaß zu einer sehr langen Sitzung und zu erregten Debatten, da von den Unternehmern in mehreren Punkten Vorschläge gemacht wurden, die den Vereinbarungen nicht entsprachen. Erst nach heftigen Redekämpfen gelang es den Vertretern der Arbeiter, die schon nahe daran waren, die Verhandlungen als ergebnislos abzubrechen, eine Hoffnung durchzusetzen, die den Vereinbarungen gerecht wurde. Der neue Tarif ist seit dem 1. April in Kraft. Er bestimmt u. a., daß die Arbeitszeit nicht vor 7 Uhr morgens beginnt und möglichst um 5 1/2 Uhr abends endet. Sie beträgt täglich 9 Stunden, Sonnabends 8 Stunden. Der Mindestlohn beträgt 57 Pf. und steigt am 1. April 1913 auf 60 Pf. Der Lohn der Neuausgelernten ist etwas niedriger. Eine Bestimmung des Tarifes besagt: „Der Arbeitgeber ist bei Neueingestellten, welche wegen ungenügender Leistungen innerhalb der ersten sechs Arbeitstage entlassen werden, berechtigt, den Stundenlohn auf 50 Pf. festzusetzen.“ — Der Redner ersuchte die Kollegen, darauf zu achten, daß diese Bestimmung nicht mißbräuchlich angewandt wird, etwa bei Aushilfsarbeiten und dergleichen. Jede mißbräuchliche Anwendung dieser Bestimmung ist zu meiden, damit sie der Schlichtungskommission unterbreitet werden kann. Auch im übrigen ist es Pflicht der Kollegen, auf strenge Beachtung des Tarifes zu sehen und etwaige Verstöße der Verbandsleitung mitzuteilen.

Nachdem die Versammlung den Bericht entgegengenommen hatte, wählte sie die Mitglieder der Schlichtungskommission, als deren Obmann Robert Krüger wieder fungiert.

Lohn- und Arbeitsverhältnisse in den Fuhrbetrieben.

Eine allgemeine Versammlung der Geschäftskutscher Groß-Berlins, einberufen vom Deutschen Transportarbeiterverband, fand am Sonntag in den „Rustfischen“ statt. Die Diskussion brachte grelle Bilder über die Lage der Kutscher zutage. So wurde den Kutschern von den Unternehmern schon geraten, nicht so früh zu heizen, da sie mit 18 bis 22 M. Wochenlohn doch keine Familie ernähren könnten. Besonders wurde auch das Straßengeräusch einer scharfen Kritik unterzogen, zumal die abgezogenen Beträge mit den gezahlten Löhnen absolut nicht in Einklang stehen und Abrechnung darüber nicht gegeben wird.

In vielen Betrieben suchen die Inhaber oder deren Handlanger den Versammlungsbesuch dadurch zu hindern, daß sie zu dieser Zeit für die Kutscher irgend eine Tätigkeit festsetzen.

Einstimmig angenommen wurde folgender Antrag: „Die versammelten Kutscher aus den Fuhrbetrieben Berlins beauftragen die Verbandsleitung, bei den einzelnen Inhabern der Warenhäuser darauf hinzuwirken, daß die Expedienten angewiesen werden, die Touren so einzurichten, daß die Kutscher um 8 Uhr, spätestens um 1/2 Uhr die Tour beendet haben.“

Desgleichen nachstehende Resolution: „Die Kollegen aus den Fuhrbetrieben Groß-Berlins nahmen in den Rustfischen, Kaiser-Wilhelm-Str. 18m, Stellung zu ihrem menschenwürdigen Lohn- und Arbeitsverhältnissen. Die Kollegen sind empört nicht nur über die rigorose Behandlung und übermäßig lange Arbeitszeit, sondern auch über die gänzlich unzulänglichen Löhne, welche in keiner Weise mit den enorm in die Höhe gegangenen Lebensmittelpreisen Schritt gehalten haben. Die Kollegen erheben Protest gegen eine derartige Ausbeutung ihrer Arbeitskraft und geloben, sich Mann für Mann dem Deutschen Transportarbeiterverband anzuschließen.“

Lehr- und Vortragsklub „Südost“. Heute Willmoth, 8 1/2, Uhr, im Reichardt, Göttinger Str. 58; Generalversammlung. Gäste willkommen.

Briefkasten der Redaktion.

Die tarifliche Sprechstunde findet am Sonntag, den 27. April, abends 7 Uhr, im Reichardt, Göttinger Str. 58, statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Antrags ist ein Sachverhalt und eine Zahl als Bezeichnung beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Antrags, denen keine Anwesenheitsbestätigung beigefügt ist, werden nicht beantwortet. Uebrig fragen trage man in der Sprechstunde vor.

W. Z. 13. Zum mittleren Soldaten. — Z. R. 100. Können Sie die Bitte durch einen Hausmann entscheiden. — E. 109. Inwiefern Sie, ohne ein regelmäßiges Unterricht teilzunehmen, Ihren Zweck erreichen können, würden Sie am besten bei dem Direktor der in Frage kommenden Schule erfragen. — W. G. 164. Tragfähigkeit. Die „Atlantic“ hatte eine solche von 45 000 Tonnen, ein im Bau begriffenes Schwererschiff 47 000 Tonnen. In Deutschland sind zwei Schiffe im Bau mit je 50 000 Register-tonnen Gehalt. — Mat 11. 1. Wenn seit der Auslieferung der letzten Rente mehr als zwei Jahre vergangen sind, ohne daß ein Umlauf stattgefunden hat, lebt der Kapitalist erst wieder auf, wenn von neuem 200 Markten, darunter aber mindestens 100 Markten auf Grund versicherungspflichtiger Beschäftigung gestellt sind. 2. Das wollen Sie zunächst mit Ihrem Arzt besprechen. — W. R. 77. 1. Rein. 2. Ja. W. P. 39. Leider ist der Anspruch der Steuerbehörde begründet. Besuchen Sie es mit einem neuen Stundungsgehalt. — Otto 36. Lesen Sie den Artikel „Steuerfragen“ in der Nummer vom 17. März. Die Montagezulagen sind abzugsfähig.

Briefkasten der Expedition.

Postkarten in Berlin, Buch und anderen Heftchen. Diejenigen unserer Abonnenten, die noch während des ganzen nächsten Monats in der Heftchen bleiben, wollen und wegen der Ueberweisung von Freigekosten sofort ihre Adresse einreichen, da bei verspäteter Bestimmung der ersten Nummer des neuen Monats von der Post nicht geliefert werden. Alle Adressen müssen jeden Monat neu eingesandt werden.

Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand		Wasserstand	
am 22. 4.	am 21. 4.	am 22. 4.	am 21. 4.
cm	cm ¹⁾	cm	cm ¹⁾
Wemel, Mühl	250	Saale, Großh.	62
Wregel, Insterburg	22	Havel, Spandau ²⁾	58
Wegfel, Thorn	222	„Kathenow ²⁾	146
Oder, Rathow	156	Spree, Spremberg ²⁾	74
„Kroffen	171	„Beestow	85
„Frankfurt	191	„Befzer, Röhden	162
„Scharum	64	„Röhden	241
„Landsberg	72	„Helm, Maximiliansau	378
„Rehe, Borbarnum	28	„Raub	182
„Gib, Velmuth	4	„Röh	184
„Dresden	130	„Kedar, Weißbrom	75
„Ketz	155	„Rahn, Weibethm	—
„Magdeburg	128	„Kosel, Eritz	75

¹⁾ + bedeutet Hoch, — Fall. — ²⁾ Unterpegel.

Abzählungsgeschäfte

Berliner Credit-Haus Kommandantenstr. 67. Alkoholfreie Getränke Franz Abraham

Bestes alkoholfreies Getränk Si-Si Berlin O. Kubellstr. 4

Arbeiter-Bekleidung F. Falk! Zossenerstr. 32

J. Kastner Roter Laden, Schöneb., Hauptstr. 108

Bäckereien, Konditor Blottners Großbäckerei

Adlershofer Bäckerei, M. Spitz Max Backer, Raminstr. 20. Emil Beyer, Thorenstr. 5.

Brot-Fabrik, Vorwärts Hermann Ulrich, Köpenick.

Brotfabrik Niederbarnimstr. 25

Buehl & Sohn, Spandau. Willy Deter, Franzauer Allee 42.

Engel's Landbrot, Helldorfer Mühle 1-4

Willy Engel, Weidense, Parität. 4.

Fischer, Oberlindenstr. 55.

Landbrot-Großbäckerei O. Seif, Ncht. Krug, Waldstr. 4

Bäckerei „Nordstern“ Inh. Gust. Müller

C. Vogt, Weidense, Hauptstr. 100

Heinrich Wittler, Fingerringstr. 2, Simonsbergstr. 11.

Badonanaiten Arkona-Bad, Anklamer-Str. 34.

Bad Canitz, Bad, Münzstraße 2.

Central-Bad, Rixdorf, Anzengruberstr. 25.

Erstes Lohtannin-Bad, Mag. fr. Abkochung, 1000 Extrakt.

Bad Frankfurt, Gr. Frankl. Str. 136.

Bad Friedrichshagen, Landb. Allee 153.

Bad Ostend, Landb. Allee 153.

Bad Pankow, Wollankstr. 26.

Bad Reform, Wiener Str. 65.

Kuranstalt „Löser“, Rosentalstr. 70.

National-Bad, Brunnenstr. 9.

Bad Ostend, Landb. Allee 153.

Bad Pankow, Wollankstr. 26.

Bad Reform, Wiener Str. 65.

Kuranstalt „Löser“, Rosentalstr. 70.

National-Bad, Brunnenstr. 9.

Bad Ostend, Landb. Allee 153.

Bad Pankow, Wollankstr. 26.

Bad Reform, Wiener Str. 65.

Kuranstalt „Löser“, Rosentalstr. 70.

National-Bad, Brunnenstr. 9.

Bad Ostend, Landb. Allee 153.

Bad Pankow, Wollankstr. 26.

Bad Reform, Wiener Str. 65.

Kuranstalt „Löser“, Rosentalstr. 70.

National-Bad, Brunnenstr. 9.

Bad Ostend, Landb. Allee 153.

Erscheint 2 mal wöchentlich.

Bade-Einrichtungen Das gesundeste und billigste Bad ist das Ideal-Bad...

Bandagen, Gummiv. R. Hauke, Stralauer Str. 50.

Wende, A., Seydelstraße 18.

Reiche, A., Schöneberg, Hauptstr. 18.

Zarembo, Weinbergsweg 1.

Beerdig.-Anst., Sargm. A. Batti, Zorndorfer Str. 23.

H. Fischer, Bld., Hohenollerpl. 11.

Max Fuchs, Frankfurter Allee 170.

Hiekel, Fr., Gr. Hamburgerstr. 37.

Moldt, Fritz, Rixd., Reuterplatz.

Gust. Nobert, Potsdamerstr. 1154.

H. Petermeier, Streibitzerstr. 8.

Peter-Schley, Wilh., Zossenerstr. 11.

Beleucht.-Anst., Rixdorf. Bunzel, R., Rixdorf, Kals. Friedr.-Str. 49.

Carl Imme Jun., an der Markenside.

Böttner, A., Danzigerstr. 96.

Schrammar, H., Rixdorf, Richardstr. 118.

Berufsbekleidung M. Bertram, Norden, Maxstr. 17.

Keiner, Otto, Gerichstraße 86.

Wecker, A., Mühlendamm 3.

Bettfedern u. Betten P. Berliner, Rixd., Hermannstr. 230.

A. Hampel, St. Ber. str. 44-45.

Carl Henze, Adressstr. 35.

Max Schöne, Landsberger Allee 149.

M. Zysnarski, Alt Moabit 82.

Bierbrauereien, Bierh. W. Adelung & A. Hoffmann

Akt.-Brauerei, Potsdam, Eg. Niede.

Berlin SW, Tempelhofer Ufer 15.

Spez. Potsd. Stangenbier.

Berghäuser, Bergstr. 23 III 1412.

Feinst. Caramelbier.

Brauerei Königstadt, feinste Qualität biere.

Brauerei Pfefferberg, Versand- und Pilsener Bier.

Brauerei Tivoli, Bier-Brauerei, Fruchtstr. 17.

Caramel-Weißbier, ist alkoholfrei, erfrischend, beköhlend.

Berliner Weißb.-Brauerei E. Willner.

Deutsche Bierbrauerei A.G., Berlin-Fischeladorf.

Groterjans, Malzbier, Schick-Allee 180, T. III, 1043.

C. Habels Brauerei, hell - Habelbräu - dunkel.

F. W. Hiltsebein A.-G., Larenrber und Malzbier.

Hempel, E., Müllerstr. 139 d.

Kahlenberg, A., Liebenwalderstr. 43.

Unser Goldbier, ist nicht nur ein Erfrischungsgetränk, sondern auch ein Gesundheitsbier ersten Ranges.

Berliner Unions-Brauerei, Berlin S.

Luisenbrauerei Weidense, Münchener Brauhaus Berlin.

Bezugsquellen-Verzeichnis.

Butter, Eier, Käse Butterhandlung J. F. Assmann 20 Filialen in Berlin O.

Oskar Beck, Oskarstr. 12, Reichenbergerstr. 18 u. westl. Vorort.

Buntrock, W., Rixdorf, Boddinstr. 3.

Drei Kronen, Fried. Göseke, 7 Filialen.

Gebrüder Groh, 40 Filialen in Berlin und Vororten.

August Holtz, 15 Detail-Geschäfte.

Kosmala, E., 4 Detail-Geschäfte.

Paul Linder, Streibitzerstr. 63.

Butterhandlung Fritz Muth.

Gebrüder Manns, 48 eigene Detailgeschäfte.

Schröter, R., 35 Verkaufsstellen.

Schulz, Arthur, H. Hermannstr. 45.

Uhlly & Wolfram, Vereingte Pommersche Meiereien 48 Verkaufsstellen.

Stettiner Butterhalle, Invalidenstr. 123.

Georg Wunder, Fruchtstr. 70.

Cacao, Chocolate Cyliax, G., 11 Filialen in all. Stadtteilen.

Die Fabrikate der „Sarotti“.

Chokoladen u. Cacao-Industrie-Aktiengesellschaft.

Bonbonhaus Fr. Schröder, Spandau, Filialen in all. Stadtteil.

Seiffert, Brieb, 11 Filialen in Berlin und Vororten.

C. Senff, Bezugsqu. f. Händler.

STOLWERCK Gold Silber Kupfer

Schokolade - Kakao In drei Preislagen.

Die verschiedenen Sorten sind untereinander gleichwertig und unterscheiden sich, wie die deutschen Edelweine, nur durch ihr Aroma.

Fordern Sie Kakao und Schokolade Wesenberg

Cigarrenhandlungen Fr. Behrend, Nt., Frankfurter Allee 27.

Bräger, J., Rixdorf, Bergstr. 57.

Klein, Wilh., Oberbaum 1.

Damenkonfektion Cohn, Geschw., Bergmannstr. 9.

Dombrowsky, Charl. Feid.-Str. 11.

L. Frankenstein, 5% Danzigerstr. 24 5%.

Giesenow & Co., Schöneberg Hauptstr. 23.

Tobias Lewin, Schneidermeister.

Damen-Konfektion Gebr. Neumann

Restat, J., Köpenickerstr. 76.

Wagner, P., Rixd., Bergstr. 42.

Westmann, 1. Geschäft: Mohrenstr. 77a.

Paul Zuteremann, Kaufmann - Chausseestr. 88.

Damenkleiderstoffe Adolf Dammann 180

Drogen u. Farben Adler-Drogerie, O. Müggelstr. 5.

Apoth. Paul Frank, Stralauerstr. 41.

Rich. Bocalius, Fankow, Berliner Str. 46.

Alfr. Götting, Frankfurter Allee 17.

Günther, Lw. Drogerie, Stral. 17.

Knesebeck-Drog., Hermannstr. 119.

Prinzenstr. 103 Alfred Hoffmann

Aln. O., Rixd., Kaiser-Friedrichstr. 6.

Otto Anders, Brunnenstr. 102.

Beutel, C., Boxh. Neue Bahnh. Str. 28.

Brenneke, C., Wrangelstr. 94.

G. Brucklacher, Oranienburgerstr. 103.

Willy Erpel, Turmstr. 29.

Die Fabrikate der „Sarotti“.

Chokoladen u. Cacao-Industrie-Aktiengesellschaft.

Bonbonhaus Fr. Schröder, Spandau, Filialen in all. Stadtteil.

Seiffert, Brieb, 11 Filialen in Berlin und Vororten.

C. Senff, Bezugsqu. f. Händler.

STOLWERCK Gold Silber Kupfer

Schokolade - Kakao In drei Preislagen.

Die verschiedenen Sorten sind untereinander gleichwertig und unterscheiden sich, wie die deutschen Edelweine, nur durch ihr Aroma.

Fordern Sie Kakao und Schokolade Wesenberg

Cigarrenhandlungen Fr. Behrend, Nt., Frankfurter Allee 27.

Bräger, J., Rixdorf, Bergstr. 57.

Klein, Wilh., Oberbaum 1.

Damenkonfektion Cohn, Geschw., Bergmannstr. 9.

Dombrowsky, Charl. Feid.-Str. 11.

L. Frankenstein, 5% Danzigerstr. 24 5%.

Giesenow & Co., Schöneberg Hauptstr. 23.

Tobias Lewin, Schneidermeister.

Damen-Konfektion Gebr. Neumann

Restat, J., Köpenickerstr. 76.

Wagner, P., Rixd., Bergstr. 42.

Westmann, 1. Geschäft: Mohrenstr. 77a.

Paul Zuteremann, Kaufmann - Chausseestr. 88.

Damenkleiderstoffe Adolf Dammann 180

Drogen u. Farben Adler-Drogerie, O. Müggelstr. 5.

C. Bolte, Neukölln, Hermannstr. 232.

Anton Buchheim, Albrechtstr. 12.

Arno Fischer, Grodgraben-Str. 6.

Wurst, Speck, Schinken Anton Feilau,

Frankfurter Allee 132.

C. Gerlach, Rixdorf, Warthestr. 70.

H. Gerndt, Sprengstr. 17, King. Sauerstr. 12.

Rob. Glouc., Weidense, Ufer. 141/142.

Paul Götting, Rixd., Bergstr. 131.

Wedding-Drogerie, Genterstr. 37.

Georg Heiter, E. Geseh, Adressstr. 30, Blumenstr. 73a.

Ernst Höne, Schwedenstr. 12.

Ernst Ischer, Wiesenstr. 11.

Albert Jähner, Köpenickerstr. 5.

Janik, C., Köpenickerstr. 5.

P. Jentsch, Köpenickerstr. 12.

Jul. Kempe, Boyenstr. 5.

Fritz Klein, Köpenickerstr. 12.

Max Knaut, Alt-Boxhagen 30.

Ernst Kolbe, O. 112, Weichselstr. 15.

M. Kops, Beiseck, Herderstr. 111.

A. Lang, Beiseck, Herderstr. 111.

Wilhelm Liebher, Rixd., Bergstr. 103.

W. Lindemann, Emdenerstr. 45.

Luebbe, Joh., Rixd., Bergstr. 103.

H. Matzker, Märk. Fleischwaren, Kf. 1, Warthestr. 73.

Merker, P., Str. 26a.

G. Müller, M. Fleisch u. Wurstwaren, Grodgrabenstr. 76.

R. Müller, Fankow, Wollankstr. 101.

Josef Orth, Neukölln, Hermannstr. 25.

Karl Petrich, Rixd., Bergstr. 103.

Reinfeld, Spandau, Neanderstr. 9.

P. Reibel, Wurfstr., Landb. Allee 130, Sp. Rollschink, Neukölln, Schickstr. 10.

Oscar Riedel, Friedrichshagen, Prima Wurst- u. Fleischwaren.

Riedel, B., Hermannstr. 45.

Rodewald, Prenzl. Allee 20, Tel. K. 2206.

Wilhelm Röder, Steintorstr. 14.

Ottomar Rudolph, Görtnerstr. 17.

Schw. K., Pallasenstr. 1, Ecke Hohenfriedbergerstr. 1.

Otto Schreiber, Rixd., Bergstr. 103.

E. Schauer, Huttenstr. 70.

A. Stewert, N. Schöneberg, Berlin 127.

Max Schubert, Müllerstr. 106a.

Albert Schucht, Stargarderstr. 65.

E. Steeger, Fleisch, Essenz, Rixd., 23.

Untenstehende Geschäfte empfehlen sich bei Einkäufen

Grammoph., Sprechm. W. Becker, Gltg., Wilmersdorferstr. 127.

Haar-Artikel E. Joel, Special-Haar-Haus, Chausseestr. 121.

Magazin England, Kof. Baum 78, Oranienstr. 162.

Torkel, Artilleriestr. 4.

Emil Jäger, Oranienburger Tor.

Gg. Kersch, Britz, Rixd., Bergstr. 158.

Ad. Mahnke, H. Schürm, Bergmannstr. 11.

A. Samuel, O. Rixd., Bergstr. 141.

O. Gleich, Rixd., Hermannstr. 55.

Georg Heiter, E. Geseh, Adressstr. 30, Blumenstr. 73a.

Ernst Höne, Schwedenstr. 12.

Ernst Ischer, Wiesenstr. 11.

Albert Jähner, Köpenickerstr. 5.

Janik, C., Köpenickerstr. 5.

P. Jentsch, Köpenickerstr. 12.

Jul. Kempe, Boyenstr. 5.

Fritz Klein, Köpenickerstr. 12.

Max Knaut, Alt-Boxhagen 30.

Ernst Kolbe, O. 112, Weichselstr. 15.

M. Kops, Beiseck, Herderstr. 111.

A. Lang, Beiseck, Herderstr. 111.

Wilhelm Liebher, Rixd., Bergstr. 103.

W. Lindemann, Emdenerstr. 45.

Luebbe, Joh., Rixd., Bergstr. 103.

H. Matzker, Märk. Fleischwaren, Kf. 1, Warthestr. 73.

Merker, P., Str. 26a.

G. Müller, M. Fleisch u. Wurstwaren, Grodgrabenstr. 76.

R. Müller, Fankow, Wollankstr. 101.

Josef Orth, Neukölln, Hermannstr. 25.

Karl Petrich, Rixd., Bergstr. 103.

Reinfeld, Spandau, Neanderstr. 9.

P. Reibel, Wurfstr., Landb. Allee 130, Sp. Rollschink, Neukölln, Schickstr. 10.

Oscar Riedel, Friedrichshagen, Prima Wurst- u. Fleischwaren.

Riedel, B., Hermannstr. 45.

Rodewald, Prenzl. Allee 20, Tel. K. 2206.

Wilhelm Röder, Steintorstr. 14.

Ottomar Rudolph, Görtnerstr. 17.

Schw. K., Pallasenstr. 1, Ecke Hohenfriedbergerstr. 1.

Otto Schreiber, Rixd., Bergstr. 103.

E. Schauer, Huttenstr. 70.

A. Stewert, N.

